PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 1890905 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 27. Januar fertiggestellt.

29. Januar 1976 Jg. 4 Nr. 4 50 Pfennig



Oldenburg: Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung, die Busse werden nicht durchgelassen (siehe S.8)

Steuererhöhung im Bundestag

Tributzahlung an das Finanzkapital

Mit den Stimmen von SPD und FDP beschloß der Bundestag letzten Freitag in erster Lesung die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie der Tabak- und Branntweinsteuer zum 1.1.77. Mit diesen Erhöhungen der indirekten Steuern sollen im nächsten Jahr den Volksmassen zusätzliche rund 11,5 Milliarden Mark aus den Taschen gezogen werden.

Diese staatliche Ausplünderungsmaßanahme gegenüber den arbeitenden Klassen wurde in erster Lesung beschlossen mit dem Argument, es sei nicht genug Geld für den Staatshaushalt da und darum müsse man es eben über eine Erhöhung der indirekten Steuern hereinholen.

Geld aber ist, so konnte man im letzten Bundesbankbericht lesen, offensichtlich im Überfluß da: „Den neuen Statistiken der Bundesbank zufolge sitzen Privatanleger immer noch auf über 50 Mrd. kurzfristiger Festgelder, die sich schlecht verzinsen.“ (Mannheimer Morgen, 20.1.76)

Man stelle sich vor: Einerseits werden den Massen durch Steuererhöhungen zusätzliche Milliarden aus den Taschen gezogen, andererseits „sitzen Privatanleger ... auf über 50 Mrd. DM ..., die sich schlecht verzinsen“.

Das ist kein Widerspruch: Während die Regierung die Massen über indirekte Steuererhöhungen verschärft ausplündern will, sitzt die aneignende Klasse auf 50 Mrd. Geldkapital und findet für dieses keine profitablen Anlagemöglichkeiten. Wo die, welche alles erarbeiten, durch Lohndruck und Steuerausplünderung in ihren materiellen Lebensbedingungen immer mehr eingeschränkt werden, kann sich das Finanzkapital immer mehr aneignen und wenn es heißt, es sei kein Geld mehr da, so bedeutet dies stets, daß die Lebensbedingungen der Massen noch weiter eingeschränkt werden sollen.

Folgender Ausspruch des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Ulrich, vom November 1975 belegt, wie das Finanzkapital die Regierung auf Vordermann brachte, um die Lebensbedingungen der breiten Volksmassen weiter einzuschränken: „Müssen sie (die Banken) nicht ihre Mitwirkung bei der weiteren Staatsfinanzierung versagen, wenn sie nicht überzeugt sind, daß die öffentlichen Ausgaben in absehbarer Zeit wieder mit den Realitäten in Übereinstimmung gebracht werden?“ Und als Antwort auf diese selbstgestellte Frage erklärte er: „Es ist also nicht damit getan, nach Einschränkungen der Ausgaben zu rufen, sondern es müssen die Gesetze geändert werden, die die Grundlage dafür bilden, daß wir alle über unsere Verhältnisse leben.“ (Blick durch die Wirtschaft, 27.11.75)

Man kennt die Gesetzesänderungen einschließlich des Haushaltssicherungsgesetzes und der Gesetze zur politischen Entrechtung der Massen, welche die Regierung daraufhin beschloß, und noch nicht den Abschluß bildet das jetzt eingebrachte Gesetz zur Erhöhung der Mehrwert-, Branntwein- und Tabaksteuer.

Während der Bundestag bezüglich der Massen eine verschärfte Steuerausplünderung ab nächstes Jahr beschloß, war die Regierung auch nicht untätig darin, die Aneignungsmöglichkeiten der herrschenden Klasse zu erweitern.

Folgende Aufgabe war ihr dabei gestellt: Rund 50 Milliarden Geldkapital, von denen eingangs schon die Rede war, suchen gegenwärtig eine Anlagemöglichkeit. Es handelt sich dabei mindestens zur Hälfte um Geldkapital, das zu Jahrsanfang freigesetzt wird, wenn die Kapitalisten die Zinsen für die Kredite untereinander und an den Staat einstreichen, „1976 schätzungsweise 23 Mrd. DM“ (Handelsblatt, 23.1.). Da die Krise noch nicht überwunden ist, die Kapitalisten dieses Geld jetzt für Investitionen nur zum teil benötigen, forderten sie die Regierung auf, für diese Milliarden Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Der „Verband privater Hypothekenbanken“ hat dies am 22.12.75 folgendermaßen ausgedrückt: „Entscheidend wird jedoch sein, daß die Bundesregierung ihren Kreditbedarf von brutto bis zu 60 Mrd. DM zeitlich günstig ... deckt.“

Was unter „zeitlich günstig“ verstanden wird, wurde dann auch gleich gesagt, nämlich „frühzeitig ... und dabei Phasen besonderer Ergiebigkeit des Kapitalmarktes“ nutzend, oder ganz direkt: Die Regierung solle ihren Kreditbedarf für 1976 „im günstigsten Rentenmonat Januar“ decken.

Was der Herr befohlen hat, gibt der Knecht Apel im Januar als seine eigene Entscheidung und als die der Regierung aus: „Diese Pump-Strategie entspricht Apels Vorhaben, die zweite Hälfte des Jahres den Kapitalmarkt für die Kreditwünsche der privaten Wirtschaft freizumachen ... Deshalb will Apel sich vom Kabinett nach Artikel 111 des Grundgesetzes eine Kreditermächtigung geben lassen, um die Verschuldung entsprechend zügig voranzutreiben.“ (Handelsblatt, 21.1.)

Daß die Staatsverschuldung jetzt zügig vorangetrieben werden soll, heißt, daß man dem Finanzkapital in Staatsanleihen jetzt Anlagemöglichkeiten für das freie Geldkapital schaffen will, denn „die inzwischen aufgelegten Anleihen der öffentlichen Hand konnten die Materialknappheit am Rentenmarkt bisher nicht beheben“. (Mannheimer Morgen, 20.1.76)

Fortsetzung Seite 2

Auf der Suche nach Attentaten

CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat Kohl hat sich für die Zeit des Wahlkampfes den früheren österreichischen Fernsehintendanten Bacher angestellt. Er soll „den Wahlkampf der CDU in besonderer Blickrichtung auf die Öffentlichkeitswirksamkeit Kohls“ vorbereiten, wie Bacher gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ mitteilte. Öffentlichkeitswirksam ist Kohl in der letzten Zeit mehrmals in der Presse aufgetaucht. In Freiburg hatte er sich den Zugang zu einer Veranstaltung an der Universität durch die Polizei mit Knüppeln und Tränengas freischaffen lassen. Auf der Veranstaltung hat er dann eine Abfuhr erlitten. Nach zwanzig Minuten mußte er abbrechen, um sich zu trollen. Zuvor ließ er sich erneut den Rückzugsweg von der Polizei bahnen.

Sowas ist an sich nicht sonderlich öffentlichkeitswirksam. Also mußte man etwas unternehmen. Am nächsten Tag erschien die Bild-Zeitung mit der zwanzig Zentimeter großen Aufmachung „Messerstiche! Attentat auf Kohl!“ Nur knapp sei Kohl einem messerstechenden Unbekannten entgangen. „Der Zwischenfall ereignete sich am Montagabend. Kohl wollte vor 3 500 Studenten über die ‚Freiheit an deutschen Universitäten‘ sprechen.“

Durch die Meldung der Bild-Zeitung war aus dem jämmerlichen Auftritt Kohls doch noch ein öffentlichkeitswirksamer Auftritt geworden. Die Meldung war von der CDU-Zentrale in die Welt gesetzt worden. Sie tauchte auch im Fernsehen und in anderen Zeitungen auf. Sie war nicht nur falsch, sie zog auch eine nicht weniger „öffentlichkeitswirksame“ Aufklärung nach sich. Am nächsten Tag mußte die Bild-Zeitung, wenn auch wesentlich kleiner aufgemacht, melden: „Kohl-Attentat: Es war alles ganz anders“. Tatsächlich hatte ein 61-jähriges CDU-Mitglied einen der Leibwächter für einen „Linksradikalen“ gehalten und ihn mit einem Rehbockgehörn angegriffen. Der Leibwächter hatte ein paar Schmarren davongetragen.

Selten kommt eine solche Lügengeschichte auf. Leisler-Kiep geht heut noch mit den Schüssen auf seine Sauna hausieren. Diesmal ist die Geschichte aufgekommen. Das war peinlich. Der dicke Kohl muß rot geworden sein und seinen Bacher gefragt haben, wie man denn die Scharte wohl auswetzen könne. Der wird ihm gesagt haben: am besten durch Wiederholung. Das wird am öffentlichkeitswirksamsten sein. „Bild am Sonntag“ erschien jedenfalls jetzt mit der Schlagzeile: „Drohung: CDU-Chef soll entführt werden!“ Wie gefährlich lebt der Mann doch und wie öffentlichkeitswirksam ist die Mitteilung darüber. Auch eine Frau hat der heldenhafte Mann. Der Bild-Zeitung hat sie erklärt: „Ich weiß davon.“

Die honorigere bürgerliche Presse spielte diesmal allerdings nicht mit. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb in ihrem Fußballteil über das Schlagerspiel von Mönchengladbach gegen Kaiserslautern in Kaiserslautern: „Schulterklopfen allenthalben, ein Händedruck vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, dessen Angst vor einem Attentat nun doch nicht so groß sein kann, wenn er sich in ein vollgestopftes Fußballstadion traut.“ Das hat die Bild-Zeitung besser verstanden: die Verbreitung von Geschichten über angebliche Attentate und Drohungen genau wie das Händeschütteln auf dem Fußballplatz dienen ein und demselben Zweck: der „Öffentlichkeitswirksamkeit“. Und die dient dazu, einen Hanswurst und reaktionären Spießer als großen Politiker zu verkaufen. So muß eine abgewirtschaftete Klasse versuchen, ihre Heldengestalten an den Mann zu bringen.

Kissinger Reise von Moskau nach Madrid

Ohne Erfolge beim Entspannungsschwindel/ Sicherung der europäischen Einflußsphäre in Spanien

Kissinger hat zwar bei seiner Abreise aus Moskau und danach behauptet, die Verhandlungen um die sogenannte strategische Waffenbegrenzung (SALT) seien einen guten Schritt vorangekommen und er hätte wichtige Vorschläge der Sowjetunion in der Tasche. Ford hat gesagt, er sei mit den Verhandlungen zufrieden. Tatsächlich ist aus den Verhandlungen nichts herausgekommen. Die internationale Presse sagt das offen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Washington: Kissingers „zahlreiche Kritiker sprechen von einer Verhandlungsniederlage“. Zahlreiche Zeitungen stellen fest, daß der von Kissinger beabsichtigte Deal um Angola nichts gebracht hat, Der Sozialimperialismus, dem es in Angola gelungen ist, die andere Supermacht gründlich zu überfahren, sah keinen Anlaß für einen solchen Handel. Die französische Zeitung „Le Figaro“ meint: „Der Fehlschlag Henry Kissingers liegt nicht so sehr auf dem Gebiet von SALT, sondern bei Angola ... Nicht mehr technische Schwierigkeiten blockieren das Abkommen für eine Begrenzung strategischer Waffen, sondern der politische Wille. Und alles läßt darauf schließen, daß nach Meinung der Amerikaner SALT und Angola eng verbunden waren.“

Selten hat sich so klar gezeigt, daß die Verhandlungen über die sogenannte Begrenzung strategischer Waffen nur den Deckmantel ausmachen über den weltweiten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Supermächten, die früher oder später zum Krieg führen werden. Während Kissinger und Breschnew in Moskau verhandelten, ging der Krieg in Angola weiter, wo die beiden Supermächte für ihren Einfluß Befreiungsorganisationen aufeinander gehetzt haben.

Auf seinem Rückzug schloß Kissinger ein militärisches Unterstützungsabkommen mit dem faschistischen Regime in Spanien, um seine Position in Europa zu stärken. Das Abkommen sichert den USA für vier weitere Jahre vier wichtige Militärbasen in Spanien, darunter eine Flottenbase am Mittelmeer für atombewaffnete U-Boote. Spanien bildet für die USA einen wichtigen rückwärtigen Stützpunkt in ihrem Kampf um Europa und bildet den Schlußstein der NATO-Südflanke. Die militärische Position der USA in Spanien ist durch zweiseitige Abkommen gesichert. Gleichzeitig wird Spanien mit diesen zweiseitigen Abkommen durch den Oberherrn der NATO indirekt auch in dieses „Bündnis einbezogen.

Durch den Vertragsabschluß auf seiner Rückreise von Moskau hat Kissinger der Sowjetunion deutlich vor Augen geführt, daß der US-Imperialismus keineswegs gewillt ist, im Kampf um die Weltherrschaft und um Europa gegenüber der Sowjetunion einen Schritt freiwillig zurückzuweichen. Gleichzeitig hat er zu verstehen gegeben, daß er alles tun wird, um das bestehende faschistische Regime aufrechtzuerhalten. Diesem Ziel dienen die ausgehandelten Waffenlieferungen und die zugesagten Kredite. Mit der „neuen“ Regierung ist der Zugriff der USA auf das faschistische Regime eher noch fester geworden. Außenminister Areilza, Graf von Motrico, der für Spanien den Vertrag unterzeichnet hat, ist mit Kissingers früherem Arbeitgeber und jetzigem Vizepräsident Rockefeller verwandt. In diesen internationalen Kreisen sind Verwandtschaftsbeziehungen Beziehungen von Vermögen. Zwei andere Regierungsmitglieder sind ehemalige Manager von US-Konzernen. Der ökonomische und politische Einfluß der USA, der sich in dem Militärabkommen ausdrückt, ist also auch personell in der Regierung abgesichert.

Jedenfalls wollen die USA nach ihren Rückschlägen in Angola und angesichts der Entwicklung in einigen europäischen Ländern auf keinen Fall weitere Rückschläge in ihrer Auseinandersetzung um Europa hinnehmen.

Dabei haben sie die Unterstützung des BRD-Imperialismus. Wenn der CDU-Abgeordnete Wörner in der Sicherheitsdebatte des Bundestages meinte, die BRD solle den USA einen Teil der „moralischen Last“ abnehmen, die die Verbindung mit dem faschistischen Regime in Spanien bedeute, so sprach er hier im Namen der ganzen westdeutschen Bourgeoisie. Er stieß bei den anderen Parteien auch nicht auf Widerspruch. Es ist gut verständlich, daß der BRD-Imperialismus einen Teil dieser „moralischen Last“ übernehmen will. Das westdeutsche Finanzkapital hat sich in den letzten Jahren an die erste Stelle der Kapitalexporteure nach Spanien geschoben und eignet sich einen wachsenden Teil des in Spanien produzierten Reichtums an. Warum nicht auch einen Teil der „moralischen Last“, um diese Ausbeutung zu sichern.

Tributzahlung an das Finanzkapital Fortsetzung

Hat die Staatsverschuldung 1975 dazu gedient, die Regierung nach Wünschen des Finanzkapitals auszurichten, indem eine zeitweilige Kreditsperre gegenüber der Regierung verhängt wurde, so wird diese, nachdem die Regierung jetzt auf Vordermann ist, aufgehoben, und das Finanzkapital hat entschieden, daß es die freiwerdenden Geldmilliarden im Januar in Staatsanleihen anzulegen wünscht.

Den Tribut dafür, den bezahlt nicht der Staat, sondern die lohnabhängigen Massen. Bereits jetzt gehen rund 7 Prozent des Steueraufkommens als Zins- und Zinseszinszahlungen an das Finanzkapital, ist das Kapital allein durch Zins- und Zinseszinszahlung mit) Prozent an der Steuerausplünderung der Massen dabei.

Daß das Finanzkapital hierzulande regiert, hat der Finanzminister Apel noch gleich bestätigt. Im Bundeshaushalt befand sich zu Jahresende noch ein Überschuß von 9,3 Milliarden Mark, im wesentlichen ein Ergebnis der verschärften Spar- und Ausplünderungspolitik der Regierung.

Trotz dieses Überschusses erklärte Apel sofort, die Mehrwertsteuer müßte dennoch erhöht werden, „die Haushaltsaussichten bis 1977 hätten sich durch dieses Plus nicht verbessert". (Handelsblatt, 23.1.76)

Das stelle man sich vor, selbst ein Plus von gut 9 Milliarden verändert die Haushaltsaussichten der SPD/FDP-Regierung nicht! Verständlich wird dies, berücksichtigt man, daß die „Haushaltsaussichten" der Regierung in nichts anderem bestehen als in der „Aussicht", die Massen weiter zu schröpfen und die Profite des Finanzkapitals zu sichern. Das ist eine „Aussicht" fü die aneignende Klasse und ihre Regierung, keine aber für die arbeitenden Klassen und das Volk. **Weg mit allen indirekten Steuern!**

Saarbrücken: 570 Entlassungen im Bergbau

Saarbrücken. 570 Bergleute sollen 1976 bei den Saarbergwerken entlassen werden. Die Arbeitslosenquote betrug im Saarland im Dezember 1975 6,9 Prozent. Zwischen Januar und 17. Mai wurde an 10 Tagen im Bergbau kurzgearbeitet. Davon sind 15000 Arbeiter betroffen.

Das Schah-Regime hat 9 Todesurteile vollstreckt

Das reaktionäre Schah-Regime im Iran hat laut Pressemeldungen neun der zehn Revolutionäre hingerichtet, die Ende vergangenen Jahres von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt worden waren. Angeklagt waren sie, drei hohe amerikanische Offiziere und einen iranischen General, führende Schergen der Unterdrükkung des iranischen Volkes, getötet zu haben.

Die Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin (FIS) macht an verschiedenen Orten Kundgebungen und Demonstrationen, die wir zu unterstützen auffordern. Die FIS schreibt:

„Diese Todesurteile fielen unter Mißachtung der minimalsten Menschenrechte, unter schwerer Folterung, ohne Verteidigungsrechte und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Ungeachtet der weltweiten Proteste, ungeachtet der Forderungen nach Aufhebung der Todesurteile und Zulassung unabhängiger internationaler juristischer Beobachter zu den Prozessen hat das Schah-Regime die Todesurteile vollstreckt und somit noch einmal sein wahres Gesicht gezeigt. Diese Hinrichtungen sind Beispiel von unvorstellbaren Terrormaßnahmen des Schah-Regimes gegen das iranische Volk, gegen die fortschrittliche Opposition im Iran und haben das Ziel, den Kampf des iranischen Volkes nach Unabhängigkeit und Freiheit zu liquidieren ...

Nach wie vor befinden sich Tausende von hunderttausend politischen Gefangenen im Iran wegen bestialischer Folterung in Lebensgefahr. Täglich werden Menschen verhaftet, gefoltert, von geheimen Militärgerichten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt und ohne Wissen der Öffentlichkeit ermordet. Gerade deshalb ist es notwendiger denn je, die Forderung nach Zulassung einer unabhängigen internationalen medizinischen und juristischen Delegation in den Iran zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen und Teilnahme an Militärgerichtsverhandlungen noch mehr zu bekräftigen und für deren Verwirklichung aktiv einzutreten. Die Folterungen und Ermordungen an politischen Gefangenen im Iran dürfen nicht von der Weltöffentlichkeit hingenommen werden."

Bundesbahn-Streckenstillegungsplan

Halbe Strecke, zwei Drittel Belegschaft

Verringerung des Streckennetzes der Bundesbahn um die Hälfte und Abbau eines Drittels der Beschäftigten bei der Bundesbahn (über 100 000) verkündete Bundesverkehrsminister Gscheidle in einer Pressekonferenz zusammen mit Bundesbahnpräsident Vaerst.

Entschieden soll dieser Plan im Jahr 1977 werden. Derzeit läuft schon das umfangreiche Rationalisierungsprogramm der Bundesbahn, mit dem bis 1977 60 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen, allein 1976 sind 14 500 Stellen betroffen. Die Bundesbahndirektion versichert, daß dies ohne Entlassungen erfolgen werde. Von der Mehrarbeit der Beschäftigten spricht sie natürlich nicht. Aus der Mehrarbeit will sie ein „rentables Unternehmen", wie sie es nennt, herauspressen.

Rentabel ist allerdings das Unternehmen Bundesbahn schon immer gewesen für das Finanzkapital, das mit den Bundesbahnanleihen beachtliche Profite machte. Die Zinszahlungen werden aus Steuermitteln gezahlt, pro Jahr über 200 Millionen DM (210,845 Millionen DM 1974, die Tilgung betrug im gleichen Jahr 266,667 Millionen DM). Die Verschuldung, die gegenwärtig über 10 Milliarden DM beträgt, hat ihren Ursprung in den großen Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg. Wie kommt es aber, daß die Werktätigen der Bundesbahn seither nur immer neue Schulden produziert haben sollen, wie das jetzt frech behauptet wird, um die Personalkürzungen zu begründen? Ausgerechnet diejenigen, die allein die Leistungen der Bundesbahn hervorbringen und mehr schaffen als sie verdienen, sollen der Grund für die Verschuldung sein? In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die Bundesbahn, die ganz in den Händen des Finanzkapitals sich befindet, ihre Dienste an die Kapitalistenklasse, die Transporte der Industrie, zu Bedingungen verkauft, die unter dem Wert dieser Transportarbeit liegen.

Pro Tonne Stückgut zahlt die Bundesbahn für die Kapitalisten 200 DM drauf. (Der Spiegel Nr. 19/75) Auf diese Weise preßt das Finanzkapital das „Unternehmen Bundesbahn" wie eine Zitrone aus – in doppelter Weise: durch Zins und Tilgung für die Schuldanleihen der Bundesbahn, deren Zahlung aus den Steuern der Lohnabhängigen staatlich garantiert wird, und durch Preise, die die Kosten nicht dekken. Zu diesen Preisen ist die Bundesbahn durch die Konkurrenz des LKW-Verkehrs gezwungen, der günstiger fährt, weil Straßenbau- und -instandhaltung direkt aus Steuermitteln erfolgen. Insgesamt begünstigt so die staatliche Verkehrspolitik zunehmend die Automobilindustrie, die ebenfalls vom Finanzkapital beherrscht ist. Dafür soll die Hälfte des Streckennetzes der Bundesbahn stillgelegt werden. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die periodische Vernichtung von Kapital als Ergebnis dieser anarchischen Produktionsweise setzt sich auch dort fort, wo der kapitalistische Staat „planend" eingreift. Nicht vernichtet werden dabei die Profitansprüche des Finanzkapitals, die sie aus der Verschuldung der Bundesbahn zieht.

Für die Eisenbahner bedeutet dies, daß noch größere Mehrarbeit aus ihnen herausgepreßt werden soll. Zugleich werden die Fahr- und Transportdienste in wenigen zentralen Regionen drastisch eingeschränkt. Die Verödung ganzer Regionen in der Bundesrepublik wird dadurch weiter fortschreiten. – **(bb)**

Bundesregierung plant Senkung der Löhne, Erhöhung der Profite

Das „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen", d.h. die Einkünfte der Kapitalisten, sollen nach den Planungen der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1976 doppelt so stark wachsen wie das „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit", um 14 gegenüber 7 Prozent. Bei geschätzten Preissteigerungen von 4,5 Prozent und verschiedenen Gebührenerhöhungen bedeutet das, daß die Summe aller Löhne und Gehälter, einschließlich der Direktorengehälter, stagnieren wird. Die Löhne der Arbeiter werden danach sinken. Den Kapitalisten sollen die Arbeiter nicht nur um 14 Prozent höhere Bruttogewinne erschaffen. Ihnen werden auch die Steuern gesenkt. Erhöhung der Profite auf Kosten der Löhne und zusätzliche Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den Staat, das ist das deutlich verkündete Programm. (Handelsblatt, 26. Januar)

Arbeitslose ohne Recht auf Freizügigkeit

Die Bundesanstalt für Arbeit hat in einem Rundschreiben festgelegt, unter welchen Bedingungen Arbeitslose in Urlaub fahren dürfen. Über den Antrag entscheidet das Arbeitsamt „nach den allgemeinen Arbeitsmarktbedingungen und den Umständen des Einzelfalls". Die Urlaubserlaubnis wird auf 14 Tage begrenzt und darf nicht früher als eine Woche vor Urlaubsantritt erteilt werden. (Handelsblatt, 26. Januar)

Ärzteschaft erklärt: Das Volk soll weniger essen

Die Standesvertretung der baden-württembergischen Ärzteschaft hat einen Sparvorschlag in der Krise unterbreitet: Die Leute sollen weniger essen. Der tägliche Kalorienverbrauch der Bevölkerung liege heute mehr als 600 Kalorien zu hoch, kann also mit anderen Worten um ein Fünftel gesenkt werden. Allein an Krankheitskosten hat der Ärzteverband Ersparnisse von 6 Milliarden DM jährlich vorausgesagt. Die wegen ihrer Habgier berüchtigten Ärztesprecher begründen ihre Empfehlung für Schmalhans als Küchenmeister mit Sorge um die Volksgesundheit. Die Lohndrückerei der Kapitalisten bekommt medizinisches Lob als Diätkur. (Nach: Süddeutsche Zeitung, 26. Januar)

tung, 26. Januar)

„Schmidt und Kohl verträgt sich wohl"

Schmidt konnte auf SPD-Veranstaltung in Freiburg nur schwach parieren

Am vergangenen Freitag, vor mehr als 4 000 Menschen, wollte Kanzler Helmut Schmidt in der Freiburger Stadthalle Wahlhilfe für die baden-württembergische SPD leisten. Das war nur vier Tage, nachdem der CDU-Kanzlerkandidat Kohl bei einem ähnlichen Versuch gescheitert war und seine Propaganda-Veranstaltung frühzeitig abbrechen mußte (siehe letzte KVZ).

Attacken gegen Kohl, Attacken gegen Filbinger, das gab auch noch einigen Beifall. Glauben sollte man, wenn in Baden-Württemberg erst die SPD an der Macht ist, wird es großartig – genauso großartig wie im Bund. Dieses Vorhaben des SPD-Kanzlers ging aber nicht über die Bühne. Warum sollte es auch.

Die Kollegen der Gewerkschaft ÖTV, Abteilungen Soziale Arbeit und Wissenschaft und Forschung, haben sich gesagt: Nicht nur der CDU-Kohl und Landesvater Filbinger hetzen gegen unsere Lohnforderung. Wir müssen unsere 135-Mark-Forderung doch gerade gegen diesen Kanzler Schmidt und seine Regierung durchsetzen. Sie gingen zu der Veranstaltung mit Transparenten: „ÖTV: Wir bleiben hart! 135 Mark!" Sprechchöre im Saal unterstützten das.

Recht hatten sie damit. Ist es doch dieser Kanzler Schmidt, der als Kettenhund des Finanzkapitals die Ausplünderung betreibt und den Lohn drücken will.

Ein weiteres Transparent und Sprechchöre forderten „Weg mit dem § 218! Volksentscheid!". Immer wieder wurde gerufen: „Schmidt und Kohl versteh'n sich wohl!" Denn solte man Schmidt glauben, wenn er sagt, es läge nur an den Reaktionären der CDU, daß der § 218 noch existiert? Das geht nicht. Gerade die Schmidt/Genscher-Regierung hat ja jetzt am Wochenende einen neuen Entwurf gebastelt, in dem es heißt: Abtreibung bleibt strafbar.

Nach der so unterbrochenen Rede sah es dann so aus, daß sich Kanzler Schmidt nach seinem Vortrag davonmachen wollte: Das Flugzeug könne nicht mehr warten ... Das gab Pfiffe vom ganzen Saal. Das war sogar eingefleischten Sozialdemokraten zuviel. Er kam ins Schwitzen. Wurde er doch sofort gefragt, wie er zu den 135 Mark steht, die die Kollegen im öffentlichen Dienst fordern. Er begann zu lavieren: Der Schein des Gewerkschafts- und Arbeiterfreundes mußte gewahrt bleiben, dachte er sich. Also begann er: Ich bin ja auch ÖTV-Mitglied und habe Verständnis. Andererseits, als Kettenhund des Finanzkapitals mußte er beißen, sonst erhält er einen Fußtritt. Also fährt er fort: Es gibt aber noch andere Gewerkschaften, womit er die Spaltervereine Beamtenbund und DAG meinte, die niedere Prozentforderungen aufgestellt haben. Außerdem könne er gar nicht alleine entscheiden, es gebe noch Länder und Gemeinden ... Das zielte auf die Spaltung der Beschäftigten der verschiedenen Teile des öffentlichen Dienstes. Aber es hat dem Kanzler Schmidt nichts genützt. Kein Beifall für seine Antwort, stattdessen Sprechchöre: Kampf dem Lohnabbau! 135 Mark im öffentlichen Dienst! Hilflos war der große Macher.

Nach dieser Antwort des Kanzlers ließ das Interesse rasch nach. Eine ganze Reihe begann den Saal zu verlassen, andere lasen den zahlreich verteilten Aufruf des KBW zu den Landtagswahlen. In dem Vorraum der Stadthalle führten die Landtagskandidaten des KBW dann eine kurze Kundgebung durch, an der mehrere hundert Menschen mit großem Interesse und zahlreichen Fragen teilnahmen. – (ak., Ortsgruppe Freiburg)



Roland Zimmermann, Pressereferent der Polizeidirektion Freiburg:
"Die in der Presse veröffentlichten Darstellungen, nach denen auf den Herrn Ministerpräsidenten Kohl ein Attentat ausgeführt worden sein soll, sind falsch. Von der Polizei wurde ein 61 jähriger Mann aus einem kleinen Nachbarort von Freiburg als der vermeintliche Attentäter ermittelt. Der angebliche Attentäter ist sogar eingeschriebenes CDU-Mitglied. Er war vor der Türe zum Audi.Max. in ein Gedränge geraten, dabei hielt er einen Beamten aus der Begleitmannschaft des Herrn Ministerpräsidenten für einen linken Störer und versetzte diesem mit einem Rehgehörn mehrere Stöße in den Rücken. Ein Angriff auf den Ministerpräsidenten war von ihm nie beabsichtigt."

Nach der „Bild"-Falschmeldung erschien dies Plakat in der Freiburger Öffentlichkeit mit der polizeilichen Richtigstellung. Siehe Kommentar auf Seite 1.

Störsender der Sozialimperialisten

Die elektronische Fachzeitschrift „Funkschau" berichtete am 19. Dezember über die Störsendertätigkeit der russischen Sozialimperialisten. Es wird geschätzt, daß im gesamten Machtbereich des Sozialimperialismus über 3 000 Störsender tätig sind. Die meisten und stärksten Sender sind gegen die Sendungen von Radio Peking und Radio Tirana nach Europa gerichtet. Die Zeitschrift schreibt: „In Zielrichtung Peking plus Tirana setzt Moskau derzeit seine stärksten Störsender ein. Das ist schon mit einer kurzen Beobachtung der KW(Kurzwellen)-Szene leicht festzustellen." Stören ist erheblich teurer als Senden. Die Sozialimperialisten tragen die höheren Kosten. Sie gehen mit Recht davon aus, daß ihre Sendungen sich nicht durchsetzen könnten. – (r., Hamburg)

Polizeiwillkür durch Gericht gedeckt

Am 25.1. wurden der presserechtlich Verantwortliche der Sympathisantengruppe Bonn des KBW und ein Flugblattverteiler zu 900 bzw. 600 DM Geldstrafe wegen Beleidigung von Staatsorganen verurteilt. Anlaß war ein Flugblatt, das überschrieben war „Polizeimord an G. Routhier". In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Begriffe Klassenjustiz und Bürgerkriegstruppen sowie die Feststellung, daß das Vorgehen der Polizei gegen G. Routhier ein Verbrechen sei und sich direkt aus dem Charakter des Staatsapparates ergebe, beleidigend seien, wovor sich der Staat schützen müsse. In den letzten Monaten sind mehrfach aus demselben Anlaß Strafen gegen Mitglieder der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und der Gruppe Rote Fahne (KPD) verhängt worden.

§ 218: Der achte Anlauf der Reaktion

Für den 12. Februar ist die neuerliche Behandlung eines Gesetzentwurfes zur Neuregelung des § 218 (es ist inzwischen der insgesamt achte Entwurf) im Bundestag geplant.

Der Kampf um den Paragraphen 218 spitzt sich zu. Die Reaktionäre wissen, daß sie ein starkes Gesetz brauchen, um die Volksbewegung für ersatzlose Streichung des § 218 unterdrücken und die Autorität des Staates wieder herstellen zu können. Die Kirchen drücken. Die Bischöfe haben schon verlauten lassen, daß ihnen die Tätigkeit der CDU/CSU-Opposition bei weitem nicht reicht.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" behauptet inzwischen, die Gegensätze zwischen CDU/CSU-Opposition und Regierungskoalition seien unüberbrückbar.

Besonders unüberbrückbar sei, daß die Schwangere nach der vom Ausschuß beschlossenen Fassung auch dann straflos ausginge, wenn sie keine Beratung in Anspruch nehme.

Unüberbrückbar ist hier lediglich der Gegensatz zwischen der Behauptung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und den Tatsachen. Der Parlamentsausschuß denkt nach eigenen Aussagen nicht im Traume daran, eine solche Regelung einzuführen.

Er denkt eher daran, die Möglichkeit, die der vorletzte Koalitionsentwurf noch dem Gericht gelassen hatte, nämlich in Fällen „besonderer Bedrängnis" von einer Bestrafung der Schwangeren abzusehen, einzuengen.

Es handelt sich bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" um die gleiche Tatsachenfälschung, die von diesem Blatt auch schon bei der Verkündung des Jugendarbeitsschutzgesetzes betrieben wurde, wo die Freigabe der Jugendlichen für die Akkordarbeit als Einschränkung der Akkordarbeit für Jugendliche ausgegeben wurde.

Diese Verwirrmanöver werden sich in der nächsten Zeit erheblich verstärken. Die Bild-Zeitung schreibt zum Beispiel über jeden Entwurf seit nunmehr fast einem Jahr, daß er eine Freigabe der Abtreibung bedeute.



Die Mauern der Justiz werden überall als geeignet angesehen, um Parolen gegen den Paragraphen 218 anzubringen. Hier die Mauern des Amtsgerichts Hamburg

Auf der einen Seite wird also im Ausschuß, wo es geheimgehalten werden kann, kräftig am Koalitionsentwurf geändert. Dort wird hinter den Kulissen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausgeschöpft. Auf der anderen Seite wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, eine Milderung des Verbotes oder zumindest der Bestrafung der Abtreibung durch den Staat stehe bevor.

Dann soll das Gesetz putschmäßig verabschiedet werden und dann sollen sich alle daran halten, weil es nun einmal eben schon da ist.

Dumpf spüren die bürgerlichen Politiker, daß es nicht so laufen wird. Die bürgerliche Presse spürt es auch.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" weist darauf hin, daß die Gefahr entstünde, daß die Richter den unscharfen Paragraphen etwa liberal auslegten. Das ist natürlich närrisch. Ausgerechnet Deutschlands Richter, die sich als Magd jeder beliebig grausamen Reaktion bislang stets glänzend bewährt hatten und als ein Strebpfeiler des Hitlerregimes notorisch sind, sollten eine Liberalisierung unter der Hand durchführen?

Von den Richtern her droht der Reaktion gewiß keine Gefahr. Die Wahrheit ist, daß den Richtern eine gewisse Gefahr droht von Seiten der Massenbewegung gegen den Paragraphen 218, wenn sie anfangen werden, diese Sorte „Recht" zu sprechen. Ein drakonisches Gesetz braucht die Reaktion, um die Bewegung gegen den § 218 zum Erlahmen zu bringen.

Wir behaupten, ein solches drakonisches Gesetz befindet sich auch in Vorbereitung. Schon beim vorletzten Entwurf hatten wir festgestellt, daß mit diesem Gesetz die Ärzte zu Hilfspolizisten gemacht werden. Wie man aus Bonn hört, wird das jetzt verstärkt. Das Strafmaß für fehlerhafte Gutachten wird festgelegt, und die Straftatbestände, also wenn ein Gutachten den Rechtsnormen nicht entspricht, sollen ebenso festgelegt werden.

Sicherlich wird, wenn es nicht im Paragraphen selber festgehalten wird, alsbald eine Latte von Gerichtsurteilen erfolgen, durch die genau und exakt festgelegt wird, was Indikationen sind und was bloß als menschenfeindliche Verwirrung der Schwangeren gewertet werden darf.

Fest steht, der Arzt, der ein solches Gutachten verfaßt, wird zum Bestandteil des Staatsapparates. Man kann für sicher nehmen, daß ein Arzt, der es bei einer Schwangeren ablehnt, ein Gutachten zu erstellen oder sich gegen einen Schwangerschaftsabbruch ausspricht, alsbald verdonnert sein wird, den weiteren Fortgang der Schwangerschaft zu überwachen und Laut zu geben, wenn sich herausstellt, daß sie doch nicht fortgesetzt wurde.

Es wird also bei der Durchsetzung eines solchen Schandparagraphen noch ganz erhebliche Reibereien geben. Ob die Volksmassen diese Kämpfe, die unvermeidlich auf uns zukommen, zu ihren Gunsten entscheiden können, das hängt ziemlich stark davon ab, ob es jetzt schon gelingt, das parlamentarische Verwirrspiel zu enthüllen.

Die Komitees und Initiativen gegen den § 218 planen für die Zeit vom 9. bis zum 14. Februar eine Aktionswoche, die ihren Höhepunkt am Tag der Parlamentsdebatte finden muß und die zur Mobilisierung für die Demonstrationen am 21. Februar dient.

Parallel zu den Parlamentsmanövern wird die direkte Unterdrückung von Gegnerschaft zum § 218 durch die Staatsmacht verstärkt. In Bremen wurden dieser Tage in einer Redaktion des Rundfunks 300 Exemplare einer Broschüre über den § 218 beschlagnahmt, die als Beiheft zu einer Schulfunksendung verteilt werden sollten. Wegen „Verunglimpfung von Staatsorganen".

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die in Sachen Parlamentstaktik als die führende Zeitung angesehen werden muß, behauptet jetzt, die Unionsparteien würden diesen § 218 auf jeden Fall im Bundestag ablehnen. Vor Monaten noch sollte die Volksbewegung durch ein Bundestagsvotum beeindruckt werden, das durch Einstimmigkeit die Massen von der Aussichtslosigkeit ihres Begehrens und dem sittlich hohen Wert dieses Gesetzes überzeugen sollte. Allenfalls auf den Flügeln sollte einige Rechte dagegen stimmen für die Kirchen und auf der Linken für die Gewerkschaften, so daß die Liebe zum Parlament nicht erkalten soll.

Jetzt wird die Methode vorgeschlagen, die CDU/CSU solle geschlossen dagegen stimmen. Offenbar soll der Eindruck erweckt werden, das neue Gesetz sei immerhin so fortschrittlich, daß wenigstens die CDU/CSU dagegen, wenn schon niemand dafür sei.

Überdies sei noch nicht sicher, ob die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat einen Einspruch gegen dieses Gesetz einlegen wolle. Das sei nicht sicher, weil im Baden-Württembergischen Wahlen anstünden und der Advokat und bekannte Grundstücksspekulant Filbinger für zu schlau gehalten wird, sich einen Einspruch gegen den 218 mitten im Wahlkampf auf den Hals zu laden.

Ein neuerliches Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht sei durch die Unionsparteien nicht vorgesehen.

Versteht sich, diese können sich wohl beherrschen, die Angelegenheit weiterhin offen zu halten. Die Reaktion setzt darauf, daß die ersten Prozesse aufgrund des neuen Paragraphs 218 bis vor das höchste Gericht gehen und daß dort dann all das noch hineingeheimnist wird, was jetzt bloß im Keime darin enthalten ist. Diesen Weg halten die Reaktionäre gegenwärtig für sicherer.

Die Stellung der Gewerkschaften zum § 218 verschweigen die bürgerlichen Blätter sorgfältig. Das versteht man gut. Was wird denn sein, wenn die ganzen sozialdemokratischen Ausschöpfungsideologen in nächsten Zukunft mit dem handgeschöpften Gesetz dastehen?

Die Arbeiterbewegung wird feststellen, daß es so geblieben ist, wie es immer war, daß auf die bürgerlichen Parteien und das bürgerliche Parlament man nichts geben darf, sich nichts davon erwarten darf außer Reaktion und Betrug. Heute schon ist der Kampf gegen den § 218, was er jahrzehntelang nicht war. Fester Bestandteil der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes. Aktionen gegen den Staatsapparat, der den § 218 als Instrument der Gängelung und Unterdrückung einsetzt, finden Unterstützung; die Reaktionäre hingegen, die den § 218 mit dem Knüppel, mit Haussuchungen, mit umfassender Bespitzelung einschließlich der Überwachung durch den eigenen Arzt durchpauken wollen, finden gar keine Unterstützung, sondern bloß Feindschaft. – (mf)

Imperialistische Energiepolitik: Das Volk soll zahlen

In der Energiedebatte im Bundestag letzte Woche waren sich die bürgerlichen Parteien trotz gegenseitiger Angriffe grundsätzlich einig, daß

1. der Kohlepfennig erhöht wird, um über die Erhöhung der Strompreise die Kohlehalden zu finanzieren;

2. Energie gespart werden soll, vornehmlich über bauliche Veränderungen, deren Kosten über die Mieten reingeholt werden sollen;

3. zur Förderung der Kohleverstromung auf einige Umweltschutzbestimmungen verzichtet werden soll;

4. Der Bau von Kernkraftwerken gegen den Willen der Bevölkerung beschleunigt durchgesetzt werden soll.

Daß es richtig ist, Energie zu sparen und nicht sinnlos zum Schornstein rauszudampfen, erscheint zunächst eine einleuchtende Sache. Auf diesem Argument haben deshalb die bürgerlichen Parteien allesamt breit herumgeritten, und sie erklärten, daß durch sparsame Energieverwendung auch die Umweltbelastung geringer werde. Die Maßnahmen jedoch, die sie in erster Lesung gebilligt haben, sprechen eine andere Sprache als diese Worte. Stutzig macht spätestens die Tatsache, daß die Maßnahmen zur Energieeinsparung nicht mit weniger, sondern mit mehr Kosten und Abgaben verbunden sind.

Da ist erstens **er der sogenannte Kohlepfennig.** Auf den Strompreis soll eine von 3,5 auf 4,5 % erhöhte Abgabe erhoben werden, und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1976 an, um für die großen Energiekonzerne eine Subvention zu finanzieren, damit diese mehr Kohle verstromen.

Diese Abgabe an die Energiekonzerne ist an den Strompreis gekoppelt, so daß die kapitalistischen Unternehmen, die allesamt billige Sondertarife für Strom haben, kaum betroffen sind. Außerdem können die Unternehmer von der Abgabe gänzlich befreit werden. (Siehe/drittes Verstromungsgesetz, Bundesgesetzblatt I, S.3473)

Da ist zweitens der Entwurf eines **Gesetzes zur Einsparung von Energie** in Gebäuden (Energieeinsparungsgesetz, Bundestagsdrucksache 7/4575). Es sieht vor, Wärmeschutzmaßnahmen in Neubauten und Maßnahmen in Altbauten verbindlich vorzuschreiben. Die dazu erforderlichen Investitionen werden über Mieterhöhungen reingeholt.. Die Bundesregierung „verspricht", daß die gleichzeitige Senkung der Heizkosten die Mieterhöhung mehr als ausgleichen werde. Der Baukapitalist wird aber seinen Mehraufwand möglichst schnell mit Zins und Zinseszins wieder reinholen wollen. Er bestimmt, was zu zahlen ist. Unter den „Sonderregelungen", ist vorgesehen, die Kapitalisten von den bautechnischen Auflagen zu befreien, unter den Ausnahmen sind unter anderem „Werkhallen, Produktionsanlagen und -stätten". Zur Überwachung der Energieeinsparung sollen die Schornsteinfeger herhalten. Für diese Polizeiaufgabe sollen die Schornsteinfegergebühren entsprechend erhöht werden.

Drittens ist eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes gebilligt worden. Gegen den Bau des Kohlekraftwerkes der STEAG in Voerde hatte sich breiter Widerstand der Bevölkerung erhoben, weil kein ausreichender Schutz gegen die Luftverschmutzung vorgesehen war. Ein Gericht war daraufhin gezwungen, einen Baustopp zu verfügen. Die Bestimmungen sollen nun so geändert werden, daß Einspruchsmöglichkeiten wegen Luftverschmutzung aufgehoben werden, damit die Gerichte nicht mehr zu Baustoppverfügungen gezwungen werden können, sondern ihre Aufgabe besser erfüllen können, jeden Widerstand für ungesetzlich zu erklären und durch die Justiz verfolgen zu können.

Viertens haben sich die bürgerlichen Parteien und die Regierung geeinigt im Bekenntnis zum **beschleunigten Ausbau von Kernkraftwerken.** Ungeachtet aller Risiken und der Umweltzerstörung, gegen die an vielen Orten sich breiter Widerstand entwickelt hat, soll der Anteil der Kernkraftwerke an der Energieerzeugung von gegenwärtig 1 Prozent auf 20 Prozent bis 1980 und auf 70 Prozent bis 1985 ausgebaut werden. Die Ruinierung der Bauern, die Gefährdung der Bevölkerung und die Verödung ganzer Landstriche und Flußläufe wird bewußt in Kauf genommen, um ein ehrgeiziges Projekt gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Um mit dem Widerstand besser fertigzuwerden und damit zugleich den Eindruck von Schutzmaßnahmen zu erwecken, schlug ein CDU-Sprecher sogar vor, eine besondere „atomare Schutzpolizei" aufzubauen „zum Schutz der Anlagen"!

Zeigen die geplanten Gesetze deutlich, daß die lohnabhängige Bevölkerung für das Energieprogramm des Großkapitals zahlen muß und daß dies Programm gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden soll, so zeigt das Kernenergieprogramm, daß es dabei gar nicht ums Energiesparen geht.

Das Energieprogramm ist gegen das Unabhängigkeitsstreben der Völker gerichtet

Derzeit sind die vorhandenen Energieproduktionsanlagen nicht ausgelastet. Kohle liegt auf Halde, die Kraftwerke konnten im vergangenen Jahr nur weniger Strom verkaufen. Der Aufbau der Kernkraftwerke geschieht nicht, um den Energiebedarf aufbringen zu können, sondern um den Erdölverbrauch durch Kernenergie zu ersetzen. In kürzester Frist soll weitgehende Unabhängigkeit von Erdöleinfuhren erreicht werden. Die Bundesregierung schreibt (Bundestagsdrucksache 7/3871):

„Die heute bekannten ... Lagerstätten (von Uran) ... befinden sich ... in größerem Umfang in westlichen Ländern, so daß die Gefahr einer Versorgungskrise infolge politischer Ereignisse ... wesentlich geringer ist als beim Erdöl."

Gegenwärtig macht das Erdöl zirka 51 Prozent an der Energieversorgung der BRD aus. Mit dem Kernenergieprogramm soll dieser Anteil weitgehend ersetzt werden. Bis ins Jahr 2000 soll die Kernenergie 50 Prozent des Energiebedarfs decken. Die Bundesregierung „sieht in der angestrebten Zuwachsrate der Kernenergie und damit dem Ausbau der Kernkraftwerke nach wie vor das wichtigste Mittel, die Ölabhängigkeit der Energieversorgung zu reduzieren". (Bundestagsdrucksache 7/3483)

Zwar versichert die Bundesregierung, daß die „Kooperation," mit den erdölproduzierenden Löndern gesucht werde. Dies ist aber nur die augenblickliche Taktik gegenüber der Dritten Welt. Zugleich hat sich die Bundesrepublik der Internationalen Energieagentur angeschlossen, die Anfang 1974 auf Betreiben der USA unter Beteiligung der wichtigsten westlichen imperialistischen Staaten gegründet wurde, um „gemeinsame wirksame Maßnahmen zu treffen, ... um ... durch Nachfragedrosselung", wie es in dem Vertrag heißt, den Forderungen der erdölproduzierenden Länder zu „begegnen".

Die jetzt im Bundestag im Grundsatz von allen Parteien in erster Lesung gebilligten Maßnahmen der „Energiesicherung" entsprechen im Wortlaut den im „Vertrag über ein internationales Energieprogramm" beschlossenen Vereinbarungen. (Bundestagsdrucksache 7/3027) Darin sind vorgesehen ein gemeinsamer Krisenmechanismus mit Verpflichtung, eine Ölreserve anzulegen und im „Notfall" sich zu unterstützen sowie Maßnahmen der Drosselung der Nachfrage durch Energieeinsparung und „Entwicklung alternativer Energiequellen", vor allem der Kernenergie.

Der Zusammenschluß der erdölproduzierenden Staaten ist gegenwärtig die Speerspitze der Dritten Welt in ihrem Kampf für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Diesen Zusammenschluß zu brechen, ist für das internationale Finanzkapital und die imperialistischen Staaten von hervorragendem Interesse, um imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Völker aufrechtzuerhalten.

Ein Energieprogramm, um die Kriegsfähigkeit des westdeutschen Imperialismus zu erhöhen

Unabhängigkeit in der Energie- und Rohstoffversorgung ist aber auch von entscheidender Bedeutung im Ringen der Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt, insbesondere als Vorbereitung auf den Kriegsfall, den die imperialistische Konkurrenz und insbesondere das Hegemoniestreben der imperialistischen Supermächte unvermeidlich hervortreibt. Im Bündnis mit der einen Supermacht verfolgt der westdeutsche Imperialismus dabei seine eigenen Expansions- und Machtinteressen und beteiligt sich mit äußersten Anstrengungen an den Kriegsvorbereitungen. Im Unterschied zu den beiden imperialistischen Supermächten, die selbst über riesige Rohstoff- und Energiequellen verfügen, versucht der westdeutsche Imperialismus die Abhängigkeit von der Erdölzufuhr weitgehend mit dem Aufbau von Kernkraftwerken abzubauen und zugleich führendes Exportland für Kernkraftwerksanlagen zu werden. Die Rücksichtslosigkeit, mit der dies betrieben wird, führt, gemessen an der relativen Kleinheit des Gebietes der BRD und der relativ dichten Besiedelung, zu einer ungeheuerlichen Gefährdung von Land und Menschen!

Gegenüber dem Widerstand, der sich gegen solche bedenkenlose Projekte überall regt, erklärt die Bundesregierung das ungeschminkte Interesse des Finanzkapitals: „Bereits ein zweitweiliger Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie in der BRD würde der Kernindustrie nicht nur inländische, sondern auch ausländische Absatzmöglichkeiten rauben." (Bundestagsdrucksache 7/3871)

Das Streben nach mehr Unabhängigkeit in der Energieversorgung geht also Hand in Hand mit dem Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus. Daß dies Expansionsstreben militärische Aufrüstung und Vorbereitung auf den Krieg immer voraussetzt und gerade die Energie- und Rohstoffversorgung unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, zeigt die Sicherheitsdebatte, die einen Tag vor der Energiedebatte im Bundestag geführt wurde. Unwidersprochen bedauerte da der Abgeordnete Dregger von der CDU, daß Europa in der Auseinandersetzung um Angola „als Machtfaktor nicht präsent (sei), obwohl in Afrika auch unsere Rohstoffquellen und damit unsere Sicherheit auf dem Spiel stehen". Und im Weißbuch des Verteidigungsministeriums ist die Energieversorgung ein entscheidender Gesichtspunkt: „Energie- und Rohstoffversorgung bestimmt die westlichen Industrienationen, mit den Ländern der Dritten Welt zu kooperieren. Aber Außen- und Wirtschaftspolitik sind Stützen der Sicherheit, kein Ersatz für Verteidigungsfähigkeit", heißt es in der Einleitung des Weißbuches. Nicht Kooperation mit den Ländern der Dritten Welt, die zeitweilig als notwendig erachtet wird, sondern „Verteidigungsfähigkeit", das heißt die Fähigkeit, Krieg führen zu können, ist bestimmend für die Politik des westdeutschen Imperialismus. Dem entspricht sein Energieprogramm, dessen Durchsetzung für das Volk erhöhte Ausplünderung und Zerstörung seiner Lebensbedingungen bedeutet. – (bb)

Erbitterter Kampf gegen die Stillegung von Betrieben

1975 war das Jahr mit den meisten Konkursen in der Geschichte der Bundesrepublik. Tausende von Betrieben wurden stillgelegt und Hunderttausende von Arbeitern dabei auf die Straße geworfen. Die Masse an Kapital, welches die westdeutsche Arbeiterklasse Jahr um Jahr für die Kapitalisten hatte produzieren müssen, war zu viel geworden. Kapital mußte und muß vernichtet werden, damit das verbleibende Kapital wieder eine höhere Profitrate erzielt. Für viele kleine Kapitalisten bedeutet das das Ende als selbständige Unternehmer. Aber sie fallen weich. Entweder ziehen sie sich auf ihre Villen und nach Mallorca zurück, um fortan von ihrem Privatvermögen zu leben, oder sie finden sich wieder als angestellte und hochbezahlte Geschäftsführer in ihrem eigenen Unternehmen. Denn die Krise ist die große Zeit der Konzerne und der Banken: Bankrotte Firmen werden gegen wenig Geld aufgekauft, große Teile der Belegschaft entlassen und dem Rest wird häufig bei gedrücktem Lohn eine unerhört scharfe Rationalisierung aufgezwungen. Wo Konzerne einzelne Betriebe abstoßen wollen, nutzen sie ebenfalls dazu den Druck der Krise. Die Arbeiter und Angestellten der von Stillegung bedrohten Betriebe erwartet ein anderes Schicksal: keine Villa, kein Mallorca, sondern nach langen Jahren harter Arbeit ein knappes Arbeitslosengeld und schließlich die Sozialhilfe. Für ältere Arbeiter, für Arbeiter in entlegeneren Regionen besteht kaum eine Möglichkeit, überhaupt wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Ihnen bleibt buchstäblich kein anderer Weg als harter und erbitterter Kampf gegen die Stillegung. Belegschaften verschiedener westdeutscher Betriebe haben im letzten Jahr solche langdauernden, zähen Kämpfe durchgefochten. Berichtet hat die KVZ über den Kampf der Belegschaft bei Seibel in Erwitte und von Demag Kalletal. Diese Kämpfe der Arbeiter gegen Stillegung haben immer große Unterstützung gefunden bei den Volksmassen aus den jeweiligen Orten. Denn mit der Stillegung von Betrieben droht häufig die Verödung ganzer Regionen, und die Gerechtigkeit des Kampfes gegen Vernichtung von Produktionsmiteln und Brachliegen lebendiger Arbeitskraft kann schwer bestritten werden. Bis in die Organe der bürgerlichen Presse finden daher diese Kämpfe der Arbeiter Beachtung, denn die bürgerliche Klasse weiß, daß mit jeder solchen Stillegung die Frage nach der Tauglichkeit des kapitalistischen Systems vor den Augen breiter Massen aufgeworfen wird. Wir berichten im folgenden über den Kampf der Belegschaften des VFW-Werkes in Speyer und Siro-Hydraulik in Aachen.



Füssen. 3000 Beschäftigte der Glöggler-Werke demonstrierten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Siro-Hydraulik Aachen

„Wir brauchen unsere Arbeitsplätze und werden darum kämpfen“

Aachen. In der Nummer 50/75 der Kommunistischen Volkszeitung haben wir schon über den Kampf der 165 Arbeiter und Angestellten von Siro Hydraulik gegen die Stillegung des Werkes Aachen berichtet. Der Kapitalist von Siro will das Werk stillegen, da er in Schleswig-Holstein mit Landesmitteln profitabler produzieren lassen kann. Am Mittwoch, dem 10.12.1975 haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt und aus vielen anderen Aachener Betrieben waren über 850 Kollegen erschienen, um ihre Solidarität zu zeigen. Auf einer Versammlung kurz vor Weihnachten, am 18.12, haben 45 Kollegen diskutiert, welche Kampfschritte notwendig sind und haben beschlossen, im Betrieb für Kampfmaßnahmen bis hin zur Werksbesetzung zu mobilisieren.

Am Montag, dem 26. Januar, haben alle Kollegen der Firma Siro-Hydraulik in der Jülicher Straße von acht Uhr morgens bis Betriebsschluß gestreikt. Am Donnerstag letzter Woche hatte ihnen der Geschäftsführer mit der Anmeldung des Konkurses gedroht, wenn sie zu hohe Forderungen stellen würden und hat erklärt, vom Sozialplan sollten die Kollegen nicht viel erwarten. Freitag drohte der Kapitalist Dr. Klaus Muhrmann, den Sozialplan niedrig ausfallen zu lassen, und drohte weiter, daß es zu keiner Einigung käme, wenn noch weitere Störungen, also Kampfschritte der Kollegen, vorkämen. Nach dieser Drohung, so ein Kollege von Siro, waren selbst diejenigen Kollegen, die bisher noch nicht die Notwendigkeit des Kampfes sahen, so wütend, daß sie sofort streiken wollten. Montag wurde dann ab acht Uhr von allen gestreikt.

Wie am Freitag angekündigt, rückte der Kapitalist mit dem versprochenen großzügigen Sozialplan an. Sein unverschämter Vorschlag: Alter mal Betriebszugehörigkeit mal Bruttolohn, das Ganze geteilt durch die Zahl 180. Da springen dann ganze 2333,33 DM raus für einen Kollegen, der sieben Jahre bei Siro arbeitete, 40 Jahre alt ist und 1500 DM brutto hat. Das wird auch noch auf das Arbeitslosengeld angerechnet. Dazu muß man bedenken, wie aussichtslos es ist, bei mehr als 6 Prozent Arbeitslosen in Aachen neue Arbeit zu bekommen. Klar ist, daß sich die Kollegen mit solchen Angeboten und Drohungen nicht abspeisen lassen. Deshalb haben sie gestreikt.

Am kommenden Montag wird die Geschäftsleitung erneut nach Aachen anreisen, am 11. Februar soll dann eine Betriebsversammlung stattfinden. Schon auf der letzten Versammlung vor Weihnachten sagten die Kollegen ganz klar, daß man nicht auf einen Sozialplan hoffen dürfe, sondern jetzt um die Arbeitsplätze kämpfen muß. Und so stand dann auch in dem Aufruf der Kollegen von Siro: „Wir brauchen unsere Arbeitsplätze. Darum kann unsere Forderung nur heißen: Kein Sozialplan, keine Stillegung!“ Der Kampf ist gerecht. Oft genug haben die Kollegen gesagt: Wir sind es, die die Pumpen von Siro zu dem gemacht haben, was sie heute auf dem Markt darstellen. Die Arbeiter sind es schließlich, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

In einem „Aufruf der Kollegen von Siro-Hydraulik zur Solidarität“ wandten sie sich „an die Kollegen der Aachener Betriebe und an die Bevölkerung von Aachen“. Dort heißt es:

Wir aber brauchen unsere Arbeitsplätze und müssen deshalb um jeden Preis darum kämpfen!

Wir haben schon breite Solidarität bei unseren ersten Kampfmaßnahmen erfahren. Jetzt ist diese Solidarität um so notwendiger! Die Angriffe werden immer schärfer und was uns passiert, kann morgen dir passieren!
Arbeiter und Bürger von Aachen!
Schließen wir uns zusammen gegen die immer schärfer werdenden Angriffe des Kapitals!
Unterstützt uns aktiv im Kampf um unsere Arbeitsplätze!
Nehmt mit uns Kontakt auf!
Siro-Hydraulik, Jülicher Str. 342, 5100 Aachen

Streik gegen drohende Stillegung

Bad Oeynhausen. Bei der Firma Thyssen-Plastik traten am 22.1. 200 Arbeiter und Angestellte in einen einstündigen Streik gegen die drohende Stillegung des Werkes. Bis jetzt ist die Vertriebsabteilung in Bad Oeynhausen aufgelöst worden. Die Abteilung Planung soll auf Beschluß des Rheinstahlkonzerns am 30.September nach München verlegt werden.

Interview mit einem Arbeiter von Siro-Hydraulik Aachen

Wie schätzt du die Lage im Betrieb ein?

Gestern, am 22.1.76, war die Geschäftsleitung anwsend wegen der Verlegung. Es hat sich herausgetellt, daß alle Manöver nur Verzögerungstaktik sind, um die Leute fleißig arbeiten zu lassen, damit die Lager gefüllt werden. Die Geschäftsleitung war auf dem Weg zur Landesregierung, um angeblich noch nach Wegen zu suchen, die Schließung zu vermeiden. Wir sehen das auch als Verzögerungstaktik an. Während der Verhandlung stand plötzlich die Belegschaft im Treppenhaus und forderte die Geschäftsleitung auf, herauszukommen und klar zu sagen, was sie vorhat. Die Geschäftsleitung erklärte, daß sie heute, den 23.1., den Betriebsrat telefonisch informieren will, was die Besprechung in Düsseldorf ergeben hat. Die Belegschaft forderte die Geschäftsleitung auf, in den nächsten acht Tagen hier zu erscheinen und klar zu sagen, was geschieht. Dies wurde von der Geschäftsleitung zugesagt.

Nach der Besprechung sagte die Belegschaft dem Betriebsrat: Falls die Geschäftsleitung innerhalb von acht Tagen nicht erscheint, legen wir die Arbeit nieder.

Außerdem erklärten sie alle, daß sie keinerlei Überstunden bis zu diesem Zeitpunkt fahren werden. Die Überstunden, die bisher gefahren wurden, dienten nicht der Lagerauffüllung.

Du und viele andere Kollegen auch aus anderen Betrieben haben die Bedeutung des Kampfes gegen die Stillegung des Aachener Werkes hervorgehoben als unvermeidbare und notwendige Kampfansage der Arbeiter gegen die Kapitalisten.

Wenn wir das kampflos hinnehmen würden, dann kann das, was uns passiert, in den anderen Betrieben genauso passieren. Denn einer muß ja anfangen und wir müssen zeigen, daß wir uns das nicht länger gefallen lassen.

Wie unterstützt die Gewerkschaft euren Kampf?

Beratend, aber nur in der gesetzlichen Legalität. Kämpft ihr mal da unten und seht, was dabei herauskommt. Kämpft, aber seid schön artig.

Wieviele Kollegen sind gewerkschaftlich organisiert?

Bei den Arbeitern etwas über 90 Prozent. Bei den Angestellten etwas über 10 Prozent. In der letzten Zeit sind noch einige Arbeiter eingetreten und etliche haben freiwillig den Beitrag erhöht.

Welche Kampfmaßnahmen sind deiner Meinung nach nötig? Meinst du, daß eine Werksbesetzung der richtige Schritt ist, falls andere Kampfmaßnahmen nicht ausreichen?

Es ist eine kolossale Arbeit nötig, um alle Kollegen von der Notwendigkeit der Kampfschritte zu überzeugen. Was die Kollegen äußerst wütend gemacht hat, war, daß Geschäftsführer Göring gesagt hat, vom Sozialplan sei nicht sehr viel zu erhoffen, wir haben nicht viel Geld, werden aber trotzdem großzügig sein. Falls wir uns nicht einigten, würden sie vor Gericht gehen und Konkurs anmelden.

Die Werksbesetzung wäre der letzte Schritt der Kampfmaßnahmen, vor allem, wenn die versuchen, die ersten Maschinen rauszuholen. Ich glaube schon, daß die Kollegen bereit wären. Denn sie haben ja nichts zu verlieren.

Eine möglichst breite Solidarität durch die Kollegen aus den anderen Betrieben und der Bevölkerung ist notwendig. Kannst du dazu noch etwas sagen.

Ja, das finde ich wichtig, daß die Bevölkerung darüber informiert werden muß, was hier läuft. Wie scharf die Angriffe sind. Daß dies nicht der einzige Betrieb sein wird, der dieses Schicksal erleidet. Daß immer mehr arbeitslos werden. Notwendig ist, daß die Kollegen aus anderen Betrieben und die gesamte Bevölkerung unseren Kampf solidarisch unterstützen und wenn es notwendig ist, aktiv eingreifen.

Demonstration vors Rathaus – gegen Stillegung

Neu-Isenburg. 70 der 135 Beschäftigten der Firma Rohr-Fischer, die zu Mannesmann gehört, legten die Arbeit nieder, zogen zum Rathaus und forderten, daß auf der gleichzeitig stattfindenden Verhandlungssitzung zwischen Betriebrat, Konzernleitung und dem Bürgermeister ihre Forderung durchgesetzt wird: „Wir wollen keinen Sozialplan, wir wollen unsere Arbeitsplätze behalten!“

VFW Speyer

„Totengräber müssen raus“

Speyer. Als die Belegschaft von VFW-Fokker Speyer letzten Freitagmorgen erfuhr, daß aus Bremen 4 „Planungsfachleute“ im Betrieb sind, um den Abbau der MRCA-Kampfflugzeug-Vorrichtungen vorzubereiten, wurdet die Arbeit liegen gelassen und die Arbeiter versammelten sich in der MRCA-Halle. Gegen 10 Uhr drohte die Geschäftsleitung den Streikenden durch die Abteilungsleiter. Die Arbeiter sollten unverzüglich wieder an die Arbeit gehen oder sie könnten fristlos entlassen werden, selbst die Betriebskrankenkasse würde geschlossen werden. Drohungen in dieser Schärfe sind bei den vorhergehenden Streiks gegen den Abbau von 900 der 1300 Arbeitsplätze noch nicht ausgesprochen worden. Bisher wurde immer zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat nachträglich vereinbart, daß es sich um eine außerordentliche Betriebsversammlung gehandelt hätte. Dann wurde die Zeit bezahlt.

Trotz der Drohungen hielt die Streikfront. Die Geschäftsleitung hatte für 12.30 Uhr eine Betriebsversammlung angesetzt, wo sie noch einmal ihre Drohungen wiederholte. Aber die Drohungen konnten niemanden vom weiteren Streik abhalten. Die Arbeiter und Angestellten zogen nach der Versammlung in einem geschlossenen Demonstrationszug durch den ganzen Betrieb. In Halle 13 wurden Transparente geholt. Von dort aus ging es zum „Hohlblock“ (Verwaltungsgebäude), wo der Geschäftsleitung laut Parolen zugerufen wurden: *„MRCA bleibt im Haus, Totengräber müssen raus!“ Will man uns die Arbeit klauen, werden auf den Tisch wir hauen!“* Dann ging es wieder zur Halle 5, wo der Betriebsrat noch einmal die Forderungen der Kollegen zusammenfaßte und schließlich gegen 14 Uhr zur Arbeitsaufnahme aufforderte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die 4 Planer bereits den Betrieb verlassen.



Im Dezember 1975 demonstrierten die VFW-Arbeiter in Speyer gegen Entlassungen. Die Monopole der westdeutschen Flugzeugbauindustrie haben in einem Gutachten der Bundesregierung die Zentralisation der Produktion geplant, um ihre Profite zu steigern und auf dem Weltmarkt ihre Position zu verbessern. Eines der Ergebnisse ihres Gutachtens ist: Das Speyerer Werk soll stillgelegt werden.

VW-Werke

IGM-Hauptvorstand will eine richtige Forderung wegputzen

Nachdem in fast allen Bezirken der Metallindustrie die ersten verhandlungen zwischen der IGM und den Kapitalistenverbänden vorüber sind, liegt noch kein Angebot der Kapitalisten vor. Überall sind die Verhandlungen auf die ersten Februartage vertagt worden. Während dort die ersten Verhandlungen liefen, wurden die Forderungen für die VW-Werke aufgestellt, die einen eigenen Tarifvertrag haben. Im Werk Salzgitter wurde eine Forderung von 140 Mark mindestens durch die Vertrauensleute aufgestellt. Auch in den anderen Werken wurde diskutiert, daß ein einheitlicher Betrag notwendig ist; eine Sitzungsgruppe der Akkordlöhner in Wolfsburg forderte zum Beispiel 200 Mark. In der großen Tarifkommission wurde ebenfalls die Forderung nach einem Festbetrag erhoben.

In einem Flugblatt der KBW-Ortsgruppen für die Werke Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover, Kassel und Emden wird die Lage nach dem Beschluß der Tarifkommission folgendermaßen beschrieben: „Neben der Prozentforderung sollte ein einheitlicher Festbetrag für die unteren Lohngruppen aufgestellt werden. Dieser Festbetrag sollte für alle Lohngruppen gelten, die unter dem VW-Durchschnitt von 1800 Mark brutto liegen. Bei den aufgestellten 8 Prozent würde dies einen Betrag von zirka 140 Mark ausmachen, wenn man sie auf 1800 Mark umrechnet. Nun ist es so, daß der Hauptvorstand bei der Aufstellung der Tarifforderungen Einspruchsrecht hat. Von diesem Einspruchsrecht hat der Hauptvorstand Gebrauch gemacht und unterbunden, daß die 140 Mark ausdrücklich als Forderung erhoben werden. Nach dem Eingriff des sozialdemokratischen Hauptvorstandes heißt die in dem blauen IGM-Flugblatt veröffentlichte Forderung jetzt: 8 % mehr Lohn und Gehalt, wobei die unteren Lohngruppen um einen einheitlichen Betrag angehoben werden sollen."

Wie hoch der „einheitliche Betrag" sein soll, wird nicht mehr gesagt. Der Hauptvorstand stellt sich das so vor, daß die Prozente ausgehandelt werden und gemäß der ausgehandelten Prozente der Festbetrag für die unteren Lohngruppen angesetzt wird. In dem Flugblatt der KBW-Ortsgruppen für die VW-Werke heißt es dazu:

„Von dem richtigen Gedanken, daß die unteren Lohngruppen nicht noch weiter abfallen sollen in ihrem Lohnniveau, daß verhindert werden muß, daß ihr gesamter Lohn für die einfachste Lebenshaltung draufgeht, von diesem Gedanken ist nichs mehr geblieben. Das IGM-Flugblatt hat in den Werken ein völliges Durcheinander angerichtet. Viele Kollegen haben von der Forderung erfahren und halten sie für richtig und sind der Meinung, mit dem einheitlichen Festgeldbetrag der IGM sind die 140 Mark gemeint. Das wurde auch von den Vertrauensleuten in Wolfsburg erzählt. Andere Gewerkschaftsfunktionäre sagen, von der Höhe des einheitlichen Geldbetrags sei nie die Rede gewesen. Diese würde sich in den Verhandlungen ergeben, darüber braucht man sich jetzt keine Gedanken zu machen."

Was hat der Hauptvorstand damit vor?

Eine Forderung, die nicht in sein Konzept der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten paßt, drohte gegenüber dem VW-Konzern erhoben zu werden. Die Forderung nach einem einheitlichen Betrag selber konnte er nicht mehr wegschaffen. So ist er dazu übergegangen, den vereinheitlichenden Charakter der Mindestforderung zu zerstören, indem er sagte: Festgeldbetrag ja, aber nicht als Forderung, sondern als Ergebnis unserer Verhandlungen. Das Entscheidende, daß ein Betrag steht, den die Kapitalisten zahlen müssen, und wenn sie ihn nicht zahlen wollen, wird gekämpft, hat er gestrichen. Übrig bleiben die nackten Prozente.

Anfang der Woche war die Lage in den VW-Werken immer noch so, daß die verschiedensten Vorstellungen und Meinungen über die Forderung in den VW-Werken vorhanden war. Die Belegschaften müssen darüber spekulieren, was nun eigentlich mit dieser Forderung gemeint ist, anstatt beraten zu können, wie man daran geht, diese Forderung gegen Schmückers Pläne durchzusetzen, den Haustarif 2 bis 3 % schlechter abzuschließen als in den anderen Bezirken.

Durch dieses Manöver will der Hauptvorstand alle Möglichkeiten in der Hand behalten, damit sich Loderer als Gewerkschaftsvorsitzender mit Loderer als VW-Aufsichtsratsmitglied einig werden kann über einen Abschluß, der den Interesssen des Konzerns entspricht.

Dieses Chaos, erzeugt durch den IGM-Hauptvorstand, muß beseitigt werden. Die VW-Zellen schreiben in ihrem Flugblatt: „140 Mark als Forderung müssen ausdrücklich erhoben werden. Hier müssen Initiativen aus allen Werken ausgehen, nur mit diesen 140 Mark wird es möglich sein, der Entschlossenheit der VW-Herren, den Lohn zu drücken, die Entschlossenheit der Arbeiter entgegenzubringen, nicht mit sich Schlitten fahren zu lassen. **Keiner unter 140 Mark!"**

Für die Kapitalisten ist Durcheinander und Chaos über die Forderung und damit Spaltung ausgezeichnet. Ihre Ziele rücken näher. Damit das Durcheinander und die Spaltung gefördert werden, unternehmen sie die verschiedensten Vorstöße. In einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung" antwortet der Landesvorsitzende der Metallkapitalisten, Dürr, auf die Frage: „Sie haben einmal in dem Zusammenhang einer möglichen Revision eines laufenden Tarifvertrages von einem Ventil gesprochen, das es da gebe. Wie ist das zu verstehen?" – „Denkbar wäre der Tarifvertrag über die vermögenswirksamen Leistungen, der ja automatisch am 30.6.76 ausläuft, der also nicht gekündigt werden muß von einer Seite ..., ich meine also, wenn es ‚boomen' würde, dann wäre man ja wohl nicht daran interessiert, noch mehr in den Konsum hineinzubringen."

Der Kapitalist macht sich nicht nur Gedanken, wie er seinen Plan in der Tarifauseinandersetzung durchsetzen kann, er plant auch gleichzeitig, wie gespalten werden kann, wenn die Metallarbeiter einen Lohnraubabschluß nicht zulassen. An diesen Äußerungen und an dem Vorgehen des IGM Hauptvorstandes ist gut erkennbar, wohin die Reise geht, überläßt man den Sozialdemokraten das Ruder in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. – (db)

Mark umrechnet. Nun ist es so, daß der Hauptvorstand bei der Aufstellung der Tarifforderungen Einspruchsrecht hat. Von diesem Einspruchsrecht hat der Hauptvorstand Gebrauch gemacht und unterbunden, daß die 140 Mark aus- braucht man sich jetzt keine Gedanken zu machen."
Was hat der Hauptvorstand damit vor?
Eine Forderung, die nicht in sein Konzept der Zusammenarbeit mit den
Dieses Chaos, erzeugt durch den IGM-Hauptvorstand, muß beseitigt werden. Die VW-Zellen schreiben in ihrem Flugblatt: „140 Mark als Forderung müssen ausdrücklich erhoben werden. Hier müssen Initiativen aus al- zulassen. An diesen Äußerungen und an dem Vorgehen des IGM Hauptvorstandes ist gut erkennbar, wohin die Reise geht, überläßt man den Sozialdemokraten das Ruder in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. – (db)

Lohngruppe		Prozentanteil 1973	1975	Zunahme Abnahme auf 73
1	9,25 DM			
2 a	9,58 DM	3,4 %	6 %	76 % plus
b	9,77 DM			
3 a	9,96 DM	18,4 %	24 %	30 % plus
b	10,12 DM			
4 a	10,32 DM	27,3 %	30 %	10 % plus
b	10,51 DM			
5 a	10,71 DM	30,5 %	25 %	15 % minus
b	11,01 DM			
6 a	11,35 DM	15,7%	14 %	11 % minus
b	11,85 DM			
7 a	12,40 DM	4,7 %	1 %	./.
b	13.00 DM	(7a ohne 7b)		

Bei VW wird der Lohn durch Runtergruppierungen kräftig gedrückt. Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Akkordlohngruppen im VW-Werk Salzgitter. Auf den Grundlohn werden 34 % berechnet. Zusammen macht das z. B. in der Lohngruppe 2 b 9,77 DM. In den Lohngruppen 2 bis 4 ist die Zahl der Arbeiter ständig gestiegen. In der Lohngruppe 2 z. B. um 76 %. In den Facharbeitergruppen dagegen gesunken.

IGM Tarifrunde

Kapitalisten verzogen sich

Freiburg. Am 22.1.76 war die erste Verhandlungsrunde für den IGM-Tarifbezirk Südbaden im Stadthotel Freiburg. Die örtliche IGM-Führung mobilisierte über die Vertreterversammlung um der Verhandlungsdelegation „den Rücken zu stärken". Der KBW rief über ein Flugblatt auf zu protestieren unter der Losung: Die Kapitalisten wollen uns ins Elend drücken! Weg mit den Leichtlohngruppen!

100 Kollegen waren gekommen, um zu protestieren. Neben Transparenten wie „Volle 8,5 %", „Mehr Lohn gleich Kaufkraft gleich Arbeitsplätze" wurden von Kollegen Transparente aufgespannt: „Lohndrückerei führt ins Elend! Weg mit den Leichtlohngruppen!", „VW Tarifkommission fordert 8 %, mindestens jedoch 140 DM". Während im Stadthotel die Verhandlungskommissionen „ökonomische Daten" austauschten, entstanden unten Diskussionen über die Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen. Diese Forderung stieß auf große Zustimmung. „Diese Forderung ist richtig!" „Das fordert die Gewerkschaft schon lange!" Nach etwa einer Stunde gingen alle Kollegen ins Hotel und spannten auf der Terasse vor den Glasscheiben der Verhandlungsräume die Transparente auf. Die Verhandlungen wurden unterbrochen! Die Kapitalistenvertreter verzogen sich schnell in ein anderes Stockwerk.

Franz Steinkühler, der die IGM-Verhandlungsdelegation anführte, charakterisierte die Verhandlungsstärke der IGM folgendermaßen: „Kollegen, sie haben uns behandelt wie Knechte!" Da ergriff ein Kollege von Hellige das Wort und verlas unter großem Beifall eine Erklärung aus seiner Abteilung, die von elf Kollegen unterschrieben war und die folgenden Inhalt hatte: Die Unternehmer sind entschlossen, einen Tarifabschluß zustandezubringen, der unterhalb der Inflationsrate liegt. Damit treiben sie die Kollegen, die in den Leichtlohngruppen sind, unterhalb des Existenzminimums. Die Ausgangsforderung der IGM Tarifkommission ist überhaupt nicht geeignet, den Absichten der Unternehmer die Stirn zu bieten, weil durch eine Prozentforderung die Herstellung der Einheit der Metaller nicht möglich ist. Diese ist aber notwendig, um sich durchzusetzen. Um zu verhindern, daß ein Teil der Metaller unterhalb das Existenzminimum sinkt, fordern wir, daß die Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen Bestandteil der Tarifauseinandersetzung wird.

Die Erklärung wurde Steinkühler übergeben. Seine Antwort war: „Kollegen, ich kann euch nichts versprechen!"

Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen und vertagt. – (r., Freiburg)

Zum Interview des IG Chemie-Vorsitzenden

Chemiearbeiter: „Die ÖTVler haben Recht"

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Karl Hauenschild, hat in der „Frankfurter Rundschau" zur bevorstehenden Tarifrunde und zur „Stimmung" unter den Chemiearbeitern eine Stellungnahme abgegeben, an der man sehen kann, nicht wie es in den Betrieben geht, sondern wie er als Sozialdemokrat es gern hätte.

Im letzten Jahr hatte es Hauenschild fertiggebracht, ohne daß überhaupt Forderungen auf Bezirksebene aufgestellt wurden, obwohl es Beschlüsse von den Betrieben und Verwaltungsstellen gab, mit 6,8 % abzuschließen. Er behauptet jetzt dreist, daß die 135 DM, die im öffentlichen Dienst gefordert werden, für die Kollegen in der Chemieindustrie indiskutabel seien, „weil man das jetzt ohne Verhandlung schon so gut wie in der Tasche" hätte und weil es außerdem eine solche Lohnschere wie im öffentlichen Dienst zwischen den Lohngruppen der Chemiearbeiter nicht gäbe.

Bei Röhm, wo wir arbeiten, haben die 6,8 % im letzten Jahr gebracht:
Nach Lohngruppen
3 (432 Frauen) 83,52 DM brutto
4 (101 Frauen) 85,26 DM brutto
5 (786 Männer, 43 Frauen) 87,00 DM
6 (427 Männer, 6 Frauen) 92,22 DM
7 (143 Männer) 104,82 DM

Für die Angestellten in den drei untersten Lohngruppen hat es nicht viel anders ausgesehen.

Nur die oberste Lohngruppe (143 Männer) verdient knapp über 1700 DM, was als durchschnittliche Lebenshaltungskosten offiziell angegeben wird.

Hauenschild hat also nicht recht, wenn er von dem „relativ zufriedenstellenden Ergebnis im letzten Jahr" spricht, und er hat auch nicht recht, wenn er sagt, daß die Chemiearbeiter kein Interesse hätten, über Festgeldforderungen zu diskutieren. Seitdem die ÖTV die 135 DM Forderung aufgestellt hat, gibt es darüber Diskussionen in den Betrieben. Bei Röhm, wo schon jahrelang immer wieder Festgeldforderungen erhoben wurden, stellen die Kollegen fest: daß erstens die ÖTVler recht haben und daß zweitens es offensichtlich gelingen kann, durch Druck der Mitgliedschaft auch auf Bundesebene eine Festgeldforderung aufzustellen. Und daß drittens der Arbeitsring Chemie und auch der Hauptvorstand der IG Chemie ins Schleudern kommen werden, wenn die im öffentlichen Dienst streiken. „Gut wär's schon, aber ob sie's schaffen bei den Arbeitslosenzahlen – ob sie das aushalten – aber es würd' uns stärken!", wird gesagt. Was sollen Hauenschilds Äußerungen wohl anderes bewirken, als daß sie auf die Spaltung der Industriearbeiter von den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst hinarbeiten?

Letztes Jahr wurde die Debatte in der Mitgliedschaft abgewürgt dadurch, daß plötzlich zentrale Gespräche geführt und dann abgeschlossen wurde. Das haben die Chemiearbeiter noch in Erinnerung. Gut in Erinnerung wird Hauenschild die wütendenden Erklärungen und die monatelange Diskussion in den Betrieben haben, die zum Teil in der „Gewerkschaftspost" abgedruckt werden mußte.

Hauenschild hat wohl gehofft, daß wenig Chemiearbeiter sein Interview lesen und er ungestört den Kollegen im öffentlichen Dienst in den Rücken fallen kann.

Die Arbeiter in der Chemieindustrie und die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst haben aber keine verschiedenen Interessen. Auf der Grundlage einer einheitlichen Forderung für alle gleich werden die Chemiearbeiter sehr gut den Lohnkampf führen können und verhindern, daß die unteren Lohngruppen weiter herabgedrückt werden und die Kapitalisten realen Lohnabbau durchsetzen können. „Die im öffentlichen Dienst machen es richtig. Von einem solchen Vorgehen und einer solchen Forderung haben wir Arbeiter etwas und nicht die oberen Chargen." – (Betriebszelle Röhm, Darmstadt)

Uhrenwerk in der Schweiz besetzt gehalten

Neuchâtel/Schweiz. Am Dienstagabend, 20.1., versammelten sich mehrere Tausend Arbeiter und Angestellte aus der Stadt, um ihrer Solidarität mit dem Streik der Belegschaft der Uhrenfabrik Bulova Ausdruck zu geben. Die Belegschaft kämpft gegen die geplante Stillegung und hatte seit einer Woche das Werk besetzt. Mit roten Fahnen zogen die Demonstranten zum Werk, wo sie stürmisch begrüßt wurden.

Anfang dieser Woche beschlossen die Arbeiter mehrheitlich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Verlegung der Arbeitsplätze in das 35 Kilometer entfernte Biel wird um ein Jahr auf Mitte 1977 verschoben

KHD-Arbeiter: Die VW-Forderung von 140 DM ist richtig

Köln. Als die Forderung der VW-Kollegen, 140 DM mindestens, vorige Woche Mittwoch bekanntwurde, haben viele Kollegen gesagt: Das ist eine richtige Forderung, das brauchen wir. Im alten Schlepperbau und bei den Staplerfahrern der Vormontage von Klöckner-Humboldt-Deutz wurden Unterschriften für diese Forderung gesammelt. Insgesamt 55 Kollegen unterstützten die Forderung der VW-Kollegen und forderten den Hauptvorstand der IG Metall auf , diese Forderung den Kapitalisten für alle Metaller auf den Tisch zu legen. Die Kollegen hatten vorher schon die Forderung 140 DM für alle unterstützt.

Kündigung der Lohngruppe 2

Hamburg. Die IG Metall Hamburg hat die Verhandlungen über die Kündigung der Lohngruppe 2 am 21. Januar für gescheitert erklärt. Auf Grund des Lohnrahmentarifvertrags für die IGM Hamburg und Umgebung ist seit dem 31.12.75 die Lohngruppe 1 weggefallen. Die Tätigkeitsgruppe 2 kann das erste Mal zum 30. Juni 76 gekündigt werden. Bereits ab 1. Januar 76 kann aber schon die Schlichtung darüber stattfinden. Die Kapitalisten waren nicht bereit zu verhandeln. Seit Oktober 1975 wurde ein Verhandlungstermin dazu verweigert. Die IGM geht jetzt in die Schlichtung.

Bremer Vulkan: Streikende verlangen Auskunft über weitere Beschäftigung

Bremen. Rundhundert Kollegen in

Bremer Vulkan: Streikende verlangen Auskunft über weitere Beschäftigung
Bremen. Rundhundert Kollegen in
der Großsektionshalle der Bremer Vulkan Werft streikten am Dienstag für eine Stunde. Auf der Streikversammlung verlangten sie Auskunft von der Direktion über ihre weitere Beschäftigung, weil morgens die Tageszeitungen die erneute Stornierung eines Großtankers herausgelassen hatten. Zugleich haben die Kollegen nur noch für höchstens drei Wochen Arbeit. Zugleich streikten die Arbeiter gegen die Arbeitsbedingungen. In der Halle wird der schlechteste Akkord auf der Werft gezahlt. Zumeist sind die Kollegen in den niedrigsten Lohngruppen. Überstunden werden seit längerem schon nicht mehr gemacht. Zugleich geht die Direktion daher und übt auf alle Kollegen Druck zur Mehrarbeit aus, indem sie einzelne Drohbriefe schreibt, worin sie mit Entlassungen droht, falls Qualität und Leistung der Arbeit nicht besser würden. Die Stimmung unter den Kollegen ist so, daß, wenn sie am nächsten Tag keine Auskunft erhalten, sie weitermachen wollen.

Benz-Mannheim: Erfolgreicher Streik gegen schlechtere Arbeitsbedingungen

Mannheim. Mit einem kurzen Streik wehrten sich im Mannheimer Benz-Werk 19 Arbeiter dagegen, daß mehr Arbeiter an das Band gestellt werden und der Platz unerträglich eng wurde. Am Fließband produzieren jetzt 19 Arbeiter am Tag 39 Motoren, zukünftig sollen 21 Arbeiter 44 Motoren herstellen. Diese Maßnahme wurde von den Arbeitern abgelehnt und sie traten in den Streik. Nach Zusicherung, daß die alten Bedingungen weiter gelten sollten, nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf.

Streik der Akkordarbeiter bei Benteler

Bielefeld. Am 8.1. streikten bei den Benteler-Werken rund 120 Akkordarbeiter gegen Akkordänderungen. Als die Ausfallzeiten nicht mehr bezahlt werden sollten, wurden nach dem Frühstück die Maschinen nicht mehr angestellt.

IG Bau: Lohnverhandlungen begonnen

Frankfurt/M. Am Mittwoch, 21.1., begannen die Lohntarifverhandlungen für die Bauindustrie. Die Gewerkschaftsführung hatte wie in den Jahren vorher keine Forderung aufgestellt. In Hamburg hatten verschiedene Mitgliederversammlungen die Forderung von 85 Pfennig mehr für alle aufgestellt.

Veranstaltung einer KBW-Stadtteilzelle gegen gesundheitsschädliche Zustände in einer chemischen Fabrik

Die Kapitalisten wurden zur Rede gestellt

Leverkusen. Drengwitz ist eine kleine chemische Fabrik in Leverkusen-Quettingen, in der vorwiegend Abdichtungsmaterialien hergestellt werden (Elchsiegel).

Der Betrieb gehört einer Erbengemeinschaft und ist nicht im Arbeitgeberverband.

Die Kollegen dort leisten schwere körperliche Arbeit unter z.T. katastrophalen gesundheitsschädlichen Bedingungen.

Aus einem Interview mit einem entlassenen Kollegen:

„Gefährlich wird die Arbeit beim Zusetzen von Chemikalien, wobei laut Vorschrift Brille oder Maske getragen werden muß. Auch wird Erosil (ein sehr leichtes Pulver) in die Mischungen gegeben." Die Mischkessel werden mit Chlorontäne gereinigt. „Nach der Reinigung mit diesem Zeug ist die Luft in der Halle so voll von den giftigen Gasen, daß man richtig benebelt wurde. Durch den miserablen Ventilator wird das Zeug nicht richtig aus der Halle rausgesaugt, im Gegenteil, es wird erst richtig durch die Luft gewirbelt."

„Auch mußten wir in der Elchsiegelabteilung 50 Kilo schwere Säcke brusthoch heben. Bei vier Mischungen geht das dreimal am Tag so. Bei der Säuberung der Mischarme mußten wir unheimlich ränklotzen, damit direkt die nächste Mischung laufen kann, und das mit der Gasmaske wegen der Chlorontäne.

Oft kommen Wagenladungen voll Kreidesäcke, wo dann pro Mann 100 Säcke abgeladen werden müssen."

Durch eine Vielzahl von Tricks versucht die Betriebsleitung immer mehr aus den Kollegen herauszupressen.

So wird der Lohn nach einem innerbetrieblichen Bewertungssystem gezahlt. Dadurch sollen sich die Kollegen gegenseitig bespitzeln und zu mehr Arbeit antreiben. „Schwer muß man sich bei Drengwitz immer überlegen, ob man mal gegen diese Arbeitsbedingungen was sagt. Denn hinter uns steht noch immer die Angst vor schlechter Bewertung durch die Bewertungsbögen."

Vor einiger Zeit versuchte die Betriebsleitung die Putzfrau einzusparen. Die Kollegen sollten alle reihum putzen. Einer Kollegin wurde, als sie sich weigerte, mit Rausschmiß wegen Arbeitsverweigerung gedroht. Aber die Kollegen verhinderten den Rausschmiß, indem sie selbst drohten, dann alle zu gehen.

Oder so sollten die Kollegen, als die Heizung ausfiel, bei einer Kälte von 6 bis 8 Grad arbeiten. Die Kollegen weigerten sich, und sie begannen erst, als es wieder wärmer wurde, gegen 10 Uhr, wieder zu arbeiten. Gegen die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen und die Maßnahmen, die die Geschäftsleitung traf, haben sich die Kollegen schon öfter aufgelehnt und gewehrt. Aber es ist nie gelungen, vereinheitlichte Forderungen gegenüber den Kapitalisten aufzustellen, wie z.B. statt Ventilator eine ausreichende Absauganlage.

Die Stadtteilzelle Quettingen des KBW hat die Zustände wie auch schon vormals in einem Interview mit einem entlassenen Kollegen angegriffen. Um Schritte gegen die Entlassungen und die gesundheitsschädlichen Zustände zu besprechen und die Wichtigkeit eigener Organisierung aufzuzeigen, hatten wir zu einer Veranstaltung eingeladen.

Dort erschienen etwa zehn Kollegen und ein Kapitalistenvertreter und seine Betriebsleitung.

Einige Tage vorher versuchten sie die Kollegen einzuschüchtern, indem sie einzelne ins Chefzimmer holten und jedem mit Entlassung und Klage wegen Rufmord drohten, der Angaben an die Kommunistische Volkszeitung macht.

Auf der Veranstaltung entzündeten sich heftige Debatten.

Die Betriebsleitung mußte zugeben, daß im Betrieb mit schädlichen Mitteln gearbeitet wird, das aber könnten nach Meinung der Kapitalisten die Arbeiter nicht feststellen, da sie keine Chemiker seien. Die Kollegen konnten sehr gut die Schädlichkeit, die Auswirkungen bei sich selbst feststellen, nämlich Benebeltsein, Hautausschlag, Kreuzschmerzen.

Der gesundheitliche Schutz, den die Herren da so gut anpriesen, besteht in dem Tragen einer Gasmaske und das bis zu vier Stunden am Tag. Interview: „Erst einmal stimmt es nicht, daß die Leute bei der Einstellung ärztlich untersucht werden. Man wird nur gefragt, ob man krank ist, mehr nicht. Bei Drengwitz arbeitet ein Kollege, der ist lungenkrank. In der Halle, wo er arbeitet, stand eine Mahlmaschine zum Asbestmahlen. Durch das Mahlen war der ganze Raum, der mit einem Gummituch abgetrennt ist, voll Asbeststaub. Asbest ist krebsfördernd. Da in die Mischung, die der Kollege herstellt, einige 50-Kilo-Asbestsäcke hineinkommen und er nicht immer seine Halbmaske aufgesetzt hatte, stellte sich nun bei einer Routineuntersuchung (alle zwei Jahre) heraus, daß er lungenkrank ist. Die Maschine wurde zwar woanders hingestellt, die Maskenkontrolle verschärft, der Kollege arbeitet aber immer noch an der gleichen Maschine. Er darf nie mehr ohne Maske arbeiten."

Zugeben mußten die Kapitalistenvertreter, daß die Erben des Herrn Drengwitz und ihre Lakaien in der Betriebsleitung sehr gut und gesund von der Ausbeutung der Kollegen leben. Zahlenangaben des Betriebschefs:

Monatsbrutto eines Kollegen ca.	1 500 DM
plus Sozialleistung	15 DM
Produzierter Wert eines Chemiearbeiters im Monat:	6 666 DM

Immer mehr verstrickten sich die Herren in ihrer Argumentation. Einer von ihnen sagte fast wörtlich auf den Einwurf, daß sich manche Gase schädlich auf das Gehirn auswirken: „Wo kein Hirn ist, kann sich auch nichts auswirken."

So wünschen sich die Kapitalisten die Arbeiter, als hirnlose Arbeitstiere, die nicht aufmucken.

Daß die Kapitalisten auf der Veranstaltung erschienen sind, zeigt nur, welche Angst sie vor der Arbeiterbewegung haben. Ihre Forderungen werden die Arbeiter von Drengwitz aber nur durchsetzen können, wenn sie sich in der IG Chemie organisieren und die Gewerkschaft für ihre Interessen einsetzen. Dann werden sie ihrem Fabrikherren, allen Spaltungsversuchen und Einschüchterungsversuchen entgegentreten können und sich gemeinsam mit den Tausenden Chemiearbeitern nicht nur hier am Ort gegen die Kapitalisten und ihre Profithascherei zusammenschließen. – (a., Stadtteilzelle Leverkusen-Quettingen)

IG Druck: Festgeldforderungen

Westberlin. Die Bezirksmitgliederversammlungen der IG Westberlin haben beschlossen:

Steglitz 150 DM, Zehlendorf 135 DM, Schöneberg 150 DM, Anrechnung der Pausen als Arbeitszeit, in der Woche also zweieinhalb Stunden. Diese Anrechnung wurde als Schritt zum 7-Stundentag verstanden. Charlottenburg/Moabit: 173 DM, Neukölln ebenfalls 173 DM. Kreuzberg 10 Prozent und Anrechnung der Pausen als Arbeitszeit. Tempelhof 12 %, Wedding 10 %. Die Zentrale Jugendgruppe forderte 1 DM mehr für jeden in der Stunde und für Lehrlinge 60 % vom Facharbeitereklohn. Überall gefordert wurde: Abschaffung der unteren Lohngruppen und der Gehilfenjahre, der ersten Jahre nach der Lehre, wo weniger als 100 % des Facharbeiterlohns gezahlt wird.

Landau. Am Freitag, dem 23.1.76, fand in Landau die Bezirksmitgliederversammlung der IG DruPa Pfalz statt.

In vielen Ortsvereinen gab es noch keine Forderung. Kaiserslautern hatte auf der Mitgliederversammlung 135 DM beschlossen, Ludwigshafen 10 %, Zweibrücken 8 %, Speyer 85 Pfennig. Bei der Abstimmung über die Höhe bekam 90 Pfennig die Mehrheit (32 von ca. 50 Anwesenden stimmten dafür).

Sitzwachenstreik an der Göttinger Universitätsklinik

Göttingen. An die streikenden Sitzwachen der Universität Göttingen, die gegen eine Lohnkürzung seit Wochen den Kampf führen, hat die Landesastenkonferenz Nordrhein-Westfalen eine Resolution geschickt, in der sie den Streik unterstützt.



Prüfröhrchen füllen im Akkord: anstrengende Arbeit, die die Kapitalisten aber als leicht bezeichnen und in die unteren Lohngruppen eingliedern. Die Arbeiterinnen müssen eine immer höhere Stückzahl erreichen, um einen Lohn zu erhalten, bei dem man nicht verhungert

Kurzarbeitsgeld gekürzt

In der letzten Nummer der KVZ ist berichtet worden, daß durch das Haushaltssicherungsgesetz auch das Kurzarbeitergeld gekürzt worden ist.

Die Kürzungen kommen wie beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe durch eine klammheimlich vollzogene Umstellung des Berechnungsverfahrens zustande. Auch beim Kurzarbeitergeld wird jetzt nicht mehr bloß nach verheiratet oder nicht verheiratet unterschieden, sondern nach den verschiedenen Lohnsteuerklassen, woraus sich fünf verschiedene Kombinationen ergeben.

Die Leistungsgruppe A gilt für Ledige ohne Kinder und für Verheiratete mit Steuerklasse IV. Ledige mit Kind und Verheiratete mit Steuerklasse I/II bilden die Leistungsgruppe B. Den Steuerklassen III, V und VI entsprechen die Leistungsgruppen C, D und E.

Die Tabelle zeigt ein Beispiel für die neue Regelung. Bei einem Bruttostundenlohn von 10,04 DM ergeben sich Kürzungen zwischen 11 Pfennig und 1,83 DM in der Stunde.

Alte Regelung		Neue Regelung	
Arbeitsentgelt	10,04		10,04
unverheiratet:		Leistungsgruppe:	
	4,73	A	4,62
verheiratet:		B	4,92
	5,04	C	4,97
		D	3,57
		E	3,02

Wenn in einer Familie beide arbeiten und sie haben die Steuerklassenkombination III/V, erhält die Frau bei einem „Arbeitsentgelt" z.B. von 8,47 DM über 1 DM die Stunde weniger, wenn sie kurzarbeiten muß.

Die Kürzungen des Kurzarbeitergeldes machen die Durchsetzung der Forderung nach vollem Lohnausgleich nur noch dringlicher. Es kann nicht länger zugelassen werden, daß die Kapitalisten bei Kurzarbeit einen Teil des Lohnes sich aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung bezahlen lassen. – (t., Klöckner-Zelle Bremen)

Gegen § 130 a/Streikerfahrungen im Bremer Metallstreik 1974

Eine gerechte Sache kann nicht durch Gesetz aufgehalten werden

Vorletzte Woche sind vom Bundestag einschneidende Veränderungen des Strafrechts verabschiedet worden. Sie beinhalten, daß derjenige in Zukunft mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden soll, der die Volksmassen aufruft, sich der herrschenden Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu widersetzen und unter anderem der bestraft werden soll, der die Arbeiter aufruft, gegen die herrschende Ausbeutung durch die Kapitalisten einen Streik zu organisieren und den Kampf gegen den Streikbruch befürwortet. Im folgenden drucken wir ein Interview mit einem Betriebsrat des Bremer Vulkan ab, der ausgehend von den Erfahrungen, die die Bremer Metaller '74 im Streik gesammelt haben, zu diesem Gesetz Stellung nimmt.

Frage: Kollege, erinnere dich einmal an '74. Damals standen die Bremer Metallarbeiter im Streik um mehr Lohn. Die Front der Arbeiter war sehr geschlossen. Die Kapitalisten sahen ihre Felle davonschwimmen. Sie sahen erstens, daß sie von den Arbeitern gezwungen werden können, höheren Lohn zu zahlen. Zum weiteren fürchteten sie, daß die Metallarbeiter aus einem siegreichen Streik viel Kraft und Selbstbewußtsein gewinnen. Sie sahen ihr Geschäft der stets wachsenden Ausbeutung der Arbeiter bedroht. Dementsprechend ließen die Kapitalisten nichts unversucht, den Streik zu zerschlagen. Wie sah das damals aus?

Antwort: Sie riefen ihre leitenden Angestellten zusammen, bzw. alles, was sich dafür hielt, und organisierten den Streikbruch. Bei den Arbeitern hatten sie keinen Erfolg, kaum einer kam als Streikbrecher. Die „Leitenden" verhielten sich da anders. Bei Alcan in Uphusen nahm ein Direktor einen Streikposten mit ins Werksgelände, aber nicht zu Fuß, sondern auf dem Kühler seines Autos. Dasselbe kann man auch von Nordmende berichten.

Beim Vulkan versuchte am ersten Streiktag ein Stoßtrupp von zehn Leitenden unter Anwendung brutaler Schlägermethoden ins außerhalb des Werksgeländes gelegene Rechenzentrum zu gelangen. Sie schafften es zwar, einen Streikposten erheblich zu verletzen, der andere verhinderte jedoch, daß sie hineinkamen. Erinnern will ich auch noch an den Schuß, den ein Streikbrecher auf einen Streikposten mit einem Gasrevolver abgab. Man kann die Reihe hier beliebig fortsetzen, diese drei Beispiele stehen für hundert!

Frage: Schritt der Staat da nicht gegen die Kapitalisten und ihre geheuerten Streikbrecher ein?

Antwort: Bei Hornkohl und Wolf wollten zirka zwanzig Mann Bereitschaftspolizei, mit Knüppeln, Schilden und Hunden ausgerüstet, die Streikposten beiseitedrängen, um den „Leitenden" Eingang zu verschaffen. Die Polizei rempelte die Kollegen zeitweise an, so daß diese gezwungen waren, sich zu wehren. Die Polizei konnte die Kette nicht durchbrechen, die „Leitenden" mußten abziehen.

Frage: Der Staat war also eindeutig gegen euren Streik und auf der Seite der Kapitalisten. Wie habt ihr euch als Streikposten demgegenüber verhalten? Was wurde über die Gesetze, die euch das Recht, euren Streik zu verteidigen, absprechen, diskutiert?

Antwort: Man kann das in einem Satz sagen, den man bei den Streikposten immer wieder hört: „Wenn wir uns nach den Gesetzen richten, die besagen, daß wir drei Meter auseinanderstehen müssen und niemanden den Eingang ins Werk verwehren dürfen, dann brauchen wir hier ja gar nicht zu stehen und können den Streik abbrechen, wir lassen uns doch nicht verkohlen!"

Frage: Da ihr euren Kampf nicht aufgeben wolltet und den Kapitalisten nicht zu Kreuze kriechen wolltet, habt ihr euch das Recht genommen und euch darüber hinweggesetzt. Friedlich ging das ja sicherlich nicht?

Antwort: Ich möchte denjenigen sehen, der sich ohne Gegenwehr zusammenschlagen läßt, zumal dann, wenn man eine gerechte Sache vertritt. Wir sind es schließlich, die arbeiten und alle Werte schaffen.

Frage: Nun etwas anderes! Die Bundestagsparteien haben diese Woche ein neues Gesetz verabschiedet. Öffentliche Propagierung von Gewalt soll in Zukunft mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Wie beurteilst du dieses Gesetz?

Antwort: Beim Streik '74 hat der „Weser Kurier" oder die „Bremer Nachrichten" den Einsatz von Polizei gegen die Streikposten geradezu herausgefordert. Die Polizei hat systematisch gegen die streikenden Metallarbeiter Gewalt eingesetzt. Die Metaller haben sich gegen diese Angriffe gewehrt und sie haben kein Zuckerbrot verteilt, weder gegenüber den Streikbrechern noch gegenüber der Polizei. Plötzlich aber war die bürgerliche Presse voll von Greuelmärchen über die „Gewalttaten" der Metallarbeiter. Es gibt wohl zwei Arten von Gewalt, gerechte und ungerechte. Ich meine, daß die Gewaltanwendung der Metallarbeiter gegenüber den Angriffen seitens der Streikbrecher und der Polizei gerecht war. Schon damals versuchte der bürgerliche Staat mit seinen Gesetzen und mit einstweiligen Verfügungen gegen die Metaller und ihre Streikleitungen vorzugehen. All dies hat nicht gefruchtet. Wo eine gerechte Sache vertreten wird, kann diese nicht durch Gesetz aufgehalten werden.

Klinikum Steglitz/Westberlin:

Die Kampfbereitschaft der Belegschaft zum Ausdruck bringen!

Westberlin. Das Klinikum Steglitz in Westberlin galt bei seiner Fertigstellung vor acht Jahren als die größte und modernste Klinik Europas. Mit mehr als 3000 Beschäftigten ist es durchaus als Großbetrieb zu bezeichnen. Zusammen mit dem Westberliner Universitätsgesetz sollte es ein vorbildliches Modell von gemeinsamer Verwaltung zwischen Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und anderen Dienstkräften, also den Arbeitern, Angestellten und kleineren Beamten darstellen.

Doch längst hat sich diese Idylle aufgelöst. Die Arbeiter und Angestellten sowie die kleineren und mittleren Beamten spürten nichts von „kollegialer Verwaltung", sondern mußten um jede tarifliche Leistung hart kämpfen. Erfolge in diesem Kampf wurden nicht erzielt in den Universitätsgremien, den Fachbereichsräten und wie sie alle heißen.

Den Kampf gegen die Rationalisierung, für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, um Rechte am Arbeitsplatz kann die Belegschaft nicht „kollegial" führen, sondern bloß gegen den Dienstherrn. Der Aufbau der Gewerkschaft und die Ausnutzung des Personalvertretungsrechtes waren unerläßlich und machten auch Fortschritte.

Am besten zeigt sich das in dem großen Streik von 74 im öffentlichen Dienst. Der Bezirksgewerkschaftsvorstand, fest in der Hand der Sozialdemokraten, wollte damals die Krankenhäuser gänzlich heraushalten. Aber, es kam trotzdem zur Bildung eines Streik-
kam trotzdem zur Bildung eines Streik-
rates und zu einer Streikversammlung.

Mehr als 70 Kollegen konnten damals für die Organisierung in der ÖTV gewonnen werden, so daß wir dann schon über 700 Gewerkschaftsmitglieder hatten. Damit ist die ÖTV die bei weitem mitgliederstärkste Organisation im Haus und Beamtenbund, DAG und „KOMBA" (eine gelbe Gewerkschaft, die in Westberlin besteht) spielen ihre Spalterrolle ganz am Rande.

Doch gerade weil im Klinikum Steglitz hart am Aufbau der Gewerkschaft gearbeitet wird, ist die Verbindung zur Westberliner Gewerkschaftsführung schlecht.

Wenn man die Gewerkschaft aufbauen will in einem Betrieb, muß man für die Interessen der Belegschaft eintreten und täglich beweisen, daß nur der Zusammenschluß der Belegschaft gegen den Dienstherren Erfolge ermöglicht.

Die Sozialdemokraten wollen mit dem Senat zusammenarbeiten und die Gewerkschaft verwalten und die Mitglieder ruhig halten. Bevor ihnen eine Belegschaft selbständig und handlungsfähig wird, lassen sie es lieber zu, daß die gewerkschaftliche Organisierung schwach bleibt. In den letzten zwei Jahren hat sich der Abteilungssekretär für Gesundheitswesen Bodo Fass bloß noch einmal bei uns blicken lassen.

Bei uns wissen die Kollegen, daß auf diese Führung überhaupt kein Verlaß ist. Zur Vorbereitung der Lohnbewegung 76 wurde daher bereits im November ein Beschluß gefaßt, daß 140 DM für alle richtig sind. Obwohl damals der Hauptvorstand noch darauf gedrängt hat, daß man abwarten sollte.

So haben wir unseren Beitrag, wie Hunderte andere Betriebsgruppen auch, geleistet, daß der Hauptvorstand die 135 DM in seinen Vorschlag aufnehmen mußte. Um diesen Beschluß gab es eine heftige Auseinandersetzung.

Bei uns im Betrieb arbeiten in der Gewerkschaft fraktionsmäßig die Sozialdemokraten, die SEW, dann eine Gruppe oppositioneller Gewerkschafter und natürlich auch wir.

Damals war der SPD und der SEW der Zeitpunkt zu früh und der Gruppe der Oppositionellen war der Betrag zu niedrig.

Zu einer Einigung konnte man bloß kommen, als darauf abgehoben wurde, daß es darauf ankommt, die Auseinandersetzung selber schon vorzubereiten.

Die Mehrheit der Vertrauensleute verstand gut, daß die Belegschaft selber in die Initiative kommen muß und daß, wenn man es so betrachtet, die Forderung in der Höhe von 140 DM gerade richtig war. Als dann vom Hauptvorstand die bekannte „Alternative" herausgelassen wurde, war bei uns klar, daß dies ein Erfolg der breiten Bewegung in den Ämtern, Krankenhäusern und vor allem den Betrieben im öffentlichen Dienst war.

Damals versuchten die Sozialdemokraten und die Anhänger der SEW nochmals, eine höhere Forderung zu placieren, ausdrücklich, um einen „größeren Verhandlungsspielraum" für den Hauptvorstand zu schaffen. Die Mehrheit der Vertrauensleute war aber eher darauf bedacht, den Hauptvorstand festzunageln, als ihm „Spielräume" zu verschaffen.

Statt über die möglichen Spielräume des Hauptvorstandes und wie man sie ihm auch noch schafft zu sinnieren, wurde ein Tarifarbeitskreis gebildet, der die Aufgabe gestellt bekam, Informationsmaterial für die ganze Belegschaft zu erarbeiten und über die Weiterführung der Lohnbewegung zu berichten.

An die große Tarifkommission wurde ein Schreiben gerichtet, unbedingt an einer Festgeldforderung festzuhalten.

Jetzt, am 27. Januar, hat der Vertrauensleutevorstand den Voschlag des Tarifarbeitskreises, die Lohnbewegung mit einer Veranstaltung weiterzuführen, aufgenommen. Alle Kollegen im Haus werden zu dieser Veranstaltung mit einem Flugblatt eingeladen, in dem es heißt:

„Das 2 %-Angebot der Metallindustriellen zeigt, wie weit der Lohn der Arbeiter und Angestellten abgebaut werden soll. Gelingt es, diesen Plan durchzusetzen, werden nicht nur bereits jetzt die unteren Einkommen unter das Existenzminimum gedrückt, sondern darüber hinaus müßte eine große Schicht von Arbeitern und Angestellten befürchten, in einem Jahr vom gleichen Schicksal ereilt zu werden."

Wir halten es bei uns für nötig, die Vorbereitung des Lohnkampfes damit zu beginnen, daß wir nicht nur den Zusammenhang zwischen den Gewerkschaften ÖTV, DPG, GdED und der GEW herausstellen, sondern auch die Verbindung mit dem Lohnkampf in der Industrie.

Wir wollen auch erklären, daß die Kraft, die wir in dieser Lohnbewegung aufbringen müssen, uns nützen wird im Kampf gegen die Rationalisierung, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und gegen die zunehmende Entrechtung im öffentlichen Dienst. In dem Flugblatt des Tarifarbeitskreises heißt es:

„Worauf es jetzt ankommt, ist die Durchsetzung unserer Forderung. Der öffentliche Arbeitgeber hat bisher kein Angebot vorgelegt. Am 12. Februar sollen die Verhandlungen beginnen. Sie werden aber nicht nur am grünen Tisch entschieden, die Stärke der Gewerkschaft ist die Einheit und Solidarität ihrer Mitglieder, ist die Kampfbereitschaft der Belegschaften. Das gilt auch für unser Haus, und das müssen wir zum Ausdruck bringen." Die Durchsetzung dieser Veranstaltung hat einen harten Kampf gekostet.

Wir meinen aber, daß es doch ein wichtiger Schritt war, um dafür zu sorgen, daß die Belegschaft in der verworrenen Situation, die durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung gewiß bald erzeugt wird, Klarheit über ihre Ziele behalten kann und fähig bleibt, selbständig für ihre Interessen einzutreten. – (hs, Zelle Klinikum Steglitz)

Lohnbewegung im kirchlichen Krankenhaus

Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Köln. In einem Brief an die Große Tarifkommission der ÖTV sprachen sich die 40 Kollegen des Eduarduskrankenhauses für eine Forderung nach 135 DM für alle aus. Es wurde festgehalten, daß die Forderung geeignet ist, um die breite Masse der Kollegen im öffentlichen Dienst zusammenzuschließen.

Wie ist die Ausgangslage?

Das Eduarduskrankenhaus ist eine konfessionelle Einrichtung und dem Caritasverband angeschlossen. Dieser Betrieb fällt unter den Tendenzschutzparagraphen, der im § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes festgelegt ist. Hier steht, daß die Tendenzbetriebe nicht den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes unterliegen. Stattdessen wird dem Träger garantiert, die betriebliche „Mitverantwortung" der „Mitarbeiter" nach seinem Selbstverständnis zu regeln. Dieses Selbstverständnis sieht im Bereich der katholischen Kirche so aus, daß die Kollegen in ihren Arbeitsverträgen auf das Wesen der Dienstgemeinschaft festgelegt sind, den die Caritas als Lebens- und Wesensäußerung der Christen und der Kirche hat. „Ihr gesamtes Verhalten in und außerhalb des Dienstes muß dieser Verantwortung entsprechen." (§ 1 der AVR) Diesem „Wesen" widerspricht eine aktive gewerkschaftliche Arbeit und die Wahl eines Betriebsrates, das Recht auf Tarifverhandlungen und die Verbreitung von Anschauungen auf dem Gelände des Krankenhauses, die die Interessen und Rechte der Beschäftigten vertreten.

Um keine Risse in der „Gemeinschaft" aufkommen zu lassen, haben die Bischöfe von Gottes Gnaden eine Mitarbeitervertretungsordnung erlassen, wo die gewählten Kollegen angehört wurden, aber keine Entscheidungsrechte haben.

Für die Kollegen stellt sich das Wesen der Dienstgemeinschaft in völliger Rechtlosigkeit, ständig steigender Arbeitshetze, Einstellungsstopp und Entlassungen dar.

So stieß denn auch der Brief mit der Forderung nach 135 DM auf reges Interesse. In den Diskussionen informierten wir die Kollegen über ihre rechtliche Lage, die bezüglich der Tarifrunde so aussieht, daß der Caritasverband unter dem Deckmäntelchen von „Gemeinnützigkeit" hingeht und einen Lohnabschluß übernimmt oder auch nicht.

Teilweise wurden von den angesprochenen Kollegen selbständig Unterschriften gesammelt. Auf einer Station kam es zu einer Diskussion, an der das gesamte Stationspersonal mit seinem Chefarzt beteiligt war. Hier bewies sich die 135-DM-Forderung ganz praktisch als völlig richtig, denn alle Kollegen bis auf den Chefarzt, der sich aufgrund seines hohen Gehaltes bei 135 DM Festgeld schlechter steht als bei einer Prozenterhöhung, unterschrieben den Brief. Aus den Diskussionen kam immer wieder heraus, daß eine Verbesserung der Lage nur erreicht werden kann, wenn man sich aktiv in der Gewerkschaft gegen den Träger des Krankenhauses und den Caritasverband zusammenschließt. Nachdem wir den Brief abgeschickt hatten, waren die Kollegen mehrheitlich dafür, ihn am Schwarzen Brett zu veröffentlichen. Ihnen war klar, daß dies dem „Geist des Hauses" widersprechen würde. Dieser kam denn auch morgens um 11 Uhr in Form des Verwaltungsdirektors und riß den Brief ab.

Wie soll der Kampf weitergehen?

Es ist einmal so, daß die 135 DM gegen den Staat durchgesetzt werden müssen. Der nächste Schritt ist, daß der Caritasverband diese Forderung übernehmen muß. Das wird er so ohne weiteres nicht tun. Hierzu wird ein Treffen von Gewerkschaftsmitgliedern und an der Tarifrunde interessierten Kollegen durchgeführt werden, wo beraten wird, wie der 135-DM-Forderung im öffentlichen Dienst Nachdruck verliehen werden soll. Weiterhin werden wir versuchen, die Bewegung für die Festgeldforderung zu verbreitern und die Vertreter der Mitarbeiter auf diese Forderung festzulegen, die sie an den Caritasverband stellen sollen. – (m., Zelle Eduarduskrankenhaus, Köln)

Post:

Der Druck auf die Kollegen wird unerträglich

Von 1962 bis 1971 wurden durch Rationalisierungsmaßnahmen 43700 Arbeitsplätze vernichtet, allein 1972 waren es 4288 und 1973 sogar 13289. Während dieser Zeitspanne erhöhte sich die Produktivität um 160 %. Wie ungeheuer der Druck auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des einfachen und mittleren Dienstes, die 90 % derr Postbediensteten ausmachen, zugenommen hat, erkennt man an den Zahlen, die für 1974 vorliegen, als die 40-Stunden-Woche eingeführt wurde. Eigentlich hätten nach Einführung der 40-Stunden-Woche 25000 Beschäftigte neu eingestellt werden müssen. Stattdessen wurde der Personalbestand um 0,3 % weiter verringert (insgesamt um 5,1 % in diesem Jahr) und trotz Verkehrsanstieg um 1,9 % (das heißt Erweiterung des Umfangs der Dienstleistungen) ein Produktivitätszuwachs von 3 % erzielt!

Das bedeutet, die Postler haben in diesem Jahr die Arbeit von über 30000 Kollegen zusätzlich geleistet und sind dabei noch mehr ausgepreßt worden, als wenn die 30000 mit normaler Leistung mitgearbeitet hätten.

Die Lohnkosten werden immer weiter gesenkt

Die Zahl der Beschäftigten bei der Post ist in einem Zeitraum von über 20 Jahren von 290000 (1950) auf 522000 (1973) gestiegen. Im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtausgaben der Post um 13,1 % verringert, wie folgende Tabelle zeigt:

Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten

1950	68,4 Prozent
1960	61,9 Prozent
1970	56,2 Prozent
1973	55,7 Prozent
1974	55,0 Prozent

Ganz deutlich kann man an diesen Zahlen erkennen, daß es nicht die Löhne sind, die die Preise (ist gleich Postgebühren) in die Höhe getrieben haben. Zugleich kann man mit diesem Beleg ausgezeichnet der Hetze entgegentreten, die Lohnkosten wären durch die Habsucht und Unmäßigkeit der Postler und ihrer Gewerkschaft ins Unermeßliche gestiegen und man müsse jetzt mit den Lohnforderungen zurückstecken. Das gerade Gegenteil, nämlich die Notwendigkeit ausreichender Lohnforderungen, ergibt sich aus dieser Entwicklung für die Arbeiter.

Mehr Kapital ist angelegt worden. Das Unternehmen Bundespost hat also ein vergrößertes Kapital, das sie profitabel verwerten muß. Sie muß aus den Arbeitern mehr Profit pressen, denn nicht aus totem Kapital, sondern nur aus der lebendigen Arbeit können sie den Profit herausziehen.

Die Post ist vor allem für die Kapitalisten da

Die Post wirft das von ihren Beschäftigten erarbeitete und von den Volksmassen eingezogene Geld der Privatwirtschaft in den Rachen. Sie wendet zirka 80 % ihrer Dienstleistungen für die Privatwirtschaft auf. Die Kapitalisten benutzen die Einrichtungen der Post zu Billigsttarifen. Ihrem Versandhandel zum Beispiel steht zu Niedrigstpreisen ein ganzer Sektor des Postwesens zur Verfügung. Während für die Arbeiterklasse und das Volk das Briefeschreiben und das Telefon immer teurer wird, stoßen sich die Kapitalisten an den Investitionen der Post gesund.

Investitionen der Deutschen Bundespost in Privatwirtschaft

1949	290 Mio.
1960	1 Mrd. 255 Mio.
1972	7 Mrd. 911 Mio.
1974	8 Mrd. 332 Mio.

Ebenso gestiegen ist der Kostenanteil der Zinsen an den Gesamtausgaben der Post von 3,7 % (1960) auf 9,3 % (1974). Allein 1974 sind die Aufwendungen der Post für Fremdkapital (Zinsen für Banken, Kredite usw.) um 30,6 % gestiegen.

Aktionen der ÖTV-Mitglieder

Bremen. Auf der Mitarbeiterversammlung des Studienbereichs Mathematik der Universität Bremen haben die Dienstleister sich bereit erklärt, daß jeder zwei Mark gibt, um ein Transparent an das Gebäude zu heften.

„Wir wollen 135,– DM durchsetzen", soll auf dem Transparent stehen. Auch in den anderen Bereichen der Universität findet die Forderung nach 135 Mark für alle gleich Unterstützung. Auf einer Versammlung der Mathematikstudenten zu den von ihnen geforderten Leistungsnachweisen wurden 37,40 für die Herstellung des Transparentes gesammelt. Ein Hochschullehrer gab 40 DM.

Daß für dieses Transparent gesammelt wird, ist nötig, es handelt sich immerhin um ein Transparent von acht Meter Länge, das an der Außenfront angebracht werden soll. An einer Stelle, die von den Räumen des Dienstherren-Vertreters, Rektor Steinberg, eingesehen werden kann. Der Stoff ist schon gekauft, „hoffentlich wird die Schrift groß genug", meinte ein Kollege, „damit der Rektor es sehen kann."

Bremen. Im Krankenhaus St. Jürgen Straße Bremen haben innerhalb von zwei Tagen über 220 Kollegen eine Erklärung unterschrieben, in der sie den Vertrauensleutekörper auffordern, erstens eine Demonstration und Kundgebung in der Innenstadt am ersten Verhandlungstag mit der DPG und der GdED zusammen durchzuführen und zweitens Infostände in der Stadt und vor dem Betriebstor durchzuführen. Die Kollegen aus der Werkstatt, der Küche und der Wäschrei haben schon fast alle unterschrieben.

GEW unterstützt 135 DM-Forderung

Beschluß des Kreisvorstandes der GEW Braunschweig vom 13. Januar:

„Der Kreisvorstand unterstützt die Forderung der Mehrheit der ÖTV-Kollegen nach einer Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst um einen einheitlichen Festgeldbetrag. Er hält die Empfehlung des Hauptvorstandes der ÖTV nach einem Betrag von 135 DM für angemessen."

Die **Mitgliederversammlung der Fachgruppe Gymnasien des Bezirks Braunschweig der GEW** begrüßte die 135-DM-Forderung. „Die Fachgruppe fordert alle Lehrer auf, sich für die volle Durchsetzung der Forderung einzusetzen und die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst in ihrem Tarifkampf energisch zu unterstützen." Dieser Antrag soll auch auf der Jahreshauptversammlung der Fachgruppe Gymnasien auf Niedersachsenebene (Anfang Februar) gestellt werden.

Braunschweig. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW, Bezirksverband Braunschweig, hat auf der Sitzung vom 12. Januar die 135-DM-Forderung unterstützt.

Schwarzwald. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher Schwarzwald-Baar und die dortige Lehrer-Arbeitsgemeinschaft begrüßten die ÖTV-Forderung und forderten den Bezirks-, den baden-württembergischen Landesvorstand und den Bundesvorstand der GEW auf, die ÖTV im Tarifkampf zu unterstützen.

Wolfhagen/Kassel. Der AjLE Wolfhagen hat am 15.1. die GEW aufgefordert, einen Vertreter an der Tarifrunde mit dem Auftrag teilnehmen zu lassen, die Festgeldforderung der ÖTV von 135 DM zu unterstützen.

Offenbach. Der Kreisvorstand der GEW Offenbach Stadt solidarisiert sich in einem Beschluß vom 13. Januar mit der 135-DM-Forderung als einheitlichem Kampfziel. In dem Beschluß, den der Kreisvorstand als Flugblatt veröffentlichte und an die Kollegen verteilt hat, werden entsprechend dem Beschluß einer Mitgliederversammlung der Kreisvorstand des DGB Offenbach und die anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in Offenbach aufgefordert, eine gemeinsame Veranstaltung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Offenbach zu organisieren, die die Einheit der Kollegen und ihren Willen, sich für ihre Forderung einzusetzen, zusammenfaßt.

Northeim. Am Samstag, 17. Januar, wurde im Ortskartell Northeim des DGB von den 60 anwesenden Kollegen unter anderem auch über die ÖTV-Tarifrunde diskutiert. Die Kollegen, die aus den verschiedenen Einzelgewerkschaften zusammengekommen waren, unterstützten durch ihre Beiträge in der überwiegenden Mehrheit die 135-DM-Forderung der ÖTV. Ein Antrag, in dem den ÖTV-lern Solidarität und Unterstützung in ihrem Kampf für die volle Durchsetzung der 135 DM zugesichert wurde, konnte vom DGB-Kreisvorsitzenden verhindert werden; allerdings nur durch die Zusicherung, daß die Meinung der anwesenden Kollegen ja feststünde und er diese Meinung der Zeitung mitteilen würde. Es erschien tatsächlich auch drei Tage später ein Artikel in der Lokalzeitung, in dem über die Unterstützung der 135-DM-Forderung durch das Ortskartell berichtet wurde.

Kieler Stadtschülerrat gegen Maulkorbgesetze

Kiel. Der Stadtschülerrat hat einstimmig eine Resolution gegen das 14. (13.) Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„Dieser § 88 a stellt alles unter Strafandrohung bis zu drei Jahren, was sich im Volk gegen die bestehenden Verhältnisse ausspricht und zu Gegenmaßnahmen aufruft. (...)

Schließen sich Eltern, Lehrer und Schüler gegen die Schulbehörden zusammen, so kann dies Landfriedensbruch sein. In Kiel haben die Schüler schon Polizeieinsätze an Schulen miterleben müssen, bei denen Schüler zusammengeschlagen und verhaftet wurden, weil sie ihre Rechte verteidigt haben. Noch unverblümter und unvermittelter wird die Polizei jetzt drauflosgehen können, und wenn nicht in jedem Fall zuvor, dann zumindestens nachträglich die Legitimation erhalten, gegen angeblich kriminelle Landfriedensbrecher vorgegangen zu sein.

Dieses Gesetz steht in direktem Zusammenhang mit dem KPD-Verbot, den Notstandsgesetzen, dem Betriebsverfassungsgesetz, den Beamtenrechtsrahmengesetzen und den Berufsverboten.

Der Kieler Stadtschülerrat, Vertretung der Kieler Oberschüler, kann sich nicht mit einer weiteren Beschneidung der Rechte des Volkes und somit auch seiner Rechte einverstanden erklären. Wir werden dazu aufrufen, sich an den Protesten gegen diesen Paragraphen zu beteiligen."

Streiks am Zweiten Bildungsweg

Westberlin. Gegen die Pläne der Kultusministerkonferenz, die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges durch Eingliederung in die Sekundarstufe II allmählich dicht zu machen, werden in dieser Woche in Westberlin die Schüler des Berlin-Kollegs, der Silbermann-Schule, die Abiturlehrgänge der Volkshochschulen Schöneberg und Charlottenburg und die Schule für Erwachsenenbildung in den Streik treten. Am 29. Januar werden sie für ihre Forderungen demonstrieren.

Die Schüler des Speyer-Kollegs in Speyer haben bereits am Mittwoch einen eintägigen Warnstreik durchgeführt.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Gegen Bandarbeit zur Wehr gesetzt

In der letzten Nummer der KVZ wird gezeigt, daß das jetzt verabschiedete „Jugendarbeitsschutzgesetz" den Zweck verfolgt, die Arbeiterjugend den Kapitalisten nur noch mehr auszuliefern. Daß sich die Kapitalisten auch bisher um die dürftigen Auflagen, die ihnen auf dem Papier gemacht worden sind, wenig gekümmert und mit welchen Tricks sie diese Einschränkungen umgangen haben, konnte ich in der Zeit, in der ich in der Jugendvertretung bei Nordmende tätig war, immer wieder erfahren. Wir haben um die Fragen des Jugendarbeitsschutzes einen beständigen Kampf gegen die Werksleitung führen müssen.

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen standen die Fließband- und Akkordarbeit und die Überstunden. Hierbei ist schon im alten Gesetzestext durch die verschiedenen Ausnahmebestimmungen das Tor geöffnet gewesen für den Einsatz jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen unter verschärften Ausbeutungsbedingungen. Unterscheiden muß man dabei jedoch zwischen Lehrlingen, die jünger sind als 18 Jahre, und ungelernten jugendlichen Arbeitern. Während die Lehrlinge in den Großbetrieben sich gegen den Einsatz an Fließbänden des öfteren erfolgreich wehren konnten, sind die jugendlichen ungelernten Kollegen in den meisten Fällen der Willkür der Kapitalisten hilflos ausgesetzt. Bei Nordmende wurden jahrelang Jugendliche in größerer Zahl eingestellt, da sie wegen der Altersgruppenabschläge die billigsten Arbeitskräfte waren, die die Kapitalisten kriegen konnten. Diese ungelernten Jugendlichen wurden in ihrer Überzahl an Fließbändern, also in Prämien-(Akkord-)Kolonnen, eingesetzt oder führten Arbeiten aus, die direkte Zuarbeiten für die laufenden Fließbänder waren, also vom Arbeitstempo des Bandes abhängig. Immer wenn wir Jugendvertreter von solchen Fällen hörten, gingen wir zum entsprechenden Abteilungsleiter und sagten ihm, daß die Beschäftigung von Jugendlichen mit Fließbandarbeit verboten sei. Ständig redeten sich diese aber damit heraus, die Jugendlichen seien nur aushilfsweise am Band, und das sei nicht verboten. Tatsache war jedoch, daß die Bänder stehengeblieben wären, wenn ein Jugendlicher aufgehört hätte zu arbeiten. Als diese Dinge immer wieder vorkamen, riefen wir bei der Gewerbeaufsicht an und forderten den zuständigen Sachbearbeiter auf, etwas zu unternehmen, damit keine Jugendlichen mehr im Akkord eingesetzt werden. Unser Betriebsrat hatte sich trotz Aufforderung aus der Sache rausgehalten und nichts unternommen. Der Herr von der Gewerbeaufsicht versprach, sich um die Sache zu kümmern. Als sich nach einer Woche immer noch nichts getan hatte, riefen wir wieder an. Diesmal wurde uns erklärt, die Sache liefe, es ginge jedoch alles nicht so schnell. Daß wir schließlich doch in mehreren Fällen Jugendliche aus dem Band herausgeholt haben, lag nicht an der Gewerbeaufsicht, sondern an dem Wirbel, den wir im Betrieb und auf Betriebsversammlungen gegen die verschärfte Ausbeutung der Jugendlichen gemacht haben. Die Gewerbeaufsicht beschränkte sich weiter wie in der Vergangenheit darauf, einmal im halben Jahr eine „Betriebsbegehung" zu unternehmen und ansonsten in ihrem Amt auf Kosten des Volkes dahinzudämmern. Ergebnis der Auseinandersetzungen war, daß die Geschäftsleitung dazu überging, keine Jugendlichen unter 18 mehr in der Produktion einzustellen, weil ihr die ständige öffentliche Debatte und Auseinandersetzung in der Produktion langsam unangenehm wurde und weil sich außerdem Schwierigkeiten mit dem Berufsschulbesuch einstellten. Es kam an die Öffentlichkeit, daß eine Reihe ausländischer Jugendlicher nie zur Schule gegangen war, obwohl für sie Schulpflicht bestand. Der Betrieb hatte diese Tatsache bis dahin stillschweigend ausgenutzt. Zur Gewerbeaufsicht ist noch zu sagen, daß sie die einzig zuständige Behörde zur Überwachung des Jugendarbeitsschutzes ist. In meiner Tätigkeit ist mir jedoch nie bekannt geworden, daß die Gewerbeaufsicht jemals von ihrem Recht Gebrauch gemacht hätte, Verstöße zu bestrafen. Im Gegenteil wurden ständig Ausnahmen genehmigt.

Die Lehre, die wir Jugendvertreter daraus gezogen haben, ist die, daß in Fragen des Jugendarbeitsschutzes die Interessen der Arbeiterjugend, die mit den Interessen der ganzen Arbeiterklasse übereinstimmen, nur durch die gewählten Vertreter der Arbeiter, Betriebsrat und Jugendvertretung, sowie durch die gewerkschaftlichen Organe vertreten werden können. – (**b.,** Bremen)

400 Buchsen am Tag gedreht

Kassel. Daß das neue Jugendarbeitsschutzgesetz unter der Hand von den Kapitalisten schon praktiziert wird, zeigt sich am Beispiel von Rheinstahl-Henschel: Es ist dort eine beliebte Methode der Kapitalisten, Serienaufträge zur Fertigung in die Lehrwerkstatt zu geben. So mußten z.B. Anfang des letzten Jahres in der Lehrwerkstatt jede Menge Profilstahl für den Lokbau gesägt werden. Pro Mann am Tag 60 bis 80 Gehringsschnitte mit der Handsäge. Dies bedeutet faktisch Akkordarbeit, da die Aufseher den Minutenzeiger der Werksuhr ersetzen.

Oder wie im Getriebebau der Dreherlehrlinge die Serien, z.B. Buchsen drehen, bis zu 400 Stück fertigen müssen. Ein Lehrling berichtete, daß er in den letzten Wochen ca. 4000 Teile gedreht hat.

Wen wunderts da, wenn dann die Durchfallquote bei den Prüfungen entsprechend hoch ist, so z.B. bei der Sommerprüfung 75 ca. 20 %. Die Lehrlinge haben dies aber nicht einfach hingenommen. Bereits auf der Betriebsversammlung im Oktober 74 legte die Jugendvertretung dem aus Bonn angereisten Kanzler und „Macher" Schmidt (die Landtagswahlen standen kurz bevor!) ihre Forderungen bezüglich des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes vor. Es wurde gefordert: mehr Urlaub, Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit, Freistellung von der Arbeit an Berufsschultagen und das Verbot von Überstunden- und Schichtarbeit. Als ein Jugendvertreter mit dem Kanzler über die Forderungen diskutieren wollte, wurde er von Kanzler-Leibwächtern gepackt und verhört. Auch in seiner Rede ging Schmidt mit keinem Wort auf die Forderungen ein. Mehrere Wochen später antwortete er schriftlich der Jugendvertretung. So hieß es dort u.a., daß die Schicht- und Überstundenarbeit dazu diene, daß die Auszubildenden sich schon „frühzeitig ein eigenes Urteil darüber bilden, ob ihnen diese Arbeitszeiten in ihrem weiteren Berufsleben zusagen." An einem solchen Kanzlerwort erkennt man den durch und durch reaktionären Charakter des ganzen Reformschwindels der SPD/FDP-Regierung. Es ist abzusehen, daß sich die Arbeiterjugend schon frühzeitig ein eigenes Urteil darüber bilden wird, ob ihnen diese Gesellschaft und die sie stützende Regierung in ihrem weiteren Berufsleben zusagen wird. – (Betriebszelle Rheinstahl-Henschel)

Osnabrück. Der Kreisjugendausschuß des DGB hat beschlossen, in zwei Wochen eine Veranstaltung gegen das neue „Jugendarbeitsschutzgesetz" durchzuführen und dazu die bürgerlichen Parteienvertreter zu laden, damit sie zu diesem reaktionären Gesetz Rede und Antwort stehen.

Die hessischen Schüler bereiten Kampfschritte vor

„Weg mit der Rechtsverordnung!"

In ganz Hessen bereiten die Schüler weitere Kampfschritte vor, um die Maulkorbverordnung zu Fall zu bringen, mit der die hessische Landesregierung die Schülervertretungen an die Kette legen und in Anhängsel der Schulbürokratie verwandeln will. Die Ablehnung dieser Verordnung in der Schülerschaft und bei ihren Vertretungen ist einhellig.

Der Stadtschülerrat in **Darmstadt** hatte in der letzten Woche zu einer Konferenz eingeladen, um die Streiks und Demonstrationen gegen die Rechtsverordnung in Darmstadt, an denen im Dezember bis zu achttausend Schüler teilgenommen hatten, auszuwerten und über die Fortsetzung des Kampfes an den Schulen zu beraten.

Auch Delegationen aus einem Dutzend anderer hessischer Städte nahmen an der Konferenz teil. Die Konferenz einigte sich darauf, daß jetzt alles darauf ankommt, an den einzelnen Orten den Widerstand gegen die geplante Entrechtung der Schülerschaft zu festigen und eine Konferenz auf Landesebene vorzubereiten mit dem Ziel, einen landesweiten Streik und eine zentrale Demonstration zu beschließen. In einer Resolution, die das Darmstädter Streikkomitee vorgelegt hatte, wurden folgende Forderungen festgelegt:

Weg mit der Rechtsverordnung! Für freie politische Betätigung an den Schulen! Für Unabhängigkeit und Satzungsfreiheit der Schülervertretungen! Für das uneingeschränkte politische Mandat der Schülervertretungen!

In der vom Landesschülerrat vorgeschlagenen Aktionswoche vom 9.2. an soll durch Versammlungen und Informationsveranstaltungen mit Parteienvertretern, durch Agitation in der Stadt und durch die Aufnahme von Verbindungen zu den Vertretungen der Eltern, der Beschäftigten in den Betrieben, der Gewerkschaften und der Studenten auf einen Streik hingearbeitet werden.

Die Forderung nach einem landesweiten Streik ist auch von den Schülervertretungen der Werner-von-Siemens-Berufsschule in **Frankfurt**, der Max-Eyth-Berufsschule in **Kassel**, des Burg-Gymnasiums in **Friedberg**, von zwei Tagesvollversammlungen an der Kreisberufsschule und der August-Bebel-Schule in **Offenbach** und vom Stadtschülerrat (Sektion Gymnasien) in **Kassel** unterstützt worden. An verschiedenen Schulen sind Unterschriftensammlungen beschlossen worden.

Der **Frankfurter** Schülerrat hat auf einer öffentlichen Sitzung die Durchführung einer Aktionswoche vom 16. bis 22. Februar und einer Konferenz aller Frankfurter Schülervertreter beschlossen. An den **Wiesbadener** Gymnasien Elly-Heuss-Schule und Diltheyschule treten die Schülervertretung bzw. die Stufenvertretung II für einen Streik an der Schule ein.

Auch der Kreisschülerrat **Groß-Gerau** hat die Rechtsverordnung ausdrücklich zurückgewiesen und ist für Kampfmaßnahmen eingetreten.

Hauptschulabschlußprüfung

Baden-Württemberg. Bereits am Ende dieses Schuljahres sollen an mehreren Hauptschulen Baden-Württembergs Hauptschulabschlußprüfungen durchgeführt werden. 1977 sollen diese Prüfungen dann an allen Hauptschulen stattfinden. Je nach Ausgang der Prüfung sollen die Schüler einen A- oder B-Abschluß erhalten. Wer die Prüfung nicht besteht, kriegt nur ein Abschlußzeugnis. Die Landesregierung macht für diese Abschlußprüfung Reklame mit der Behauptung, damit werde der Hauptschulabschluß aufgewertet. In Wirklichkeit geht es aber um etwas ganz anderes. Besser als bisher sollen den Kapitalisten die Bewerber für Lehrstellen vorsortiert werden. Wer die Prüfung nicht bestanden hat – in Bayern fallen jährlich etwa 30 Prozent durch die Abschlußprüfung – und keine Lehrstelle findet, hat es dann schwarz auf weiß: Er sei ja selber schuld, wenn er keinen Kapitalisten gefunden habe, der sich dafür interessiere, seine Arbeitskraft auszubilden.

Wyhl: Es steht viel auf dem Spiel

Wyhl. Am Montag verhandelten Landesregierung und Kernkraftwerk Süd mit der kleinen Verhandlungskommission der Bürgerinitiativen. Der Sprecher des Badenwerks Guck bestand auf einem „unverzüglichen Baubeginn". Er äußerte Bedenken gegen neue Gutachten, weil das den Gerichtsprozeß in Freiburg beeinträchtigen könnte. (Badische Zeitung, 27. Januar) Kühn, wie er sich äußert. Er hat Grund dazu. Die kleine Verhandlungskommission ist bereit, für neue Gutachten vollständig vom Platz zu gehen und sich aktiv dafür einzusetzen. Siefritz (kleine Verhandlungskommission) erklärte: „Wir sind auf dem Weg der Einigung." (27. Januar) Da ist es kein Wunder, wenn der Sprecher des Badenwerks rotzfrech von „unverzüglich" redet, wenn die kleine Verhandlungskommission alles aufgeben will, was bisher erreicht wurde. Die bezeichnet ihr Verhalten als taktisch klug. Sie würde nicht nur stur sagen „KKW Nein", sondern alle Wege nutzen, um den Gegner zu besiegen. So Dr. Schött, Mitglied der kleinen Verhandlungskommission, in Saßbach.

Was sie aber tun, ist, den einzigen richtigen Weg, den Widerstand des Volkes, und den Bauplatz auf dem Verhandlungsweg wieder zu verjuxen.

Schött sprach früher viel vom zweigleisigen Widerstand, dem Gleis der Bevölkerung und dem Gleis der Verhandlungen. Weil er auf dem Gleis der Verhandlungen fährt, hätte er auch damals den Platz nicht besetzen können. Wäre es damals nach ihm gegangen, würden heute in Wyhl die ersten Mauern stehen und der Zug auf seinem Gleis stünde längst in Stuttgart bei der Landesregierung. Am 31. Januar ist der letzte Verhandlungstag, und es ist ernstlich zu befürchten, daß die kleine Verhandlungskommission die Bürgerinitiativen auf die Rechtsstaatlichkeit festlegen will. Das wird nicht hingenommen. In Iehringen versammelten sich letzte Woche 100 Kaiserstühler. Dort wurde beschlossen, eine Bürgerversammlung einzuberufen, und wurde Kritik an der kleinen Verhandlungskommission geübt, ebenso in Veranstaltungen der Volkshochschule Wyhl. Die Forderung nach Platzbesetzung wurde erhoben.

Auf allen Veranstaltungen griffen Mitglieder des KBW die Kapitulation der Verhandlungskommission an und traten dafür ein, die Verhandlungen zu beenden und zu erklären: Bevor ein Stein gesetzt werden kann, sind wir wieder auf dem Platz. Als erster Schritt, um aus der verfahrenen Lage wieder herauszukommen. Was wir versäumt haben, ist, Resolutionen in die Versammlungen einzubringen, um klare Fronten zu ziehen und zu erklären, daß die kleine Verhandlungskommission dabei ist, die ganzen Erfolge des Widerstandes zu verschenken. Wirklich buchstäblich zu verschenken, weil die Landesregierung überhaupt kein Zugeständnis macht. Egal, ob sie erklären wird, sofort zu bauen oder in einem oder in vier Monaten, ist für sie unverzichtbar die Erklärung der Bürgerinitiativen, keinen Widerstand mehr zu leisten. Damit will sie die Anwendung des Paragraphen 130 a und 88 a vorbereiten, durch die Aufrufe, daß die Besetzung des Platzes notwendig ist, mit drei Jahren Gefängnis bedroht sind. Sie hofft in den Wahlen die Mehrheit zu bekommen, um hinterher mit dem „Mandat" der Bevölkerung den Kaiserstühlern den Rest zu geben. Das muß durchkreuzt werden, und am Mittwoch bei der Versammlung der Bürgerinitiativen werden wir mit einer Resolution für die Ablehnung der Angebote der Landesregierung eintreten. Man kann der Landesregierung keine Gegenleistungen bringen, denn es handelt sich nicht um Partner und Leistungen. Selbst wenn neue Gutachten erklären würden, daß das KKW den Ruin für die Landwirtschaft bedeutet, würde die Landesregierung alles für die Profite der Kernkraftwerk Süd tun. Es geht um gegensätzliche Interessen, und entscheiden wird der Kampf. Für Samstag, den 31. Januar, zu den Verhandlungen in Offenburg zwischen der Landesregierung und kleiner Verhandlungskommission wollen eine Reihe von Bürgerinitiativen mit Bussen hinfahren. Da wird ein anderer Wind wehen, wenn der Kaiserstuhl selbst wieder aufsteht. Und man wird deutlich machen, wir sind im Recht, wir sind stärker, wir sind entschlossen, und das Kernkraftwerk wird nicht gebaut. – (r., Emmendingen)

Demonstration gegen die staatliche Ausplünderung

Oldenburg. Am 16. und 17. Januar demonstrierten in Oldenburg jeweils über 150 Menschen gegen Fahrpreiserhöhungen zwischen 27 und 33 Prozent und gegen Gebührenerhöhungen bei Wasser, Müllabfuhr und Straßenreinigung. Aufgerufen hatte das Komitee gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen, das auf Initiative der Ortsgruppe des KBW zusammen mit dem selbstverwalteten Jugendzentrum „Werkstatt" und dem Spartacusbund gegründet worden war.

An beiden Tagen wurden an mehreren Stellen Blockaden durchgeführt. Die Blockaden wurden von den an den Haltestellen der Busse wartenden Menschen unterstützt. Am Samstag ging die Polizei schließlich mit dem Knüppel auf die Demonstranten los. Zwei wurden festgenommen. Die Demonstranten zogen daraufhin durch die Innenstadt zu dem Polizeigebäude, wo die beiden Demonstranten festgehalten wurden, und forderten die sofortige Freilassung. Als diese Forderung auf das Gebäude gemalt wurde, schlug die Polizei wieder auf die Demonstranten ein und nahm zwei weitere Demonstranten fest. Die Demonstranten harrten trotzdem vor dem Gebäude aus. Es wurde eine Resolution gegen die Maulkorbgesetze 88 a und 130 a von den Versammelten beschlossen. Nach einer Stunde wurden alle Festgenommenen freigelassen.

Wuppertal. Am 24. Januar kam es zu einer dritten Demonstration und Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhungen in Wuppertal, an der über 600 Menschen teilgenommen haben. Aufgerufen hatten das Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen, die Kommunistische Gruppe Wuppertal und die Rote Garde.

Sozialmieter rufen zu Demonstration auf

Bremen. Mieterinitiativen aus sechs Stadtvierteln rufen in einer gemeinsamen Erklärung zu einer Demonstration gegen die Erhöhung der Sozialmieten am 19. März 1976 auf. Zum 1. April sollen in Bremen auf Senatsbeschluß für etwa 40 000 Sozialwohnungen die Mieten um weitere 30 bis 40 DM steigen.

Heftiger Widerstand gegen Kreisreform

Peine. Die geplante Auflösung des Kreises Peine im Zuge der Gebietsreform stößt bei der Bevölkerung auf heftigen Widerstand. 600 Menschen haben am 6.1. eine Bürgerinitiative gegen die Kreisreform gegründet. Schon in wenigen Tagen wurden Tausende von Unterschriften gesammelt. Schon Anfang November hatte die Belegschaftsversammlung der PAG, die Vertrauensleutekonferenz der IG Metall von P & S und eine Versammlung der Kreisbeschäftigten gegen die Pläne der Landesregierung protestiert. „Die Betriebsräte der IG Bau, Steine, Erden des Kreises Peine können ihre Kollegen in den Betrieben nur noch mit Mühe von Proteststreiks zurückhalten", wurde auf einer Versammlung der Gewerkschaft berichtet. Tatsache ist: Die Lasten der geplanten Reform hat allein die arbeitende Bevölkerung zu tragen. Längere Anfahrtswege zu Behörden und Ämtern, Ansteigen der Kraftfahrzeugsteuer, der Beiträge für die Krankenversicherung, Verlegung von 1000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, weiterer Ausbau der staatlichen Bürokratie sind zu erwarten. Die Reform nützt einzig und allein einer kleinen Anzahl großer Kapitalisten, die über eine Zusammenlegung der Kreise die „Wirtschaftsräume" leichter beherrschen können.

Gutachter als Familienpolizei

Korrupt, auf Schikane aus

Trotz der „guten Beziehungen" ihrer begüterten Eltern war der „legale Weg" zu einer Abtreibung für eine Studentin aus Hamburg ein zermürbender Spießroutenlauf. Leicht läßt sich ausrechnen, daß dieser „legale Weg" für die überwiegende Mehrheit der Frauen, die weder über das nötige Geld noch über „Beziehungen" verfügen können, nur eine Falle ist. Sie werden registriert und laufen Gefahr, angezeigt zu werden, wenn sie nach Ablehnung durch die Gutachter illegal abtreiben lassen müssen.

Ich sei unfruchtbar und brauche keine Pille, hatte der Frauenarzt behauptet. Seine „Diagnose" stellte sich bald als falsch heraus. Mein Freund und ich hätten das Kind eigentlich gern gehabt, aber zu jenem Zeitpunkt hätte es uns nur in Schwierigkeiten gebracht. Ich bestritt mein Studium mit 500 DM monatlich, mein Freund hatte noch weniger zur Verfügung. Außerdem waren wir durch unsere unterschiedlichen Studienrichtungen an verschiedene Universitäten gebunden, so daß auch ein Zusammenleben vorläufig nicht möglich war.

Wir suchten den Arzt auf, der mir die Pille nicht verschreiben wollte. Der gottesfürchtige Herr, dessen mit Kruzifixen behängte Praxis mich schon viel früher hätte skeptisch stimmen müssen, meinte nur lakonisch, er hätte nicht die Pflicht, mir die Pille zu verschreiben! Er gab mir auch zu verstehen, daß ich mich gar nicht erst um ein ärztliches Gutachten für eine legale Abtreibung in jener Gegend – in Süddeutschland – zu bemühen brauche. Das hätte in den letzten Jahren nur eine Frau geschafft, die an multipler Sklerose litt.

Von Bekannten erhielt ich „Adressen": Die ersten beiden Ärzte lehnten ab. Der dritte Arzt hatte Angst und wollte unbedingt von mir erfahren, welche seiner ehemaligen Kundinnen mir die Anschrift empfohlen habe. Er beschimpfte mich nur. Ich hätte nicht nur selbst verbrecherische Absichten, sondern würde andere auch noch zur Beihilfe anstiften wollen.

Schließlich bat ich meine Eltern in Hamburg, mir zu helfen. Sie leiteten auch den „legalen Weg" über eine „gute Beziehung" ein. Aber das Spießrutenlaufen ging noch weiter: Auf Antrag bei der Ärztekammer – gegen Bezahlung natürlich – erhielt ich die Zuweisung an zwei Gutachter. Der erste erteilte mir das Gutachten ohne Umschweife und ohne Untersuchung. Der zweite untersuchte mich auch nicht. Mit einen undefinierbaren Lächeln aus Mitleid und Überlegenheit hörte er sich meine Geschichte an, die ich bereits total eingeschüchtert und bettelnd vorbrachte. Er war dafür, daß ich das Kind austragen sollte. Der Fehlschlag klärte sich dahingehend auf, daß ich an den „falschen Mann" in der Ärztekammer geraten wäre, nämlich den katholischen. Ich sollte noch einmal zu dem „richtigen" gehen, der in der darauf folgenden Woche die Gutachter verteilen durfte. Die Zeit wurde knapp, und die „gute Beziehung" meiner Eltern gab zur Absicherung noch zwei Adressen, falls der Weg über die Ärztekammer wieder daneben gehen sollte. Beide lehnten ab.

Nervlich und körperlich erschöpft von den Demütigungen und Strapazen, verlor ich in der Praxis des einen das Bewußtsein, bevor ich etwas sagen konnte. Er vertröstete mich mit einer anderen Adresse, die aber auch ablehnte.

Dann endlich fand ich einen Arzt, der ohne Umschweife sofort bereit war, mir einen Termin zu nennen, zu dem ich mit 500 DM bewaffnet – wie er es nannte – erscheinen sollte. Es kam aber nicht mehr dazu. Meine Eltern überredeten mich, doch noch einmal den legalen Pfad über die Ärztekammer zu betreten. Diesmal klappte das Manöver. Meine Gründe, warum ich das Kind nicht austragen konnte, interessierten den neuen Gutachter allerdings genausowenig wie die anderen Ärzte. Gewichtig bestätigte mir der angesehene Mann – gegen Entgelt, versteht sich – daß ich aufgrund psychologischer Defekte mir sicherlich das Leben nehmen würde. Er vergaß nicht, mir zu erklären, daß das Abtreibungsverbot ganz richtig wäre, denn sonst würden ja all die kleinen Verkäuferinnen dreimal im Jahr kommen.

Der „legale" Eingriff in das werdende Leben war dann angesichts der fortgeschrittenen Zeit und meines Zustandes nicht mehr ganz unkompliziert 500 DM für den Arzt, der dem Gutachten nachgeholfen hatte, und 2 000 DM Krankenhauskosten, die mir die Kasse erstattete – jedenfalls, die Sache war ja nun legal. – (**n.,** Hamburg)

„Behindert, das ist heute doch ‚in'"

Worms. Anträge auf eine legale Abtreibung bearbeitet beim Gesundheitsamt in Worms ein Dr. Kneip. Das Wormser Komitee gegen den § 218 hat Dr. Kneip interviewt. *„Die Leute"*, meinte er, *„treiben ja doch bloß ab, weil sie sonst nicht im Urlaub nach Teneriffa fahren können. Aus sozialer Not treibt heute niemand mehr ab. Die gibt es heute nicht mehr."* Auf die Frage, ob er denn bei der Gefahr von Behinderungen eine Abtreibung genehmigen würde, klärte er uns auf: *„Behindert sein ist doch heute ‚in'."* Das ist bei diesem Dr. Kneip nicht bloß so eine Redensart. Wir kennen eine Arbeiterfamilie aus Neuhausen, deren drittes Kind contergangeschädigt ist. Die Beine sind verkrüppelt und das Kind braucht immer wieder neue Gehapparate, für die die Familie zehn Prozent, das sind 400 DM, jeweils selbst bezahlen muß. Als die Frau zum vierten Mal schwanger wurde, schickte sie ihr Hausarzt mit einem Attest auf Abtreibung zum Gesundheitsamt. *„Sie können noch zehn gesunde Kinder bekommen! Wie kommen Sie überhaupt dazu, einen Antrag auf Schwangerschaftsunterbrechung zu stellen?"*, herrschte der Dr. Kneip die Frau an.

Das Beispiel zeigt: Durch hohe Honorare gefüttert, im Wohlstand lebend wie die Made im Speck und voller Verachtung für das Volk sind solche Ärzte für den Staat sehr tauglich, die Rolle der Familienpolizei, die die neuen Gesetzentwürfe vorsehen, zu spielen. – (**u.,** Worms)

„Das Volk? Hier gilt, was ich sage!"

Westberlin. Als Vertreter des Komitees gegen den § 218 bin ich zur AOK-Frauenberatungsstelle in Schöneberg gegangen, um zu untersuchen, was Frauen, die eine Abtreibung beantragen, dort zu erwarten haben. Frau Dr. med. Oeff war von höherer Stelle schon auf die Arbeit des Komitees hingewiesen worden. Ob ich denn auch meine Fragen selbst formuliert hätte, wollte sie wissen. Um mich als Mann und Buchhändler in die „Materie" einzuführen, schlug sie vor: „Lauschen Sie bitte dem Wort ‚schwanger' einmal nach ..., ist die Lautmalerei nicht wie eine Schaukel, eine Schaukel im ewigen Auf und Ab des Lebens?" Ich drängte auf Beantwortung meiner Fragen. Was ihre Grundlage bei der Abtreibungsberatung sei?

„Das Individuum und meine Intuition. Ich wette mit mir, wenn Frauen hereinkommen, ob sie schon abgetrieben haben. Sind sie aufgefwühlt, unsicher und hektisch – dann habe ich gewonnen."

Soziale Notlagen, die gebe es nicht. „Wenn jemand kommt und sagt, sie könne sich das Kind nicht leisten, weil sie in einer Zweizimmerwohnung leben, das ist doch lachhaft!" „Die genannten Gründe müssen nicht immer richtig sein. Ich frage einfach: Wieviel Kinder wollten Sie mit 6 Jahren haben? Was, so viele, na, warum denn dann jetzt eine Abtreibung?"

Der § 218 müsse unbedingt bestehen bleiben. „Die Bestrafung ist keine Strafe, sondern Schutz des ungeborenen Lebens. Man muß wieder an die Würde der Frau glauben. Mädchen – Frau – Mutter. Das ist gottgegeben. Weiß sie um ihre Würde und die Liebe zu ihrem Mann, dann ist der § 218 praktisch gegenstandslos." Und im übrigen: „Das Volk? Hier gilt, was ich sage!" Zweifellos eine Sumpfblüte bürgerlicher Heuchelei und Menschenverachtung, diese Frau Dr. med. Oeff. Und zweifellos äußerst tauglich für die Zwecke, zu denen solche „Beratungsstellen" eingerichtet sind. – (**j.,** Westberlin)



Bochum: Vorbereitung der Demonstration gegen § 218 am 21.2. – Die Forderung nach Volksentscheid gegen § 218 wird öffentlich ans Landgericht gemalt

21.2. – Demonstrationen gegen § 218

Beschlüsse in Betrieb und Gewerkschaft gegen §218

Friedberg. Der Vertrauensleutekörper bei PEKO (zirka 200 Beschäftigte) hat in einem Beschluß die Forderungen der Komitees gegen den §218 unterstützt.

Oldenburg. Der Betriebsrat der Firma Hüppe-Sanitärtechnik hat in einer Presseerklärung die Forderungen der Komitees gegen den §218 unterstützt und mitgeteilt, daß auch die überwiegende Mehrheit der im Betrieb Beschäftigten diese Forderungen unterstützt.

Nordenham. Die Jugendvertretung von VFW-Fokker Einswarden hat eine Resolution verabschiedet, in der sie sich für die vier Forderungen
Weg mit dem §218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selbst soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den §218!
ausspricht.

Mit dem Beschluß der Schülervertretung gearbeitet

Bremen. Bereits zu Anfang des Schuljahres hat die Schülervertretung an der Fachoberschule Meta-Sattler-Straße die Forderungen der Komitees gegen den § 218 durch einen Beschluß unterstützt. Lange Zeit ist es aber bei dem Beschluß geblieben. Eine Gruppe von Schülern, die mit dem Kommunistischen Oberschülerbund sympathisiert, hat dann die Initiative ergriffen und eine Wandzeitung zu dem neuen Regierungsentwurf zum § 218 aufgehängt, um unter den Schülern die Unterschriftensammlung für die Forderungen der Komitees in Gang zu setzen. Die Wandzeitung ist von sehr vielen Schülern und auch von einem Teil der Lehrer aufmerksam gelesen worden, und es gab viele Diskussionen über die Pläne der Regierung. An zwei Tagen in der letzten Woche wurden dann in den Großen Pausen an einem Informationsstand Unterschriften gesammelt und Plaketten, Zeitungen und Broschüren verkauft. Es stellte sich heraus, daß ein großer Teil der Schüler bereits im Stadtteil unterschrieben hatte. 81 Unterschriften wurden gesammelt. Eine ganze Reihe von Schülern trägt jetzt die Plakette gegen den § 218.

Vorbereitung der Demonstration gegen den § 218 am 21.2.

Westberlin. An der Hans-Böckler-Schule in Kreuzberg, einer Berufsschule mit angeschlossener Fachoberschule, hat die Bewegung gegen den §218 einen großen Aufschwung genommen. Das hat den Direktor Zielasko nicht mehr ruhen lassen. Als schon über 200 Schüler die Forderungen der Komitees gegen den §218 unterschrieben hatten und zahlreiche Schüler die Plaketten auch im Unterricht trugen, hat er mehreren Schülern mit Schulverweis gedroht und gegen einen Schüler wegen Tragens der §218-Plakette ein Hausverbot erlassen. Am anderen Tag sind weitere 20 Plaketten an der Schule verkauft und getragen worden. Als Zielasko darauf erneut ein Hausverbot verhängen wollte, hat ihn der Schulrat Willert erst einmal zurückgepfiffen und wegen seines „Übereifers" gescholten. Denn daß dieser „Übereifer" der Rebellion unter der Kreuzberger Arbeiterjugend gegen den Abtreibungsparagrafen nur neue Nahrung geben würde, das fürchtet die Schulbehörde vollkommen zu Recht. Willert will es geschickter anstellen. Er hat erstmal ein Rechtsgutachten angefordert, in dem geklärt werden soll, ob der Kampf für einen Volksentscheid verfassungswidrig ist oder nicht.

Der Direktor Zielasko aber hat sich geärgert, daß ihm der Schulrat ins Handwerk gepfuscht hat. Also hat er sich auf einer Gesamtlehrerkonferenz Rückendeckung verschafft; es ist ihm gelungen, eine Mehrheit für seinen Kurs zu kriegen.

Die Schülerschaft hat er damit nicht einschüchtern können. Die Schüler haben beschlossen, eine Vollversammlung in den nächsten Tagen einzuberufen, auf der Zielasko zur Rechenschaft gezogen werden soll.

Auch an anderen Berufsschulen in Westberlin entwickelt sich die Bewegung gegen den §218 ausgezeichnet. So hat zum Beispiel die Schülervertretung der Gutenbergschule, der Berufsschule für die Drucker, den Direktor zur Rede gestellt, weil er, ebenso wie Zielasko übrigens, sich geweigert hat, die Einladungen des Komitees zu Aktionseinheitsverhandlungen über die Demonstration gegen den §218 am 21.2. an die Schülervertretung weitergegeben. Die Schülervertretung hat beschlossen, einen Vertreter zu den Aktionseinheitsverhandlungen zu schicken. – (**b.,** Westberlin)

Dem Reaktionär Stavenhagen entgegengetreten

Pforzheim. 50 Menschen kamen zu einer Diskussionsveranstaltung des Komitees gegen den § 218. Während der Bundestagskandidat der SPD, Wolfgang Roth, die Einladung abgelehnt hatte (siehe dazu die letzte KVZ), war der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Stavenhagen zu der Veranstaltung erschienen. Stavenhagen erklärte, daß er zu denen gehöre, die vor einem Jahr das Bundesverfassungsgericht angerufen hätten. Nicht der Staat sei an den gegenwärtigen Verhältnissen schuld, sondern jeder einzelne sei dafür selbst verantwortlich und müsse deshalb auch jederzeit von den Gerichten zur Verantwortung gezogen werden können. Viele traten diesen Unverschämtheiten des Abgeordneten entgegen und berichteten über die Verhältnisse, unter denen sie heute zu leben gezwungen sind. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution mit den Forderungen der Komitees, unter denen zu einer Demonstration am 21.2. in Pforzheim aufgerufen wird. Außerdem wurde die Forderung erhoben: „Weg mit dem § 88 a und 130 a".

Erfolgreiche Veranstaltungen

Sprendlingen. Über 100 Menschen kamen zu einer Veranstaltung, zu der die Sprendlinger Initiative gegen den § 218 eingeladen hatte. Die Initiative führt ein eigenes Theaterstück vor, das viel Zustimmung fand.

Offenbach-Eschig. Im Offenbacher Stadtteil Eschig, in dem viele Menschen wohnen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, kamen über 50 Menschen zu einer Veranstaltung gegen den § 218. Jugendliche aus einem Förderlehrgang für Arbeitslose trugen eigene Lieder und ein Theaterstück vor.

Gegen die Pfaffenhetze den Kampf geführt

Hademarschen. In Hademarschen bei Dithmarschen hat die Kirche einen Vortragsabend im Gemeindezentrum unter dem Thema „Der Paragraf 218 und wir" veranstaltet. Ein Pastor aus Neumünster führte eine Diaserie vor, die mit einer Gegenüberstellung von Plastikbehältern mit zerstückelten Embryos und einem Lastwagen voller Leichen von Juden, die von den Faschisten vergast worden waren, endete. Wer abtreibt, ist genauso ein Verbrecher, wie die faschistischen Mordbanden, sollte das heißen.

Die Initiative Dithmarschen gegen den § 218 trat dieser üblen Hetze auf der Veranstaltung entgegen. Die Mitglieder der Initiative stießen gerade bei vielen jungen Zuhörern auf offene Ohren und konnten eine Reihe von Broschüren gegen den § 218 verkaufen und Unterschriften für die Forderungen der Komitees sammeln. Bestimmt werden viele jetzt die Frage des § 218 neu überdenken.

Beschlagnahmung aufgrund § 90b „Verunglimpfung von Verfassungsorganen"

Bremen. Am Montag nachmittag hat der Staatsanwalt Hanf mit zwei Polizisten bei Radio Bremen ca. 300 Beihefte zu einer Schulfunksendung über den § 218 beschlagnahmt. Die Beschlagnahmung war richterlich genehmigt. Begründung: In der Broschüre ist ein Plakat abgebildet, auf dem Richter an einer Frau herumfingern. „Schutz der Menschenwürde" steht darüber. Für den Staatsanwalt ist das eine „Verunglimpfung von Verfassungsorganen" (nach § 90 b). Die Beschlagnahmung ist in Bremen gleich auf breiten Protest gestoßen. Auch die Beschäftigten bei Radio Bremen wollen sich diesen Willkürakt nicht gefallen lassen.

200DM Geldstrafe wegen Agitation gegen § 218

Köln. Das Kölner Amtsgericht hat am 7.1. einen Gegner des § 218 zu einer Geldstrafe von 200 DM verurteilt, weil er am 6.9.75 auf der Straße gegen den § 218 agitiert hatte. Das Gericht hat damit einen Bußgeldbescheid des Ordnungsamtes bestätigt. Das Ordnungsamt hatte damals versucht, die Aufführung eines Theaterstücks gegen den § 218 und eine Kundgebung zu verhindern. Das war daran gescheitert, daß etwa 300 Menschen per Abstimmung beschlossen hatten, daß die Agitation gegen den § 218 fortgeführt wird. Die Polizei hatte sich verziehen müssen. Der Bußgeldbescheid war damit begründet worden, daß der Verkehr in der Schildergasse „völlig zum Erliegen gekommen" sei und eine „große Lautsprecheranlage" benutzt worden sei. Beides entsprach nicht den Tatsachen, das mußßten die Zeugen des Ordnungsamtes selbst bestätigen. Der Richter interessierte sich nicht für Tatsachen. Egal, was gewesen sei, meinte er, entscheidend sei, es hätte so kommen können, die Vorkommnisse hätten ganz im Sinne des Angeklagten gelegen.

Offenbar will der Richter die Niederlage der Staatsgewalt, die sie in der Schildergasse erlitten hat, durch die Aburteilung einzelner Gegner des § 218 wettmachen. Gegen das Urteil ist Einspruch erhoben worden.

Gegen jeden Angriff auf die Organisations- und Versammlungsfreiheit

Westberlin. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution hat das Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule in Westberlin dagegen protestiert, daß das Mitglied des Studentenparlamentes Lukas Milde wegen angeblicher Körperverletzung und Widerstands gegen die Polizei vor Gericht gestellt werden soll. Milde war am 21. September 1975 vor Beginn der großen Demonstration gegen den § 218 in Bonn willkürlich festgenommen worden, als die Polizei am Bahnhofsausgang in provokativer Absicht anfing, die Transparente zu beschlagnahmen, angeblich weil die Stangen zu lang seien.

In der Resolution heißt es u.a.: „Ihm wird jetzt Körperverletzung und Widerstand gegen die Polizei vorgeworfen, obwohl niemand anders als die Polizei Gewalt gegen die Demonstranten angewendet hat. Mit ihren Manövern in Bonn hat die Staatsmacht nichts ausrichten können. Die Ablehnung des Strafgesetzes 218 wird breiter in der Arbeiterklasse und im Volk. Die Staatsmacht versucht jetzt, einzelne Menschen zu bestrafen. Es ist ihr ein Dorn im Auge, wenn sich die Menschen für ihre Interessen zusammenschließen und das in Aktionen zum Ausdruck bringen. Mit dem neuen Strafrechtsänderungsgesetz 88 a soll eine derartige Praxis zur Regel werden.

Wir lehnen jeden Angriff auf die Organisations- und Versammlungsfreiheit ab und fordern, daß das Ermittlungsverfahren gegen den Kommilitonen eingestellt wird."

Betriebsrat solidarisiert sich mit Streik der Lehrerstudenten

Aachen. Am 20. und 21. Januar führten die Studenten der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Aachen, einen Streik gegen die immer schärfer werdenden Angriffe des bürgerlichen Staates auf die materiellen Lebensbedingungen und politischen Rechte der Studenten durch. Als die Kollegen von Siro-Hydraulik von dem Streik erfuhren, hat der Betriebsrat sofort eine Solidaritätserklärung telefonisch durchgegeben, und kurze Zeit später wurde ein Flugblatt mit der Solidaritätserklärung an die Pädagogische Hochschule gebracht (siehe Bericht Seite 4).

An den Vorsitzenden des
Allgemeinen Studentenausschusses
der Pädagogischen Hochschule
Aachen

Die Belegschaft der Firma Siro-Hydraulik hat erfahren, daß Sie die unmenschlichen und unannehmbaren Maßnahmen der Regierung durch einen Streik zu verhindern versuchen. Wir hoffen, daß Sie damit Erfolg haben werden, und erklären uns mit Ihnen solidarisch.

Siro-Hydraulik GmbH Werk Aachen
Der Betriebsrat

Gegen den Paragrafen 130 / 88 a

Essen. Am 21.1. wurde eine Veranstaltung der Studentenschaft der Gesamthochschule Essen zum Paragrafen 130a / 88a durch einen brutalen Polizeieinsatz überfallen. Die ÖTV-Jugendbetriebsgruppe des Klinikums Essen wandte sich daraufhin mit einer Solidaritätserklärung an die Studentenschaft. Darin heißt es unter anderem: „Wie bereits bei früheren Ereignissen, zuletzt während der studentischen Aktionstage, erkennen wir, daß Eure Interessen auch unsere Interessen sind. Darum solidarisieren wir uns mit Euch in der Forderung für freie politische Betätigung an der Gesamthochschule Essen . . ."

Soziologisches Institut besetzt

Heidelberg. Die Studenten des Instituts für Soziologie und Ethnologie haben ihr Institut am vergangenen Donnerstag und Freitag besetzt. Das war die Antwort der Studenten auf einen Versuch des Verwaltungsrates, durch Stelleneinsparungen im Sommer das Institut praktisch zu schließen. Auch in Tübingen, Freiburg und Karlsruhe strebt das Kultusministerium eine Liquidierung der soziologischen Institute an. Für viele Studenten würde das bedeuten, daß sie ihr Studium abbrechen müßten.

Resolution gegen das

Resolution gegen das Hochschulrahmengesetz

Darmstadt. Die Vollversammlung der Fachbereiche 7, 8, 9 (Chemie) an der Technischen Hochschule Darmstadt vom 15.1. verurteilte in einer Resolution das Hochschulrahmengesetz und begrüßte den Beschlu des Studentenparlaments, der eine Urabstimmung über einen längerfristig aktiven Streik im Sommersemester gegen das Hochschulrahmengesetz vorsieht.

Studentenparlamentswahlen

Braunschweig. Bei den Wahlen zur Verfaßten Studentenschaft an der Technischen Universität ergibt sich folgendes Kräfteverhältnis im Studentischen Rat: RCDS und andere Reaktionäre 2 Sitze (vorher 4), LHV 1 (–), KSV 1 (1), MSB plus SHB plus Sympathisanten 7 (6), Unorganisierte 5 (10). Einen großen Stimmenzuwachs hatten die Basisgruppen zu verzeichnen. Sie erhielten 10 Sitze gegenüber 2 im vergangenen Semester. Der KSB (Studentenorganisation des KBW) hat in den Fachbereichen, wo es möglich war, gemeinsam mit unorganisierten Kommilitonen auf Listen kandidiert, die die Aktionseinheit der Studenten im Kampf für ihre Rechte und Forderungen gegenüber dem Staat herstellen wollen. In einem Fachbereich kandidierte er mit einer Fachbereichsgruppe. Diese Form der Aktionseinheit aufzubauen ist bisher nur teilweise gelungen, was sich in Stimmverlusten ausdrückt und darin, daß solche Gruppen erst überall im Aufbau sind. Diese Listen erhielten 6 Sitze, davon 5 Sitze für den KSB.

Oldenburg. Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Oldenburg erhielt die rechte Studentengruppe (UHG) 6 Sitze gegenüber 10 bei den vorhergehenden Wahlen. Der Liberale Hochschulverband (LHV) erhielt 9 Sitze. Die Reformisten (SHB) erhielten 20 Mandate und die DKP-Studenten vom MSB Spartakus 9. Die Demokratische Liste, an der sich die KHG beteiligte, erhielt 6 Sitze gegenüber 5 bei den letzten Wahlen.

Göttingen. Hier betrug die Wahlbeteiligung bei den Studentenschaftswahlen 37,1 %. Die reaktionäre Studentengruppe des RCDS erhielt 26 % der Stimmen (27,1 % im Vorjahr) bzw. 21 Mandate. Stärkste Liste wurde die der Jusos mit 28 % bzw. 22 Mandaten, die bei den Wahlen zuvor aber noch 37,6 % erhalten hatte. Die DKP-Studenten erhielten 5,3 %, was 4 Mandaten entspricht. Die Rote Liste, die der Kommunistische Studentenbund (KSB) unterstützt, erhielt 10,3 % (14,8 % bei den vorhergegangenen Wahlen), was 8 Mandaten entspricht.

Landesastenkonferenz Rheinland-Pfalz:

Landesweite Aktionswoche und zentrale Demonstration beschlossen

Mainz. Am 23. Januar fand in Mainz die Landesastenkonferenz Rheinland-Pfalz statt, auf welcher die ASten von 11 Hoch- bzw. Fachhochschulen anwesend waren.

Anhand des Berichts kann man ausgezeichnet sehen, daß das Gerede der bürgerlichen Politiker von der weitgehenden Ruhe an den Hochschulen, wie sie's gern hätten, eine Seifenblase ist.

Im Gegenteil: Immer besser verstehen es die Studenten, sich unter gerechten Forderungen gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen und den kasernenmäßigen Verhältnissen, welche der Staat an den Hochschulen einzurichten wünscht, entgegenzutreten.

Als erster Tagesordnungspunkt der Landesastenkonferenz wurden die Angriffe des Kultusministeriums auf das Recht der Studenten, selbständige Interessenvertretungen zu bilden, verhandelt.

Bekanntlich hat der rheinland-pfälzische Kultusminister den AStA der Fachhochschule Abteilung Mainz I amtsenthoben, worauf die Studenten mit einem Streik geantwortet haben (vgl. KVZ Nr. 2/76). Aber auch an den anderen Hochschulen des Landes versucht er dem selbständigen Zusammenschluß der Studenten und ihrer gewählten Interessenvertretung mit bürokratischen Mitteln entgegenzutreten. Ziel ist, die Studenten staatlicher Bevormundung zu unterwerfen.

Folgendes ergaben die diesbezüglichen Berichte der Vertreter der einzelnen Hochschulen.

Universität Mainz: Dem AStA wurde angedroht, daß er amtsenthoben werden solle (was am Freitag geschah).

Fachhochschule Mainz II: Das Ministerium hat schriftlich angedroht, daß es per Rechtsaufsicht tätig werden will, wenn die Studenten ihm nicht bald eine ihm genehme Satzung und Wahlordnung vorlegen.

Fachhochschule Kaiserslautern: Dort liegt eine ähnliche schriftliche Drohung des Ministeriums vor wie an der Fachhochschule Mainz II.

Fachhochschule Bingen: Dort verabschiedete die Studentenschaft eine Satzung, zu der sich das Ministerium bislang nicht geäußert hat. Am 21. Januar führten die Studenten einen eintägigen Warnstreik durch gegen die politische Disziplinierung und gegen die miserable Lage der Studenten.

Katholische Fachhochschule Mainz: Die Satzung der Studentenschaft wurde vom Rat der Fachhochschule wegen des darin enthaltenen Politischen Mandats nicht genehmigt.

Nach längerer Debatte über das Ziel und den Charakter der staatlichen Angriffe und wie der Gegenschlag der Studenten geführt werden muß, wurde folgendes beschlossen:

In der zweiten Maiwoche wird eine landesweite Aktionswoche gegen die politische Entrechtung und Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten durchgeführt. Zum Abschluß soll eine zentrale Demonstration vorbereitet werden. Zur Vorbereitung der Aktionswoche wurde ein Ausschuß von drei ASten gebildet. Wieweit in der Aktionswoche Vorlesungsstreiks durchgeführt werden, soll an den einzelnen Hochschulen beraten und außerdem auf der Landesastenkonferenz Ende März noch einmal verhandelt werden.

Weiterhin standen die **Mensapreiserhöhungen** in Rheinland-Pfalz auf der Tagesordnung.

Berichtet wurde, daß an der Universität Kaiserslautern und der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms ein Mensaboykott gegen diese staatliche Ausplünderungsmaßnahme durchgeführt wurde, der in Worms noch andauert. Unterschriftenaktionen gegen die Preiserhöhungen gab es in Trier und Kaiserslautern.

Auf Antrag der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms verabschiedete die Landesastenkonferenz eine Resolution gegen die Erhöhung der Mensapreise sowie gegen die Streichung der Essenszuschüsse für die Angestellten im öffentlichen Dienst.

Als direkte Aktion gegenüber der Erhöhung der Mensapreise wurde für nächste Woche außerdem die Durchführung einer zentralen Demonstration in Mainz beschlossen.

Urabstimmung der Medizinstudenten:

Die überwiegende Mehrheit stimmte für Streik

In der vergangenen Woche wurde auf Beschluß der VDS-Fachkonferenz Medizin eine Streikurabstimmung an den meisten medizinischen Fakultäten durchgeführt.

Abgestimmt wurde über die Durchführung eines Streiks in dieser Woche für die Forderungen nach Anerkennung als Auszubildende während des „Praktischen Jahrs" am Krankenhaus durch Abschluß eines Tarifvertrags zwischen der Gewerkschaft ÖTV und den Krankenhausträgern, der eine Bezahlung von 700 DM, geregelte Urlaubs-, Ausbildungs- und Arbeitszeit sowie das Recht auf Vertretung durch den Personalrat, zur freien gewerkschatlichen und politischen Betätigung und zum Streik für die Absolventen des Praktischen Jahrs sichert.

Während des Praktischen Jahrs, das an die Stelle der bisherigen Medizinalassistenzzeit tritt, sollen die auszubildenden Arzte Studenten bleiben. Das assistenzzeit tritt, sollen die auszubildenden Arzte Studenten bleiben. Das bedeutet: keine Bezahlung für die Arbeit im Krankenhaus, keinerlei Rechte der Interessenvertretung gegenüber dem Dienstherren und zusammen mit den Lohnabhängigen am Krankenhaus, also ungesicherte Existenz und vollständige Abhängigkeit der Medizinstudenten am Krankenhaus von den Dienstherrn, wodurch sie erpressbar werden zu jeder Spaltung, Lohndrükkerei und Streikbrecherei gegenüber dem Kampf der Lohnabhängigen am Krankenhaus zur Behauptung ihrer Interessen. Diese Politik des bürgerlichen Staates entspricht ganz seinem Vorhaben gegenüber den Auszubildenden für nichtärztliche Heilberufe am Krankenhaus: Ein Gesetzentwurf sieht vor, sie in Schüler zu verwandeln, ohne Anspruch auf Bezahlung und ohne Recht auf Bildung einer Jugendvertretung.

Die folgenden Urabstimmungsergebnisse sind ein Beweis dafür, daß sich die Medizinstudenten auf Grundlage dieser Forderungen im Kampf für Rechte als Lohnabhängige während des Praktischen Jahrs gegenüber den reaktionären Plänen des bürgerlichen Staats zusammenschließen können:

Ergebnisse der Streikurabstimmung der Medizinstudenten in der Woche vom 19. bis 23. Januar

I Beteiligung der Med.Stud. an der Urabstimmung

II davon für Streik für die erhobenen Forderungen

I II

	I	II
Aachen	60 %	90,5 %
Frankfurt	43,7 %	95,1 %
Freiburg*	60 %	86 %
Gießen	36,6 %	94,2 %
Heidelberg*	25,5 %	94,4 %
Hannover	47,1 %	85,4 %
Kiel*	50 %	88,4 %
Mainz	44,2 %	93,6 %

* Anm. der Red.: Die Angaben für Freiburg und Kiel beziehen sich nur auf die klinischen Semester. An der medizinischen Fakultät in Heidelberg beteiligten sich von den 600 Studenten in den klinischen Semestern, die bereits nach der neuen Ausbildungsordnung ausgebildet werden, 400 an der Urabstimmung. Davon stimmten 397 für Streik.

Auf diese fortschrittliche Bewegung der Mediziner reagieren die Reaktionäre an der Hochschule mit Unterdrückung: Unter anderem in Freiburg und Frankfurt wurden die Urabstimmungen für illegal erklärt. Die Medizinstudenten behaupten dagegen ihr Recht, durch Urabstimmung und Streik ihren Forderungen Geltung zu verschaffen.

Der Freiburger Rektor Engler versuchte zwei Stunden lang ohne Erfolg, seine Verbotsmaßnahmen auf einer Mediziner-Vollversammlung zu rechtfertigen und die Studenten zu spalten. Hinterher wurde von den 280 Studenten bei zehn Gegenstimmen und ebensoviel Enthaltungen beschlossen, daß der Fachschaftsrat die Urabstimmung fortführt und der Rektor verurteilt wird.

In Westberlin, wo die Studentenvertretungen vor Jahren zerschlagen wurden, stimmten auf Initiative einer Ar- tretungen vor Jahren zerschlagen wurden, stimmten auf Initiative einer Ar- beitsgruppe 800 Studenten durch Unterschrift für die erhobenen Forderungen.

In Köln boykottierten die rechten Studenten, in deren Hand sich die Fachschaftsvertretung befindet, den Beschluß der Fachkonferenz und versuchten insbesondere, die Forderung nach Vertretung durch den Personalrat und nach Streikrecht zu Fall zu bringen. Damit kamen sie nicht durch: In vier Tagen wurden über 300 Unterschriften für die von der VDS-Fachtagung erhobenen Forderungen gesammelt. In Westberlin und in Köln wie auch anderen Hochschulen, wo die Urabstimmung nicht durchgeführt wurde, wird durch Veranstaltungen und Aktionen während der Streiktage mobilisiert, um die Wirkung der beschlossenen Streikaktion zu stärken und auch an diesen Hochschulen die Entschlossenheit im Kampf für die erhobenen Forderungen zum Ausdruck zu bringen.

Forderungen zum Ausdruck zu bringen.

Die Studenten unterstützen den Kampf gegen § 218

Osnabrück. In vielen Diskussionen mit Kommilitonen in Seminaren und Lehrveranstaltungen wurde deutlich, daß sich die Mehrheit der Studentinnen in sozialen Verhältnissen befindet, die es ihnen nicht erlauben, Kinder aufzuziehen, die sie zur Abtreibung zwingen. Folgende Aussage einer Studentin belegt dies:

„Als ich ein Kind bekommen sollte, stand ich vor folgender Situation: Das BAFöG reicht schon für eine Person hinten und vorne nicht zum Leben aus. Wie sollte es dann noch ausreichen, um ein Kind großzuziehen? Auch nebenher Geld verdienen, indem man eine Arbeit annimmt, ist keine Lösung. Denn erstens bekommt man bei der Arbeitslosigkeit kaum einen Job und zweitens muß man ja auf das Kind aufpassen.

Das ist aber noch nicht alles. Die Studienbedingungen werden bei uns immer schärfer. Praktisch sieht das jetzt so aus, daß man kaum unter 30 Stunden Unterricht pro Woche wegkommt, das ist wie an der Schule. Die Ausbildung für einige Monate unterbrechen, bis das Kind da ist, kann man auch nicht. Ist es aber da, so muß man die Zeit haben, sich um das Kind zu kümmern. Das geht aber neben dem Studium nicht und man muß auch an die vielen Zwischenprüfungen, Scheine und Klausuren denken, die man machen muß. Den Prüfungsbelastungen am Ende des Studiums wäre ich mit einem Kind wirklich nicht gewachsen.

Dazu kommen jetzt noch meine Zukunftaussichten. Ich möchte Lehrerin werden. Aber jetzt schon sind viele ehemalige Kommilitonen nicht eingestellt worden und Arbeitslosengeld bekommen sie auch nicht. Wie soll ich bei solchen Aussichten ein Kind großziehen? Es blieb mir nichts anderes übrig, als es abtreiben zu lassen."

So oder ähnlich haben sich viele Studentinnen an der Universität Osnabrück geäußert. Es ist bei diesen sozialen Verhältnissen der Studenten kein Wunder, daß von den 6000 Unterschriften, die in Osnabrück gegen den §218 und für den Volksnetscheid gesammelt wurden, etliche Hundert von den Studenten kamen.

Richtig war es daher, daß die KSB-Fraktion im Studentenparlament eine Resolution gegen den §218 einbrachte. Vom AStA der Universität wurde ein Beschluß gefaßt, Anfang Februar eine Parteienveranstaltung zum §218 zu machen. Vertreter von SPD, FDP und CDU haben zugesagt. Das ist eine gute Gelegenheit, ihnen klarzumachen, daß sie ihren §218 nur gegen das Volk aufrechterhalten können und daß sich die Mehrheit der Studenten auf die Seite des Volkes stellt. – (m., Osnabrück)

Streikbrecher gesucht

Stadtwerke Osnabrück
Aktiengesellschaft
7-70/He

Osnabrück, den 13. Januar 1976

An die
Studenten der Fachhochschule
für El.Technik, Masch.Bau,
Werkstofftechn. und Wirtschaft

Betreff
Beschäftigung von Studenten als Omnibusfahrer während der Verkehrsspitzenzeiten

Sehr geehrte Herren!

Die Stadtwerke Osnabrück beabsichtigen, das in anderen Städten bereits praktizierte Verfahren anzuwenden und Studenten als Kurzzeitbeschäftigte im Omnibusfahrerdienst einzusetzen.

Es werden derzeit etwa 5 männliche Studenten gesucht, die über 23 Jahre alt sein und die gesundheitlichen Bedingungen erfüllen müssen. Voraussetzung ist der Besitz des Führerscheins der Klasse 3 und eine längere Fahrpraxis. Der Omnibusführerschein wird dann in der Fahrschule der Stadtwerke erworben.

Die wöchentliche Einsatzzeit wird 19 Stunden nicht überschreiten, der Stundenlohn beträgt 8,25 DM + 15 % Einmannfahrerzulage und gegebenenfalls Zuschläge für Nacht- bzw. Feiertagsarbeit.

Für den kostenlosen Erwerb des Omnibusführerscheins muß sich der Student verpflichten, den Stadtwerken für einen Zeitraum von mindestens 2 Jahren zur Verfügung zu stehen, wobei in den Ferien in der Regel kein Einsatz erforderlich wird.

Interessenten melden sich bitte möglichst umgehend bei der Leitung der Verkehrsbetriebe, Osnabrück, Lotter Straße 45 (Tel. 344-700).

STADTWERKE OSNABRÜCK
Aktiengesellschaft
Verkehrsbetriebe

Oft wird behauptet, daß es gegen die Interessen der Arbeiter ist, wenn die Studenten für Stipendien eintreten, die die Kosten der Ausbildung decken. Das ist falsch und die Politiker, die das verbreiten, sind alle bürgerlich.

Tatsache ist dagegen, daß fast jeden Sommer Studenten in den Fabriken die Akkordsätze hochtreiben. Sie wollen in kurzer Zeit viel verdienen und brauchen es nicht lange aushalten.

Es ist kein Zufall, wenn der Osnabrücker Stadtdirektor gerade jetzt an der Uni Studenten für Busfahrer heuern will.

Zwei Jahre ständig verfügbar, zu wechselnden Zeiten, außerdem noch billig, das entspricht einem Kapitalistentraum.

Studenten, die vom heutigen BAFöG leben müssen, überlegen sich natürlich auch, ob sie das nicht machen, bevor sie vielleicht das Studium ganz abbrechen.

Jetzt stehen im öffentlichen Dienst scharfe Auseinandersetzungen wegen der Rationalisierung an. Außerdem geht die Lohnbewegung in eine entscheidende Phase.

Es liegt auf der Hand, daß man im Osnabrücker Rathaus darauf spekuliert, die Studenten nicht nur als Lohndrücker und Manövriermasse bei Rationalisierung, sondern auch noch als Streikbrecher einzusetzen.

Schon vor zwei Jahren wurde beim Streik im öffentlichen Dienst versucht, Studenten zum Postaustragen zu heuern. Zum Beispiel in Mannheim. Das konnte aber durch eine klare Stellungnahme der Studentenschaft unterbunden werden.

Von der Mainzer Uni weiß man inzwischen, daß dort jeder fünfte Student mit weniger als 450 DM im Monat auskommen muß. Anderswo ist es auch nicht anders. Es ist überhaupt nicht gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet, wenn sich die Studenten gegen solche Hungerlage wehren. Das Hunger-BAFöG trifft natürlich bloß die Studenten, die keine reichen Eltern haben. Und die sind es auch, die der bürgerliche Staat in der schärfsten materiellen Abhängigkeit halten will. Weil sie naturgemäß am leichtesten einsehen, daß diese Gesellschaftsordnung dem Interesse der Kapitalisten folgt und für die Arbeiter bloß Ausbeutung und Unterdrükkung bedeutet.

Wir meinen, die Forderung nach konstedeckendem BAFöG ist vollständig gerecht. Denn in der Uni wird die materielle Abhängigkeit ausgenutzt, um die Studenten kurz zu halten und nebenbei wird damit noch ein Heer von Streikbrechern aufgebaut. Beides ist nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Im Gegenteil.

Weißbuch des Verteidigungsministeriums

Der BRD-Imperialismus stellt seine Rüstung um

Der Bundesminister für Verteidigung hat das Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Der Deutsche Bundestag hat seine Sicherheitsdebatte gehabt. Die bürgerliche Presse treibt Gedankenspiele zur Sicherheitslage des westdeutschen Imperialismus.

Diese Gedankenspiele sind düster. Der ganze Räuberhaufen, der sich unter der vornehmen Bezeichnung Nato zusammengeschlossen hat, ist unversehens ins Hintertreffen geraten gegenüber dem russischen Sozialimperialismus.

Der feine Witz der Weltgeschichte, daß sich als Bedrohung für die Herrschaft der westeuropäischen Imperialisten auswirkt, was sie jahrzehntelang mit allen Mitteln betrieben haben; nämlich Beseitigung der revolutionären Macht des Proletariats in der UdSSR und Verwandlung der UdSSR in ein imperialistisches Land, vermag ihnen kein Schmunzeln zu entlocken. Wie sollte es auch. Die imperialistische Fratze schaut immer bloß im eigenen Gesichte fein aus.

Jedenfalls ist die Lage schwierig, seitdem sich die ehemals revolutionäre Sowjetunion unter die imperialistischen Wölfe gemischt hat und mit ihnen um das Futter rauft.

Eine umfassende Militarisierung ist für die westdeutschen Imperialisten das Gebot der Stunde. Dies insbesondere wegen der europäischen Lage. Die Beherrschung Europas ist für die UdSSR der entscheidende Schritt auf dem Wege zur Weltherrschaft. Das Neue ist, die UdSSR schickt sich an, dieses Ziel durch Einsatz militärischer Mittel zu erzwingen.

Die Nato muß umrüsten. Die bisherige Bewaffnung war darauf berechnet, durch militärischen Druck die politische Zersetzung zu fördern, und in Konterrevolutionen mit Waffen einzugreifen, die geeignet sein mußten, die stehenden Verbände der proletarischen Macht zu zerschlagen, um so der Konterrevolution Raum zu verschaffen. Das reicht jetzt nicht mehr aus und entspricht nicht mehr der Lage, weil sich in der UdSSR die Konterrevolution durchgesetzt hat und die Sowjetunion selber zum imperialistischen Angriff übergegangen ist.

Zudem, Westeuropa ist gegenwärtig Einflußgebiet der USA. Verdrängt der Sozialimperialismus die USA aus Westeuropa und setzt sich an deren Stelle, hat er einen wesentlichen Schritt zur Weltherrschaft gemacht. Der Sozialimperialismus braucht Westeuropa aber intakt. Die USA hingegen müssen bloß verhindern, daß die UdSSR sich in den Besitz von Westeuropa bringt. Mit den neuen Zaren verhält es sich ganz ähnlich wie mit Hitler, der ebenfalls gezwungen war, sein strategisches Potential im Kriege und durch Krieg auszudehnen. Dementsprechend die „Blitzstrategie", die zur Besitzergreifung im wesentlich intakter Volkswirtschaften gedacht war.

Die strategischen Möglichkeiten der USA hinsichtlich des Krieges um Europa sind also ziemlich breit. Rüsten die westeuropäischen Imperialisten nicht selber auf, so werden sie gänzlich zum Objekt des strategischen Kalküls der USA. Dies ist insbesondere für die westdeutschen Imperialisten, die grenznah gelagert sind, ein unerfreulicher Gedanke.

Daher steht der westdeutsche Imperialismus gegenwärtig an der Spitze aller Bestrebungen, die Nato rasch auf die Lage einzustellen. Im folgenden die Pläne, wie sie sich aus dem Weißbuch im großen und ganzen ergeben.

Die Flottenrüstung muß verstärkt werden. Den Nordatlantik haben bislang die USA gedeckt. Um sich die Verbindung nach Europa sicher zu halten. Die westdeutsche Flotte hatte im wesentlichen die Aufgabe, die Nordsee zu sichern.

Inzwischen hat man in der Nordsee erheblich Öl gefunden. Auch hat die UdSSR eine bedeutende Flottenrüstung ins Werk gesetzt. Für die westeuropäischen Imperialisten ist es somit unerträglich, die Schlacht um die Nordsee in der Nordsee auszutragen. Die Sicherung der Nordsee sowie der norwegischen Nordmeerküste muß jetzt im Nordatlantik stattfinden. Größere Schiffseinheiten, außerdem viele, werden dazu benötigt. Benötigt wird außerdem eine Trägerwaffe. Die Luftherrschaft im Nordatlantik läßt sich nicht wie in der Nordsee von Land aus sicherstellen.

Die Lage in der Ostsee ist noch verwickelter. Die südliche Ostseeküste ist im Besitz des Sozialimperialismus. Allerdings sind dort deutsche, polnische, litauische, estische und lettische Völkerschaften wohnhaft, allesamt von der UdSSR unterdrückt und geplündert, ein wahres Völkergefängnis. Die südliche Ostseeküste ist außerdem eine offene Flanke in Aufmarsch und Nachschublinie der Sozialimperialisten bei einer Schlacht um Europa. Es ist nichts erstaunenswürdiges, daß die UdSSR erhebliche Flottenverbände in die Ostsee gelegt hat.

Wollen die westeuropäischen, insbesondere die westdeutschen Imperialisten diese gefährdete Flanke der See nutzen, so bedürfen sie in der Ostsee einer zahlenmäßig starken Flotte, die sowohl in der Lage ist, Minenräumung im großen Stil zu betreiben als auch Landungsunternehmen.

So ist es möglich, einen erheblichen Teil der russischen Flotte in der Ostsee gebunden zu halten, die auf anderen Schauplätzen fehlen würde. Das Weißbuch sagt ziemlich deutlich, daß die westdeutschen Imperialisten nicht die Absicht haben, diese Chance auszulassen.

Es ist klar, daß solche Flottenrüstung unvermeidlich auch die Weltgeltung des westdeutschen, oder eben derjenigen imperialistischen Mächte, die sie vielleicht gemeinschaftlich unternehmen würden, stärkt. Aber das ist bei den ganzen gegenwärtigen „Verteidigungsanstrengungen" so. Am aggressiven Charakter des Imperialismus ändert sich gar nichts, bloß will man einen stärkeren imperialistischen Nachbarn hat, der einem gern verspeisen würde.

Die westdeutsche Luftrüstung ist den Absichten und Notwendigkeiten der Imperialisten ebenfalls überhaupt nicht angemessen. Sie ist fast rein importiert. Ein unerträglicher Gedanke, trotz aller Liebe im Bündnis, bei wirklicher Kriegsgefahr dazusitzen als jemand, der um Lieferung von Waffen betteln gehen muß.

Eine europäische Luftwaffe muß also her. Insbesondere, wenn mit steigender wirklicher Kriegsgefahr zunehmend davon ausgegangen wird, daß ein allgemeiner, strategischer Nuklearkrieg von keiner Seite angestrebt wird, sowie ein Einsatz taktischer A-Waffen ebenfalls unterbleiben kann. (Die ganze Presse beginnt davon auszugehen und in der Tat, welchen Vorteil sollte eine Macht, die einen Eroberungskrieg führt, darin erblicken, den Gegenstand ihres Herrschaftsstrebens zu vernichten?)

Die Nachschublinien des Sozialimperialismus nach Westeuropa sind lang. Sie sind ziemlich anfällig für Luftangriff. Ein weitreichendes Flugzeug, das im Stande ist, sich gegen die Luftjagd des Gegners geradeso durchzusetzen, wie es die Boden-Luftabwehr entgehen können muß, das bei jedem Wetter einsatzfähig ist und das hinreichend bewaffnet ist, um gezielte und schwere Schläge zu versetzen – das alles brauchen die Imperialisten. Genauso brauchen se ein leichtes Jagdflugzeug, das im Kampf um die Luftherrschaft direkt über dem Gefechtsfeld eingesetzt werden kann. Beides ist gerade in der Beschaffung. Im Heer, das fraglos die Hauptkraft im Krieg um Europa darstellen wird, bestehen die bittersten Probleme für die Imperialisten. Die Panzerabwehr aller Truppen liegt im argen, die ganze Panzerabwehr ist darauf berechnet, mit rasch beweglicher und hochkonzentrierter Feuerkraft auf das Territorium des Gegners vorzudringen und die gegnerischen Verbände am besten noch in der Aufstellung zu zerschlagen. Für eine tief gestaffelte Verteidigung ist dieses schlecht.

Gebraucht werden panzerbrechende Waffen, die von der einzelnen Grenadiergruppe, ja sogar dem einzelnen Schützen eingesetzt werden können. Gebraucht werden Panzerabwehrkanonen in großer Zahl und leicht zu handhaben. Kurzum, die Angriffslust, welche die westdeutsche Panzerwaffe fraglos schon heute darstellt, bedarf eines gewissen Unterbaus. Genauso ist die Artillerie des Heeres weitgehend veraltet wie auch die Anstrengungen, die seit einigen Jahren mit der Entwicklung und Einführung einer Flugabwehrkanone FLAK noch wenig fruchtbar waren.

Das ganze muß in engem Zusammenhang mit einer Steigerung der Mobilisierungsfähigkeit des Heeres gesehen werden, anders sind die Truppenmassen nicht aufzustellen, die aufgestellt werden müssen, um einen Angriff des Sozialimperialismus zu halten. Die Heimatschutzkommandos sind erst der Beginn der gewaltigen Militarisierung, die die herrschende Klasse der westdeutschen Bevölkerung zumuten wird.

Alle diese Anstrengungen sind in dem neuen Weißbuch ziemlich ausgeführt. Teile der Bourgeoisie rechnen schon, was sie an dieser Rüstung verdienen werden. Es wird beträchtlich sein.

Westdeutschland will sich zur europäischen Vormacht aufschwingen. „Ein deutscher Kanzler darf nicht den Vorsatz fassen, sich zum Führer Europas aufzuschwingen", sagte Kanzler Schmidt in der Sicherheitsdebatte im Bundestag. Der Kerl denkt offensichtlich Tag und Nacht an nichts anderes.

Es spricht aus ihm die Seele der imperialistischen Bourgeoisie. Selbst aus der Bedrängnis, in die sie geraten sind, können die Imperialisten gar nicht anders, als selbst die Verteidigung zu einer Frage der Unterwerfung anderer Nationen zu machen. Dem entspricht im Inneren die finstere Reaktion, die jede imperialistische Kriegsvorbereitung bildet. Ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, das ist das angestrebte Ergebnis des Ausbaus der „Verteidigung", Ausbeutung bis auf die Knochen und Ausplünderung bis aufs Hemd, alles fürs Vaterland.

Wenn wir uns mit diesen Rüstungsbestrebungen befassen, dann bloß, weil wir wissen, daß die Arbeiterklasse den Krieg bloß verhindern kann, wenn sie der Bourgeoisie die Herrschaft entreißt und sich selber zum Führer der Nation aufschwingt. Zu diesem Zwecke muß man die gegenwärtige Militarisierung studieren, sonst wird man ihr Opfer. Oft wird geglaubt, man könne diese Militarisierung angreifen, indem man beweist, daß ein Angriffskrieg geplant ist. Es wird aber die Aufgabe der Revolutionäre darin bestehen, zu zeigen, daß auch die Vorbereitung eines Krieges, der seiner Form nach ein Verteidigungskrieg sein kann, nichts am aggressiven Charakter des Imperialismus ändert. Diese neue Lage beginnt sich gerade zu entfalten, und schon jetzt fallen allerhand phrasendreschende „Revolutionäre" herein. Auch gibt es Strömungen, die der Vaterlandsverteidigung durch das Proletariat entgegentreten wollen, indem sie behaupten, daß die UdSSR keinerlei Aggression plane oder vorbereite.

Diese freilich werden die allerersten sein, die zu den Fahnen strömen, wenn es unübersehbar geworden ist, daß ein Angriff des Sozialimperialismus erfolgen wird. – **(f)**

Ein fahnenflüchtiger Unteroffizier

„Viele Unteroffiziere haben die Armee satt", wurde in einem Artikel in der KVZ Nr. 51-52/1975 festgestellt. Für diese Einschätzung gibt es in meiner Kompanie seit Montag letzter Woche einen handfesten Beleg: Ein Unteroffizier, Z4, der knapp zwei Jahre seiner Dienstzeit hinter sich hatte, ist seit Donnerstag vergangener Woche verschwunden, seit Montag wird er als Fahnenflüchtiger von Polizei und Feldjägern gesucht. Ein Unteroffizier, der allgemein als „dienstgeil" galt und deswegen bei uns einigermaßen verhaßt war.

Was diese Fahnenflucht deutlich macht, ist der Widerspruch, in dem die Masse der Unteroffiziere steht und der viele zermürbt. Viele vor allem der Stabsunteroffiziere und Unteroffiziere haben sich deshalb verpflichtet, weil sie arbeitslos waren oder hofften, über die Bundeswehr einen Beruf erlernen zu können. Sie kommen aus dem Volk, fühlen sich oft noch mit ihm verbunden, stehen dem Zweck der Bundeswehr skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüber. Als Unteroffiziere ist es aber ihre Aufgabe, die Befehle und Vorschriften von „oben" bei – richtiger gesagt: gegen – die Mannschaften durchzusetzen. Führen sie ihre Aufgabe nicht oder schlecht durch, dann unterliegen sie genauso wie die Mannschaften einem vielfältigen Netz von Schikanen und Bestrafungen. UvD am Wochenende, keine Beförderung usw. usf.

So kommt es häufig vor, daß Unteroffiziere im privaten Gespräch über die Bundeswehr fluchen, vor den Augen und Ohren des Kompaniechefs einen aber wegen Kleinigkeiten zur Sau machen. Mit dieser Situation werden viele nicht fertig. Der bei Unteroffizieren weitverbreitete Alkoholismus ist eines der deutlichsten Zeichen dafür.

Dieser Unteroffizier, der öfters, so auch mir gegenüber, in individuellen Gesprächen seinem Unmut über die Bundeswehr und vor allem das Offizierspack Luft gemacht hat, hat einen extremeren Ausweg als den Suff gewählt – die Fahnenflucht. Ein Ausweg ohne Ziel und Hoffnung.

„Der längerdienende Soldat braucht das Recht auf jederzeitige Kündigung, wenn er nicht jegliche Widerstandskraft einbüßen soll." (KVZ 9/75) Die Fahnenflucht des Unteroffiziers unterstreicht die Notwendigkeit, für die längerdienenden Soldaten das Recht auf jederzeitige Kündigung zu fordern. – **(hd, Wolfhagen)**



Waffenappell: eine Maßnahme, mit der die Rekruten mindestens einmal wöchentlich schikaniert werden

Vorschriftsmäßiges Verhalten durchgesetzt

Der Pionier Köhler hat zwei Wochen im Arrest verbringen müssen, weil er in Uniform an der Bonner Demonstration gegen den § 218 (Abtreibungsverbot) teilnahm. Obwohl in dem Bescheid über die Disziplinarstrafe festgelegt war, daß der Pionier tagsüber am Dienst teilnehmen und die Nacht in der Arrestzelle verbringen sollte, wurde er vollständig eingesperrt und vor zum Hofgang rausgelassen. Auf seine Beschwerde hin teilte der stellvertretende Kompaniechef Hauptmann Gröger mit, er werde deshalb vollständig eingesperrt, weil er sich auch im Dienst politisch betätige, die Kameraden aufwiegeln würde, was für vierzehn Tage unterbunden werden sollte. Als sich dann ein Vertreter des Komitees gegen den § 218 über die Bestrafung des Soldaten beschwerte, antwortete derselbe Hauptmann: „Sie wissen, wie schwer es ist, bei Soldaten vorschriftsmäßiges Verhalten durchzusetzen, ohne dauernd daneben zu stehen. Den Soldaten der Wache geht es in dieser Hinsicht nicht anders als Ihrem Sohn." (Gemeint ist der Pionier Köhler, den der Hauptmann irrtümlich für den Sohn des Briefempfängers hielt.)

Grenzenlose Profitgier

Delmenhorst. Vor etwa vier Wochen konnte ich zufällig beobachten, wie ein Angestellter der Kantine Burfeind in der Feldwebel-Lilienthal-Kaserne etwa 100 Brötchen, die vom Frühstück übrig waren, holte.

Ich fragte ihn, was er damit machen wolle. Er sagte, daß der Kantine die Brötchen ausgegangen seien und daß sie noch welche brauchten, um sie zu verkaufen.

Die Küche würde ja doch nur Paniermehl daraus machen. In der Kantine wurden die Brötchen dann mit Wurst oder Käse belegt und für 60Pfennig verkauft.

Und das, obwohl der Kantinenwirt diese von der Küche geschenkt bekommen hat.

Advent, Advent, der Stab, der brennt

Delmenhorst. Am Dienstagabend, dem 16.12., brannte in Adelheide das Stabsgebäude des Raketenartilleriebataillons 112. Ausgerechnet das Büro des S2-Offiziers (zuständig für Personal- und Sicherheitsfragen) brannte fast aus. Denn hier liegen zum Beispiel die Akten über die sogenannten „Dizies" (Disziplinarvergehen), mit denen in Adelheide keineswegs sparsam umgegangen wird. Oft sind dort sämtliche Arrestzellen belegt.

So störte dann auch die Soldaten der Brand nicht, im Gegenteil. Ihr Kommentar beim Anblick dieses Weihnachtsfeuers: „Advent, Advent, der Stab, der brennt. S1, S2, S3, S4, dann steht der Oberst vor der Tür..."

Kaufen befohlen

Ein nach Donaueschingen zur Grundausbildung eingezogener Rekrut hat über die ersten Wochen der Grundausbildung berichtet. Die folgende Beschreibung der Verpflegung und der Nachweis, was man auf Befehl so alles von dem Wehrsold kaufen muß, ist diesem Bericht entnommen.

„Essen in der ersten Woche gut, in der zweiten Woche ständig schlechter (so ist es angeblich immer, wenn neue Rekruten kommen). Der Abschluß beim Tag im Gelände: Feldverpflegung ein komischer Pfannkuchen à la BASF, ein Berliner und ein Schlag Apfelmus, dazu ein sofort erkaltender Schluck Kaffee. Pfui Teufel. In der Kantine kostet das billigste Bier immer noch 1DM, obwohl angeblich bundeseinheitlich jetzt 85Pfennig verlangt werden. Ansonsten weiß ich nicht viel über die Kantine, da wir fast keine Gelegenheit hatten, sie zu besuchen.

Die größte Sauerei ist, daß man laufend auf Befehl etwas kaufen muß. Hier eine unvollständige Liste:

10 Kleiderbügel mit Steg	19,75
1 Namensschild und	
1 Truppenausweishülle	2,60
2 Sicherheitsschlösser	15,00
1 normales Schloß	2,80
1 Putzspindschloß pro Stube	0,40
1 Ringbuch für Unterricht	4,50
bisher 1 Dose Schuhwichse	1,50
1 Paar Hosengummi	0,20
1 Pionier-Päckchen	2,00

Man ist dabei auf die Kantine angewiesen, da man kaum aus der Kaserne raus kommt und bis zu bestimmten Zeiten der entsprechende Appell folgt. Dazu kommen noch Anschaffungen zur Verbesserung der Hygiene wie Socken, Handtücher, Reinigungsmittel, Putzlumpen... und die Heimfahrten. Kurzum, den Wehrsold gibt man fast nur für dienstliche Erfordernisse aus!"

Portugal

Auseinandersetzung um die Verfassung

Die bürgerliche Reaktion richtet den Staatsapparat aus

Die herrschende Klasse nutzt jede Niederlage der Volksmassen, um den Apparat des Staates zu perfektionieren, zu reorganisieren, zu straffen und zu zentralisieren. So geschieht es in Portugal seit dem 25. November, und zwar auf mehreren Ebenen, administrativ, ökonomisch, militärisch und politisch.

1. Portugal war bis heute eingeteilt in 274 Landkreise und 18 Distrikte. Die Regierung geht daran, diese Einteilung zu vereinfachen. Die Zahl der Landkreise bleibt erhalten. Die administrative, steuereinziehende und politische Einheit soll aber statt der bisherigen Distrikte die neugeschaffene Region werden, 7 an der Zahl. Das ist eine erhebliche Straffung der Staatsorgane, und es bleibt erstaunlich, wie wenig man in der Arbeiterbewegung diesem Faktum Beachtung schenkt.

Die Regierung redet von einer zu vollziehenden Dezentralisierung. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Das springt spätestens dann in die Augen, wenn man sieht, daß die Exekutivkommission der Region aus fünf Mitgliedern besteht, von denen drei durch die Lissaboner Regierung eingesetzt sind.

Sieht man sich die alte Einteilung im Vergleich zur neuen an, so verfolgt diese Regionalaufteilung einen zweiten, vom Standpunkt des Klassenkampfes her gesehen eminent wichtigen Zweck. Machen wir uns klar: Das Herz der portugiesischen Arbeiterklasse liegt in drei Städten, in Lissabon, in Setubal und in Porto. Eine halbe Million Arbeiter sind in diesen drei Städten in kaum 1 500 Fabriken konzentriert. Bisher waren diese Kernbezirke der Arbeiterklasse auf vier Distrikte verteilt, die sich weit ins ländliche Hinterland dieser Städte erstreckten. Jetzt wird dieser Kern der Arbeiterklasse in den zwei kleinsten Regionen zusammengefaßt und von jedem Hinterland abgeschnitten. Das ist die administrative Teilung von Stadt und Land, die den politischen Zweck verfolgt, die armen Klassen in der Stadt von den armen Klassen auf dem Land zu spalten und ihrer Einheit entgegenzuwirken. Lissabon und Setubal sind zu einer Region vereinigt, Porto bildet mit seinem Industriegürtel die andere.

Beraubung der Sozialversicherung

2. Die Sozialversicherung in Portugal wurde nach dem 25. April weitgehend in die Hände der Werktätigen gelegt. Sie wurde verwaltet durch einen Rat, der sich folgendermaßen zusammensetzte: ein Delegierter der Regierung, ein Delegierter der in der Versicherung Arbeitenden, zwei Delegierte der im medizinisch-sozialen Bereich tätigen Gewerkschaften. Ursprünglich war diese Regelung verstanden als ein Übergangsstadium bis zu einer vollständigen Demokratisierung der Versicherungsverwaltung. Die Regierung hat jetzt diesen Verwaltungsrat ausgelöscht und die Versicherung dem Staat einverleibt. Die herrschende Klasse ist sich des Werts der Versicherung als Kontrollorgan über die Arbeiterklasse voll bewußt. Weiterhin schätzt sie die Versicherung als finanzielle Fundgrube, die sie vollständig in die Hand bekommen will. Schon heute ist der Staat der Sozialversicherung der portugiesischen Werktätigen die runde Summe von 2 Milliarden DM schuldig. Die Kapitalisten ihrerseits stehen mit 500 Milliarden DM in den letzten eineinhalb Jahren im Rückstand. Diese Zahlen erblicken nur deshalb das Tageslicht, weil der Staat eben die absolute Kontrolle über die Versicherung bisher nicht hatte. Zahlreiche gegen den jetzigen Schritt der Regierung protestierende Arbeiter- und Gewerkschaftsorgane weisen darauf hin.

3. Die Zeit nach dem 25. April in Portugal war gekennzeichnet dadurch, daß die bürgerliche Armee voll in den Strudel des politischen Klassenkampfes mit einbezogen war. Führende Militärorgane bildeten das höchste Organ im Staat, den Revolutionsrat. Die Soldaten organisierten sich selbständig in den Kasernen, und innerhalb der ADU (demokratische Soldatenversammlungen) und der MFA-Versammlung bildete sich die Klassenspaltung ebenso aus wie innerhalb der gesamten Gesellschaft.

Mit dem 25. November ist den Soldaten das Recht versagt worden, sich politisch zu betätigen. Nach wie vor existiert, wenn auch nur aus Offizieren bestehend, die MFA-Versammlung. Die herrschende Klasse indes hat nicht vergessen, daß es Hauptleute, also Offiziere, waren, die den 25. April auslösten. Die MFA-Versammlung als verfaßtes staatliches Organ wird jetzt vollkommen fallengelassen und der Revolutionsrat deutete an, daß er gänzlich auf sie verzichten will.

4. Die zukünftige Regierungsgewalt möglichst stark zu zentralisieren, darin sind sich die bürgerlichen Parteien einig. Gedacht ist daran, eine präsidentielle Demokratie zu bilden, ähnlich wie sie in den USA besteht. Der Präsident soll vom Parlament möglichst unabhängig sein. Die Präsidentschaftswahlen werden eventuell schon im März stattfinden. Führende, bisher gefangene Faschisten sind als Kandidaten inzwischen von Rechtsparteien im Gespräch.

5. Wie die Zentralgewalt des Staates beschaffen sein soll, darüber herrscht noch Ungewißheit. Die Konstituante hat dazu noch nichts herausgelassen, und alles hängt von den Verhandlungen ab, die der Revolutionsrat mit den Parteien über einen neuen Pakt führt. In diesen Verhandlungen wollen die rechten Parteien den Revolutionsrat, der heute das mächtigste Organ im Lande ist, höchstens die Rolle eines „Garanten der Freiheit", d.h. der freien und unbehinderten Regierungstätigkeit, zugestehen. Die Existenz des Revolutionsrates, sagen sie, habe seine Grundlage in der Einmischung der Armee in die Politik gehabt, in der politischen Bewegung der Soldaten. Insofern habe der Revolutionsrat mit dem 25. November, als er die Soldaten in die Kaserne zurücktrieb und die politische Bewegung in der Armee unterdrückte, Hand an sich selber gelegt. Er habe sich praktisch selber aufgehoben und habe für die herrschende Klasse insgesamt seine Schuldigkeit getan. Er solle entweder einen Posten auf der Ehrentribüne beziehen oder möglichst ganz von der politischen Bühne abtreten.

Der Revolutionsrat selber sieht das allerdings anders, er will, so sein Vorschlag, in dem neu zu schließenden Pakt weiterhin Kontrollorgan der Regierung bleiben, Kontrollorgan des Parlaments sein und sogar Kontrollorgan des Präsidenten. Die rechte Presse tönt wütend, das sei sogar zum Teil noch schlimmer als es im ersten Pakt gewesen wäre. Der Leitartikler im „Diario de Noticias" (nicht, wie irrtümlich in einer der letzten KVZ's gemeldet, Organ der Volksdemokraten (PPD), sondern der Sozialisten von der PS) wütet, der Revolutionsrat weigere sich hartnäckig, „die effektive Gewalteinteilung zu akzeptieren". Weigere sich, heißt das, zu akzeptieren, daß die Regierung regiert und die Armee ausführender Arm der Regierung ist, und weiter nichts.

Und der Leitartikler fährt fort: „So ist das Land verurteilt, noch einige Monate auf eine handlungsfähige Führung warten zu müssen." Für möglich hält er es aber, daß „die nationale Wirtschaft gar nicht so lange wartet und daß eine große soziale Krise dem zuvorkommt". Mit anderen Worten, er sieht voraus, daß die Arbeiter die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie über die Staatsverfassung zu nutzen verstehen und daß die Kapitalisten und Imperialisten dem nicht zusehen mögen, worüber sich eine schwere soziale Krise entwickelt, in der die Faschisten auf ihre Art die Dinge lösen werden. Der Leitartikler umschreibt so die immer deutlicher sich abzeichnende Alternative: Revolution oder Faschismus. Mit dieser Alternative droht der bürgerliche Journalist dem Revolutionsrat in den laufenden Verhandlungen zwischen Parteien und Revolutionsrat, um ihn zum Rückzug zu bewegen.

Für die herrschende Klasse steht fest, sie braucht einen straff organisierten, zentralisierten Staatsapparat. Die Faschisten sind bereit, das zu garantieren. Was die Bourgeoisie will, hat General Ramalho Eanes, Oberkommandierender des Heeres seit Dezember und alter Faschist, vor Soldaten der RASP in Porto anläßlich einer politisch bedeutungsvollen kürzlichen Inspektionsreise gesagt. Er sagte, man müsse jetzt endlich „mit den Verrücktheiten der letzten anderthalb Jahre Schluß machen". In der Sprache des zivilisierteren PPD-Abgeordneten Miranda heißt das, daß „in dem Maße, wie sich die Revolution durch die Distanz zu ihrem Ursprung am 25. April zivilisiert, auch die Militärs das Ausschließlichkeitsrecht auf die Revolution aufgeben müssen."

Abrechnung der Reaktion mit dem 25. April

6. In der vorigen Woche erschien der offizielle Untersuchungsbericht über den 25. November. Gleich nach seiner abschließenden Beratung durch den Revolutionsrat wurde Major Saraiva Otelo de Carvalho auf Befehl von Ramalho Eanes, dem Oberkommandierenden des Heeres, verhaftet. Die Verhaftung Otelos ist der Versuch, nicht nur mit dem 25. November abzurechnen, sondern gleichzeitig mit dem 25. April. Eanes sagte auf einer Inspektionsreise: „Otelo Saraiva de Carvalho ist der Organisator des 25. April."

Er war militärisch der führende Kopf der Hauptleute, die das faschistische Regime stürzten. Seine Verhaftung stützt sich auf den Untersuchungsbericht über den 25. November. Der Stil dieses Berichts ist der folgende. Alle Kämpfe der Volksmassen um Demokratie, insbesondere der Kampf der Soldaten, seit dem 25. April werden als Vorbereitung einer „militärischen Verschwörung" hingestellt. Folglich sind alle Organisationen, die in diesem Kampf des Volkes irgendwie eine Rolle spielten, verwickelt.

Es sollen verwickelt sein die PCP, die Organisationen der von Spontaneisten und Trotzkisten geführten FUR und die von Marxisten-Leninisten geführte UDP. Während die PCP jede Verdächtigung einer Verbindung zum Kampf der Volksmassen und der Soldaten vor und am 25. November in einer Stellungnahme zurückweist, erklärt die UDP, daß der Untersuchungsbericht unvollkommen sei, daß viele Fakten fehlten. Die UDP wäre erheblich stärker in das verwickelt, was für die Faschisten als Militärverschwörung gilt. Diese Fakten zeigen aber alle nur das eine, die Tatsache nämlich, daß die UDP den antifaschistischen Kampf an der Seite des Volkes führt.

Der Untersuchungsbericht selber hat nur ein Ziel, näher heranzukommen an die Einschränkung der politischen Rechte der fortschrittlichen Organisationen und der Massen.

7. Die Verfassungsarbeit der Konstituante schleicht einstweilen dahin, bis der Revolutionsrat und die Parteien sich über die höchsten Organe des Staates klar geworden sind. Auf die bisherigen Arbeiten rückblickend, stellte „Diario de Noticias" in einem Leitartikel fest, der Teil über die individuellen Rechte sei nicht schlecht gelungen, sehe man sich aber den programmatischen Teil und den Teil über die kollektiven Rechte, z.B. das Streikrecht, an, so spüre man hier deutlich das „linke Klima" vor dem 25. November. Diese Teile entsprächen dem heutigen Portugal in keiner Weise, und heute würde man es anders machen. Etwas verbittert wird festgestellt, daß man von vorne leider nicht beginnen könne. Als Trost bleibt dem Mann: „Zu gegebener Zeit muß man die Verfassung neu überarbeiten."

Einiges konnten die Verfassungsgeber schon jetzt allerdings schnell noch daran „bereinigen". Da es demnächst – noch ist umstritten, ob vor oder nach den Parlamentswahlen – zu Wahlen für die Gemeinderäte und Stadtparlamente kommt, verabschiedete man schnell noch eine Änderung des Verfassungsentwurfs. Das vom Volk erkämpfte Rechte auf Verteidigung der demokratischen Organe des Volkswillens und auf Volksversammlungen wird durch diese Gemeinderats- und Stadtparlamentswahlen unterlaufen und das Recht auf direkte Kontrolle der Gemeinde- und Stadtverwaltung wird annulliert.

8. Zuletzt muß man darauf hinweisen, daß im Zuge der Zentralisierung und Straffung des Staatsapparates dieser Staat jede Gelegenheit nutzt, die Waffen gegen das Volk zu gebrauchen. Das jüngste Beispiel ist der Tod eines streikenden Arbeiters durch eine Polizeikugel in der vorigen Woche. Wie üblich bediente man sich einiger Provokateure, um eine Auseinandersetzung zwischen streikenden Einzelhandelsarbeitern und der Polizei hervorzurufen. Die Polizei schoß sofort in die Menge hinein und tötete einen der streikenden Arbeiter. – (kkw, Lissabon, 27. Januar)

Weltwährungssystem

Die Imperialisten raffen Gold und zahlen mit Papier

Seit einigen Wochen meldet die Wirtschaftspresse fast täglich ein weiteres Fallen des Goldpreises. Um etwa 14 Dollar ist er seit Jahresbeginn auf etwa 124 Dollar pro Unze Feingold in London gefallen. Erst Ende letzter Woche hat er sich wieder leicht befestigt. Dies steht in Zusammenhang mit den Beschlüssen des Internationalen Währungsfonds in Kingston/Jamaika vom 7./8. Januar. Dort wurde unter anderem beschlossen, daß die Zentralbanken in Zukunft zum Marktpreis mit Gold handeln können und daß ein Teil des Goldes beim Internationalen Währungsfonds verkauft werden soll. Wir haben darüber berichtet.

Verschiedene namhafte Vertreter der bürgerlichen Klasse haben inzwischen ausführlich zu dieser Konferenz Stellung genommen. Sie betonen alle, es müsse verhindert werden, daß der Währungsfonds „Mittel der Entwicklungshilfe" würde. Gemeint ist, er solle eine Waffe der Imperialisten gegen die Völker bleiben. Außerdem wird den Entwicklungsländern vorgeworfen, sie würden in ihrer Habgier die weltweite Inflation anheizen.

In der „Welt" vom 20. Januar hat sich der Ex-Superminister und Professor Karl Schiller zu Wort gemeldet. Nachdem er seine Verwandtschaft aus der Steuerkasse bedient hat und dem südafrikanischen Finanzkapitalisten Rupert gedient hat, ist er nun bei Springer gelandet.

Schiller schreibt, wegen des bedrohlichen Anwachsens der Devisenreserven hätte man nun die Ausscheidung des Goldes als Reservemittel vorangetrieben. Wegen der Erhöhung der Ölpreise sei eine zunehmende Überliquidität entstanden, die die Inflation anheizt. „Wenn nämlich die Ölrechnungen der Defizitländer international finanziert werden, ohne daß dabei in größerem Umfang eigene Währungsreserven aufgelöst werden, so steht der Reserveakkumulation in den Exportländern kein entsprechender Reservabbau in den Importländern gegenüber; daraus muß sich insgesamt eine Liquiditätsausweitung ergeben." Scheinheilig umschreibt hier der Herr Professor in gewählten Worten den Kern der imperialistischen Räuberei mit dem Weltwährungssystem – und will dann ein paar Sätze weiter auch noch die Ölländer für diese Entwicklung verantwortlich machen. „Wenn Ölrechnungen finanziert werden" – *wer* finanziert sie denn? Dem Leser dieser Zeitung ist der Vorgang bekannt. Die Imperialisten können dank des Weltwährungssystems ihr Öl mit Papiergeld bezahlen, so daß es sie fast nichts kostet. Tatsache ist, daß dadurch die Währungsreserven der Welt (ohne Osteuropa und die Volksrepublik China) von Ende 1970 bis Ende 1974 um 250 Prozent gestiegen sind. Tatsache ist, daß die Imperialisten 1974 eine Inflation auf dem Weltmarkt von 40 Prozent erzeugt haben.

Die Währungsreserven bestehen aus Gold und Devisen, d.h. ausländische Währung. Karl Schiller empfiehlt nun, „wenigstens" das Gold aus der Reserve zu nehmen. Dabei sind die Goldbestände in den letzten 10 Jahren leicht gesunken, wohingegen sich die von den Imperialisten produzierten Devisenbestände verfünffacht haben. Inflationsbekämpfung haben also die Imperialisten nicht im Sinn mit den Goldbeschlüssen. Im Gegenteil. Bisher war es den Zentralbanken der 128 Mitgliedsländer des Währungsfonds verboten, ihr Gold über dem offiziellen Preis von rund 44 Dollar pro Unze am Markt zu verkaufen. Dort aber liegt sein Preis von letzte Woche 124 Dollar gebildet. Durch die Beschlüsse von Jamaika können die Zentralbanken nun ihr Gold zum Marktpreis verkaufen, also zum Dreifachen des Preises, nach dem es bisher bewertet wurde.

Auch bei Karl Schiller, der eben noch die Gold-Beschlüsse als Mittel der Inflationsbekämpfung anpries, kann man zwischen den Zeilen lesen, was das bedeutet. „Es verbot sich, mit einem Schlage alle Goldbestände der Notenbanken und des Fonds zu Marktpreisen zu bewerten. Dies hätte ein gewaltiges Inflationspotential geschaffen." Was sich hier „verbot", wurde in Wirklichkeit gemacht, und was hier mit dem Konjunktiv „hätte" umschrieben wird, ist die tatsächliche Wirkung der angeblichen „Abschaffung des Goldes aus dem Weltwährungssystem". Um rund 200 Milliardenb DM werden die Währungsreserven der Imperialisten mit einem Schlag steigen. Wenn die Zentralbanken in ihren Büchern nicht sofort ihre Reserven neu bewerten, so nur, um unter dem Nebelschleier ungesehen zu bleiben. Die Wirklichkeit hat die Bewertung, die jetzt freigegeben wurde, schon vorgenommen. Bereits 1974 hat sich die Bundesbank einen Währungskredit an Italien durch Verpfändung des italienischen Reservegoldes sichern lassen – zum Marktpreis. Über Nacht entfaltet dieselbe Menge Reservegold Nachfrage nach der vierfachen Menge Waren, erlaubt den vierfachen Kredit.

Die Imperialisten werden den Reservezuwachs, den sie sich über Nacht dank jahrelanger Manipulationen zugeschanzt haben, nutzen, um ihre Industriewaren auf dem Weltmarkt zu inflationieren und die Dritte-Welt-Länder um ihre Rohstoffe zu betrügen. Dadurch werden sie die Entwicklungsländer noch mehr unter das Schuldenjoch treiben.

Von sinkender Bedeutung des Goldes kann also keine Rede sein. Das gezielte Gerede von der „Demonetisierung" des Goldes und die gegenwärtigen Operationen am Goldmarkt haben allein zum Ziel, die kleinen Goldbesitzer mit der Angst im Nacken zum Verkauf zu bewegen und den Preis schön niedrig zu halten, damit die Banken und Zentralbanken bei der Goldauktion des Goldes aus dem Internationalen Währungsfonds im März **alles** und **billig** bekommen. Hinter den Kulissen wird das schon vorbereitet.

Wir haben bereits gemeldet, daß die Imperialisten ihre Gemeinschaftsbank in Basel, die „Bank für internationalen Zahlungsausgleich", ins Geschäft schicken wollen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. Januar schreibt, die BIZ soll bereits Zusagen haben, daß neben Frankreich auch die Schweiz und die Deutsche Bundesbank als Käufer für das Gold auftreten. Winzigen Meldungen im „Blick durch die Wirtschaft" war folgendes zu entnehmen: Die Schweizerische Nationalbank wird Gold zur Zeit weder ankaufen noch verkaufen. Doch ihr Präsident Leitwiler schließt künftige Goldtransaktionen nicht aus, wenn sie sich fördernd auf die schweizerischen Ausfuhren auswirken. Auch Kredite an andere Zentralbanken mit Golddeckung schließt er nicht aus. Auf einem Journalistenempfang ließ Frankreichs Minister Fourcade heraus, Frankreich werde „ein bißchen Gold" kaufen. Japan plane keine Goldkäufe, erklärte sein Finanzminister Chira. Die Möglichkeiten solcher Käufe werde jedoch erwogen, falls das Bedürfnis danach bestehe. Am 17. schrieb die Zeitung: „Trotz der Aussicht auf weiter sinkende Preise am Goldmarkt gibt es eine nicht geringe Zahl von Analytikern, die bereits heute langfristig orientierten Anlegern zum Kauf südafrikanischer Goldminenaktien raten." Weiter heißt es, es setze sich „wieder die Auffassung durch, daß Gold sich nur für langfristig orientierte Anleger lohnt". Letztes Wochenende hat der Präsident der südafrikanischen Bergbaukammer Lawrence angekündigt, Südafrika werde dieses Jahr seine Goldproduktion um 10 Prozent steigern. Er sprach „von einigen optimistischen Anzeichen, die eine zufriedenstellende Entwicklung auf dem Goldmarkt erkennen ließen". Schon letztes Jahr war die Nachfrage so groß, daß Südafrika sogar Gold aus seinen Reserven verkaufen mußte. Südafrika ist der bei weitem größte Goldproduzent.

Bis zum Ersten Weltkrieg war der Welthandel über das Gold als Weltgeld abgewickelt. Im System von Bretton

Fortsetzung Seite 13



Kämpfer der FPOLISARIO (Befreiungsfront für Sahara)

Nahost:

Die Sache der Palästinenser macht Fortschritte

Die Entwicklung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Nation gegen Zionismus und Imperialismus ist in den letzten Wochen im Licht zweier Ereignisse gestanden: der UNO-Sicherheitsdebatte, an der erstmals die PLO als Vertretung des palästinensichen Volkes teilgenommen hat, sowie des Bürgerkriegs im Libanon.

Hier ist der Versuch der reaktionären Phalangisten, den palästinensischen Widerstand zu vernichten, zurückgeschlagen und erneut ein Waffenstillstand vereinbart worden. Die zeitliche Parallelität beider Ereignisse ist durch ihren Zusammenhang bedingt: So wie das Auftreten der PLO im Sicherheitsrat einen Erfolg des palästinensischen Befreiungskampf darstellt, so sollte durch die Entfesselung des Bürgerkriegs im Libanon der palästinensischen Befreiungskampf geschwächt werden.

Im UNO-Sicherheitsrat mußte eine Resolution als Grundlage behandelt werden, die im Gegensatz zu früheren Resolutionen eindeutig von Israel den Rückzug aus **allen** besetzten Gebieten fordert, zweitens das palästinensische Volk als Volk anerkennt und nicht mehr als „Flüchtlingsfrage" behandelt, drittens ihm eine eigene staatliche Form zuerkennen muß. Gleichzeitig jedoch garantiert sie das Existenzrecht Israels. Selbstverständlich hat die PLO es abgelehnt, eine Resolution zu unterstützen, die der Besatzermacht das Leben garantiert, genauso wie die VR China diese Resolution nicht unterstützt hat. Sie hat ebenso wie Lybien an der Abstimmung nicht teilgenommen. Die Sowjetunion hingegen tritt für Israels Existenz ein. Verschiedene imperialistische Mächte haben dieser Resolution zugestimmt (Japan, Frankreich), andere haben sich enthalten. So mußte der US-Imperialismus allein sein Veto abgeben, um die Annahme der Resolution zu verhindern.

Im selben Zeitraum anläßlich des Empfangs des saudiarabischen Außenministers Prinz Saud bin Feisal hat die Bundesregierung ihre Haltung „präzisiert" und „deutlich gemacht, daß sie bei einer Regelung des Nahostkonflikts für die Räumung aller besetzten arabischen Gebiete durch Israel eintritt und den Palästinensern das Recht einräumt, in den von Israel freigegebenen Gebieten eine staatliche Autorität einzurichten. Zu den von Israel zurückzugebenden Gebieten gehörden auch der besetzte Teil Jordaniens, die Jerusalemer Altstadt und die Golan-Höhen in ihrer ganzen Ausdehnung." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.)

Was kommt in diesen Erklärungen zum Ausdruck? Beide Supermächte wollen unbedingt die Existenz Israels verteidigen, das für sie ein unersetzliches Mittel im Kampf um die Hegemonie über die arabische Nation und den Nahen Osten ist. Die eine Supermacht tut dies, weil ihr Israel als Stützpunkt dient und als direkter Hebel für Aggression, die andere, weil sie unter Beteuerung der Gegnerschaft zur Besatzerpolitik Israels sich als Freund bei den arabischen Staaten einzuschmeicheln versucht, durch Israels Existenz die Situation von weder Krieg noch Frieden aufrechterhalten werden kann. Gleichzeitig haben die meisten imperialistischen Mächte es aufgeben müssen, das palästinensische Volk als Flüchtlingsfrage zu behandeln, müssen ihm das Recht auf Staatenbildung zugestehen und unzweideutig für den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten eintreten. Insofern kommt in der Veränderung dieser Position die Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Sache der nationalen Befreiung zum Ausdruck.

Sind sie insofern angeschlagen, machen sie Konzessionen, so denken sie jedoch nicht im Traum daran, den imperialistischen Griff nach dem Nahen Osten aufzugeben. Seine Erdölreichtümer, die Millionenzahl an Menschen, seine strategische Lage machen ihn zu einem Brennpunkt für die beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft. Die anderen imperialistischen Mächte wollen unbedingt an diesem Happen teilhaben. Deshalb können sie das „Nahost-Problem" auch nicht „lösen": Denn so wie seine Lösung darin besteht, daß der Zionistenstaat zerschlagen und ein demokratisches Palästina aufgebaut wird, so müssen sie unbedingt dessen Existenz verteidigen und den palästinensischen Befreiungskampf zerschlagen. Der veränderten Situation entsprechen die Mittel.

Schläge gegen das palästinensische Volk im Libanon

Im Libanon haben die USA deshalb die reaktionären Phalangisten angestiftet, einen Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk zu führen. Dabei haben diese Unterstützung von Frankreich und der BRD: „Selbst ausrangierte Bestände der deutschen Bundeswehr tauchten in erheblichem Umfang im Libanon auf." (Frankfurter Rundschau, 21.1.)

Dieser Anschlag ist nicht aufgegangen. Das palästinensische Volk und die libanesischen Massen haben diese Absichten vereitelt und diese Angriffe zurückgeschlagen. In den letzten Wochen suchten die Reaktionäre die Entscheidungsschlacht, indem sie den Konflikt verschärften und darauf setzten, daß Israel ihnen zu Hilfe kommt. Das haben die Zionisten sich aber nicht getraut. Trotz aller Drohungen haben sie hinnehmen müssen, daß Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) aus Syrien in den Libanon gekommen sind, um die Reaktionäre zu bekämpfen. Die Zionisten mußten erkennen, daß sie durch ihren Einmarsch im Meer des nationalen Befreiungskrieges ertränkt worden wären. Gegenwärtig herrscht erneut Waffenstillstand im Libanon. Die Phalangisten murren, wagen es aber gegenwärtig nicht, erneut den Kampf zu entfesseln.

Die Zionistenregierung will Zeit gewinnen

Rabin, Ministerpräsident des Zionistenstaates, ist zu Verhandlungen in die USA geflogen. Er steht unter zweifachem Druck. Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes rüttelt an der Existenz Israels und läßt sich nicht zerschlagen. Palästinensische Kämpfer führen immer wieder Aktionen direkt in den Sicherheitszonen des zionistischen Staates durch. Gleichzeitig wächst die Isolation Israels in der Welt. Die verschiedensten imperialistischen Mächte verlangen die Räumung besetzter Gebiete. Vor seinem Abflug hat er deshalb erklärt, daß Israel zu „weitgehenden Zugeständnissen" bereit sei, was die besetzten Gebiete angehe. Davon ist überhaupt nichts zu halten, keinen Zentimeter arabischen Bodens werden die Zionisten ohne Kampf preisgeben. Weiter hat er erklärt, daß die Genfer Nahostkonferenz erneut einberufen werden soll. Dabei setzt er darauf, daß sie in nächster Zeit überhaupt nicht einberufen wird. Solche Erklärungen sollen Israels Ruf in der Weltöffentlichkeit etwas aufbessern und ihm eine Atempause verschaffen.

Versuche, das palästinensische Volk zu spalten

Der ganze Haß und die ganze Furcht der Zionisten gilt der PLO, der alleinigen und rechtmäßigen Vertretung des palästinensischen Volkes. Diese hält konsequent am Ziel der Zerschlagung des Zionistenstaates und der Errichtung eines demokratischen Palästina fest. Deshalb versuchen die Zionisten, das palästinensische Volk zu spalten und die PLO zu schwächen. Dabei können sie sich aber nur auf eine Handvoll palästinensischer Bourgeois stützen, die ihr Volk verraten haben. Hinzuziehen wollten sie Hussein. Aber auch dieser kann es nicht wagen, sich auf solche Manöver einzulassen: „Israels neuester Versuchsballon unter Einbeziehung gemäßigter Palästinenser aus den besetzten Gebieten mit Jordanien ein Zwischenabkommen auszuhandeln, wurde von Amman bisher mit keinerlei Reaktion gewürdigt." (Süddeutsche Zeitung, 27.1.)

Das Manöver der Zionisten gefällt der BRD-Regierung, das unterstützt sie: „Das palästinensische Volk, von dessen Existenz Bonn ausgehe, sei ‚nicht identisch mit der Organisation PLO'" (Süddeutsche Zeitung, 24.1.). „Deren Anerkennung durch Bonn müsse nach wie vor erst die Anerkennung des Rechtes Israels auf Existenz in anerkannten und sicheren Grenzer und die Einstellung terroristischer Aktivitäten vorangehen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.) Kurz: die PLO wird erst anerkannt, wenn die PLO das gerechte Ziel des palästinensischen Volkes und den Kampf für sein gerechtes Ziel verraten hat?

Das palästinensische Volk jedoch hält an diesem Ziel fest: Zerschlagung des israelischen Besatzerstaates, Befreiung des ganzen Heimatlandes und Errichtung eines demokratischen Palästina, in dem Juden und Moslems gleichberechtigt leben können. Es hat eine festgelegte Taktik: „Die PLO kämpft mit allen Mitteln, wobei der bewaffnete Kampf an erster Stelle steht, zur Befreiung der palästinensischen Gebiete und zur Errichtung einer kämpfenden unabhängigen nationalen Volksadministration in jedem Teil Palästinas, der befreit wird. Dabei betonen wir, daß dies nur durch die Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten unseres Volkes und seines Kampfes erreicht werden kann." (Beschlossen vom Palästinensischen Nationalrat, Juni 1974). Diese Volksadministration ist also nichts anderes als ein Zwischenschritt, eine Zwischenetappe auf dem Weg zur endgültigen nationalen Befreiung.

Die Sowjetunion hingegen, wie auch verschiedene arabische Regierungen versuchen diesen Zwischenschritt auf dem Weg der vollständigen nationalen Befreiung zum letzten Schritt zu machen und ihn damit seines revolutionären Inhalts zu berauben. Dieser Staat soll nicht als Sprungbrett und als bessere Ausgangsbasis für die Fortsetzung des Kampfes gegen den zionistischen Besatzer dienen, sondern soll das Ende des Kampfes und die Anerkennung der Besatzermacht bedeuten. Solche „Kompromisse" lehnt die PLO ab: „Die PLO kämpft gegen jede Teilstaatslösung, deren Preis die Anerkennung, Frieden, sichere Grenzen, der Verzicht auf das historische Recht und die Entziehung des Rechts unseres Volkes auf die Rückkehr und auf Selbstbestimmung in seinem Land bedeutet." (ebenda)

Glauben manche Imperialisten, daß sie mit der Teilstaatslösung den Befreiungskampf unterbinden und Israel retten können, so sieht die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrem Kommentar vor allem die „Risiken eines Palästinenserstaates": „Das wäre eine Zone der Unruhe." „In der Summe wäre das eine höchst bedenkliche Größe." „Ein Staat, der sich als erste Rate, nicht als Erfüllung des Palästinenserstaates verstünde, wäre mit Sicherheit eine größere Gefahr für den Frieden im Nahen Osten als seine weitere Verhinderung wie bisher." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.1.). Die Besorgnis der Reaktionäre zeigt zweierlei: Wie recht die PLO mit ihrem Programm hat, das diese Zwischenetappe vorsieht, und wie sehr es die Imperialisten und Israel fürchten, sodaß es ohne Kampf nicht durchzusetzen ist. – (hjh)

Neue Erfolge der FPOLISARIO

Im Kampf gegen die marokkanischen und mauretanischen Besatzer hat das Volk von Westsahara weitere militärische Siege errungen. Die Befreiungsfront POLISARIO hat in einer Erklärung bekanntgegeben, daß ihre Streitkräfte Ain-Bentili, die größte mauretanische Garnison an der Nordostgrenze Westsaharas eingenommen haben. Über 150 mauretanische Soldaten wurden dabei getötet. Auch im Gebiet von Farsaya und El-Aioun weiten sich die Kämpfe aus, zwei marokkanische Kampfflugzeuge wurden abgeschossen.

Demgegenüber versucht die marokkanische Regierung verbissen, den Widerstand des sahaurischen Volkes zu leugnen, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der verbrecherischen Besetzung des Landes abzulenken. Auf Berichte in der spanischen Presse, daß gegen das Volk in Westsahara auch Napalm eingesetzt wurde, stritt die marokkanische Regierung den Einsatz der Armee überhaupt ab und erklärte, es „gäbe nur einige Operationen der Polizei, um die Ordnung aufrechtzuerhalten."

Algeriens Außenminister Bouteflika hat sich erneut in einer Erklärung für die Beilegung des Konfliktes eingesetzt: „Wir hoffen, da die Lage ernst ist (...), daß die Führer der Region dazu kommen, die Angelegenheiten gerecht zu behandeln. Wir sind bereit, die Lage in der Region mit allen Führern erneut zu untersuchen, die Führer der Befreiungsfront POLISARIO eingeschlossen, der rechtmäßigen Vertreterin des sahaurischen Volkes. Wir sind bereit zu einem Gespräch, damit wir eine Lösung finden, die die Interessen der einen und der anderen Seite berücksichtigt, ohne daß diese aber auf Kosten des sahaurischen Volkes oder auf Kosten der Legalität erfolgt."

Das in der bürgerlichen Presse verbreitete Gerücht von der Drohung der algerischen Regierung, Mers-El-Kebir im Westen Algeriens der sowjetischen Flotte als Stützpunkt zu übergeben falls Frankreich 75 Mirage-Kampfflugzeuge an Marokko liefert und an seiner einseitigen Unterstützung Marokkos festhält, hat die algerische Presse zurückgewiesen. Es dient nur dazu, Mißtrauen und Verwirrung zu stiften. Algerien vertritt einen gerechten Standpunkt und hält entschieden fest an der Souveränität seines Territoriums und dem Prinzip der Blockfreiheit.

Imperialisten raffen Gold

Fortsetzung

Woods konnten die USA aufgrund ihrer Vormachtstellung und ihres Goldmonopols die anderen Währungen an ihre fest binden. Der Dollar war wiederum ans Gold gebunden. Die politischen Veränderungen in der Welt und die wirtschaftliche Krise der Imperialisten führten zur ersten Dollar-Krise. Trotz einer Abwertung des Dollars gegen das Gold konnten die USA den Goldpreis nicht weiter unten halten. Der Preis wurde gespalten in einen offiziellen für den Verkehr zwischen den Zentralbanken und einen Marktpreis. Die Währungskrise 1971 machte die Aufhebung der Goldeinlösepflicht der USA gegen Dollars notwendig. Der offizielle Goldpreis blieb noch bestehen, aber das Gold lag weitgehend fest, weil keine Zentralbank Gold abgab zu einem Preis, der ein Drittel bis ein Fünftel des Marktpreises war. Jetzt ist der offizielle Preis beseitigt und das Gold damit für Transaktionen frei. Keine Währung ist mehr direkt ans Gold gebunden. Um so mehr werden es die Imperialisten für ihre Betrugs- und Erpressungsmanöver untereinander und gegen die Dritte Welt einsetzen. Mit dem Ende jeder offiziellen Bindung ans Gold – wie noch im Bretton-Woods-System – ist das Währungssystem noch anfälliger geworden. Die Bedeutung des Goldes wird daher zunehmen.

Seit Jahresbeginn fällt der Dollar-Kurs, Italien mußte seine Devisenbörsen schließen, Frankreich „dementiert hartnäckig" eine Abwertung des Franc. Italien muß Bittgänge um Kredite in den USA, der BRD und beim Währungsfonds machen. Die BRD will sich bei einem neuerlichen Kredit an Italien wieder Gold als Pfand geben lassen. Bewertet zu 100 Dollar die Unze, was bei einem derzeitigen Preis von 124 Dollar ein großartiges Geschäft ist. Wie jetzt bekannt wurde, mußte Portugal seine letzten Reserven angreifen und 4 Tonnen Gold verkaufen. Dies sei ein „Versuch" gewesen, erklärte seine Regierung. Im „Blick durch die Wirtschaft" stand dazu zu lesen: „Portugal droht Zahlungsunfähigkeit. Es hängt alles von der Arbeitswilligkeit des Volkes ab. Die jetzige Regierung weiß auch, daß sie handeln muß."

Die Imperialisten werden wie Bluthunde hinter dem Gold her sein und es für ihre Verbrechen einsetzen. – (fb)

Keine politischen Gefangenen in der Sowjetunion?

Bürgerliche Heuchelei der Sozialimperialisten

Der erste stellvertretende Justizminister der UdSSR hat in einem von der DKP-Zeitung „UZ" am 14. Januar abgedruckten Interview die Behauptung aufgestellt, in der Sowjetunion gebe es keine politischen Gefangenen. Das ist die Heuchelei eines bürgerlichen Politikers, der die Herrschaft der imperialistischen Ausbeuterklasse als Herrschaft des ganzen Volkes bezeichnet und Gegner der Ausbeuterherrschaft nicht als politische Feinde behandelt, sondern als Kriminelle abzustempeln versucht.

Die russische Arbeiterklasse hatte 1917 kaum die Macht erobert, da ertönte aus den Zeitungen und Parlamenten der europäischen und amerikanischen Bourgeoisie einhellig der Schrei über fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte durch die Bolschewiki. Die Großgrundbesitzer wurden von ihren Gütern vertrieben, auf denen sie jahrzehntelang die Bauern gepeinigt und ausgebeutet hatten. Manche von ihnen wurden durch wütende Bauern erschlagen: Verletzung des Rechts auf Leben, empörte sich die Bourgeoisie. – Reiche Zeitungsverleger, die eben noch gegen die arbeitenden Massen hatten hetzen lassen, sahen plötzlich ihre Zeitungen enteignet und fanden sich hinter Gittern wieder: Verletzung der Pressefreiheit, ging das wütende Gezeter! – Die Reichen wurden aus ihren Villen und Palästen vertrieben, um Platz für Versammlungsräume, für Schulen, Kindergärten und Obdachlose zu schaffen: Verletzung des Rechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung und menschliche Würde, erschallte es im Chor. – Und als dann gar das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben und die Kapitalisten entschädigungslos enteignet wurden, einschließlich der ausländischen Banken, da waren die heiligen Menschenrechte in ihrem Kern, dem Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln, betroffen, und es gab erst recht keine Ruhe mehr.

Die proletarische Diktatur bekennt sich zur Unterdrückung ihrer Feinde

Lenin hat damals auf das Geschrei der Bourgeoisie geantwortet: „Die Sache ist einfach die, daß der bürgerliche Staat, der die Diktatur der Bourgeoisie vermittels der demokratischen Republik ausübt, vor dem Volk nicht zugeben kann, daß er der Bourgeoisie dient, er kann die Wahrheit nichtsagen, er ist zu heucheln gezwungen. Ein Staat vom Typus der (Pariser) Kommune aber, der Sowjetstaat, sagt dem Volk offen und unumwunden die **Wahrheit** und erklärt ihm, daß er die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft ist." (Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. Lenin Werke Band 28, Seite 303) Und zwar Diktatur über die Ausbeuterklassen: „Wenn ihr Ausbeuter versuchen solltet, unserer proletarischen Revolution Widerstand zu leisten, so werden wir euch erbarmungslos niederschlagen, werden euch entrechten, mehr noch: Wir werden euch kein Brot geben, denn in unserer proletarischen Republik werden die Ausbeuter rechtlos sein, Feuer und Wasser werden ihnen entzogen werden." (Ebenda, Seite 280) So trat Lenin den Vorwürfen entgegen, die proletarische Revolution und der Sowjetstaat verletzten die Menschenrechte.

Gegenwärtig führen die westeuropäische und die amerikanische Bourgeoisie ebenfalls lebhafte Angriffe auf die Sowjetunion wegen Verletzung der Menschenrechte. Wie aber ist die Antwort? Der Erste stellvertretende Justizminister der UdSSR, Alexander Sucharjew, antwortet auf die Frage nach Bestrafungen „aus politischen und religiösen Beweggründen": „Bei uns gibt es den Begriff ‚politische Häftlinge' gar nicht. Unsere Gesetzbücher enthalten einen Teil über Staatsverbrechen, d.h. solche, die darauf abzielen, die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben oder zu schwächen. Das sind Landesverrat, Spionage, Terrorakte und Diversion sowie eine verleumderische, subversive Propaganda. In diesem Sinne hat auch die Handlungsweise mancher Personen, die heutzutage wegen einer verbrecherischen Betätigung, namentlich wegen Agitation und Propaganda zur Untergrabung der bestehenden Ordnung belangt werden müssen, selbstverständlich eine politische Färbung. Dennoch werden sie nicht als ‚Andersdenkende' bestraft. Sie werden – ich betone es – für konkrete staatsfeindliche Akte zur Verantwortung gezogen, dafür, daß sie sich bewußt und freiwillig zu Helfershelfern ausländischer Wühlzentren hergeben." Die „UZ" betitelt diesen Abschnitt noch eine Spur pfäffischer als der Justizminister: „Politische Häftlinge gibt es nicht".

Mit anderen Worten: In der Sowjetunion gibt es nach Auskunft ihres ersten stellvertretenden Justizministers keine politischen Gefangenen, sondern ausschließlich Kriminalfälle – einige davon mit „politischer Färbung". Im übrigen aber sei die Gesinnung frei, und niemand würde wegen seiner Gesinnung verfolgt. – Man meint den westdeutschen Innenminister Maihofer zu hören, der ja auch – allen gefangen gehaltenen Revolutionären zum Trotz – immer wieder behauptet, politische Gefangene, das gäbe es in der Bundesrepublik nicht, sondern nur Kriminalfälle. Das Heucheln gehört für jede bürgerliche Regierung zum Geschäft. Und die Auskunft, die der sowjetische Justizminister gegeben hat, wird man von jeder anderen bürgerlichen Regierung in diesen oder ähnlichen Worten ebenfalls hören können. Auch der General Pinochet in Chile erklärt: Was wir gefangenhalten, sind Kriminelle, und im übrigen wird die reine Gesinnung nicht bestraft.

Wie sollte im übrigen die vom sowjetischen Justizminister so gelobte Straffreiheit für Gesinnungen auch eingeschränkt werden. Schon die deutschen Kleinbürger und Spießer, als sie sich noch unter das Joch der Könige und Fürsten beugten, wußten: „Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten!" D.h. solange Gedanken und Anschauungen sich nicht äußern, sind sie freilich unbestrafbar, aber sie sind eben auch unwirksam wie ein Tagtraum. Darum gibt es Leute, die ausschließlich wegen ihrer Gesinnung bestraft werden und nicht etwa wegen Äußerung dieser Gesinnung, in keinem Land der Erde.

Die Äußerung von Gesinnungen und Anschauungen jedoch, die kann einen in der Sowjetunion sehr schnell hinter Gitter bringen: „Agitation und Propaganda zur Untergrabung der bestehenden Ordnung" nennt der Minister das wie alle seine bürgerlichen Fachkollegen auch und behandelt es mit ihnen als ein Kriminaldelikt. Bestünde in der Sowjetunion noch die proletarische Diktatur, der Minister würde sagen: „Selbstverständlich gibt es bei uns politische Häftlinge. Die Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe sind ja noch keineswegs überwunden. Bürgerliche Strömungen und bewußte Konterrevolutionäre gibt es und wird es noch per lange über die ganze historische Periode hin zur klassenlosen Gesellschaft. Geändert hat sich aber, daß die Arbeiterklasse heute die Macht ausübt, und diese Macht gebraucht sie: Früher wurden die Vorkämpfer der Arbeiterklasse eingesperrt, heute bekämpfen wir mit Hilfe des proletarischen Staates die bewußten Konterrevolutionäre, unterdrücken sie und machen sie unschädlich. Und das geschieht auch keineswegs heimlich, sondern in aller Offenheit unter Einbeziehung der breiten Volksmassen. Diese lernen immer besser ihre Feinde zu erkennen, zu kritisieren, und Volksgerichte sind es, welche die Strafen festlegen."

Bürgerliche Heuchelei führt dazu, die Feinde der Ausbeuterherrschaft als Untermenschen zu behandeln

So etwa würde der Minister sprechen, wenn er Vertreter eines sozialistischen Staates wäre. Aber das ist er nicht. Er ist Minister einer bürgerlichen Regierung im sozialimperialistischen Staat, und sein Geschäft ist die Unterdrückung nicht der Ausbeuter, sondern der Volksmassen. Wie überall, wo eine Minderheit bürgerlicher Ausbeuter im Namen des Volkes das Volk beherrscht und unterdrückt, ist Heuchelei Inbegriff der Regierungskunst. Die bürgerlichen Machthaber in der Sowjetunion können ihre Gegner nicht mit Hilfe der Volksmassen und durch die Volksmassen bekämpfen. Sie müssen vielmehr versuchen, sie vom Volk zu isolieren und sie heimlich durch ihre Staatsorgane ausschalten zu lassen. Dabei bezeichnen sie ihre politischen Gegner als gewöhnliche Kriminelle oder behandeln sie gar als Geisteskranke und versuchen so, sie aus der menschlichen Gesellschaft überhaupt auszustoßen. Das liegt auf einer Linie mit der Vernichtung „lebensunwerten Lebens" durch die Faschisten.

Die proletarische Diktatur, die sich offen zur Bekämpfung ihrer Feinde bekennt, macht nicht nur die bürgerliche Heuchelei nicht mit. Indem sie die Heuchelei verschmäht, weist sie auch die damit verbundene tatsächliche Unmenschlichkeit zurück, ihre Feinde als Untermenschen zu behandeln. Gerade indem sie den Klassenkampf mit Schärfe und Offenheit fortführt, behandelt sie ihre Feinde als ernstzunehmende Mitglieder der menschlichen Gesellschaft und nicht etwa als Geisteskranke und Verrückte. Die Verfassung der Volksrepublik China legt fest: „Der Staat entzieht, dem Gesetz entsprechend, den Grundherren, Großbauern, reaktionären Kapitalisten und anderen üblen Elementen für eine bestimmte Zeit die politischen Rechte und ermöglicht ihnen zugleich die weitere Existenz, damit sie durch Arbeit zu Bürgern umerzogen werden, die die Gesetze einhalten und von ihrer Hände Arbeit leben."

Die proletarische Diktatur ist die Organisierung der breiten Volksmassen zwecks Unterdrückung ihrer Feinde. Das Volk organisiert sich demokratisch und genießt alle Rechte und nicht etwa nur der vom sowjetischen Oberbüttel so gelobte Gedankenfreiheit für den gedrückten Spießer. Natürlich genießt das Volk in einem Staat der Arbeiterklasse u.a. auch das Recht auf öffentliche Äußerung seiner Auffassungen, auf Meinungsfreiheit. In der Verfassung der Volksrepublik China heißt es: „Freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprachen, große Debatten und Dazibaos (Wandzeitungen) sind eine neue Form, geschaffen von den Volksmassen für die Durchführung der sozialistischen Revolution. Der Staat garantiert den Volksmassen das Recht, diese Form anzuwenden zur Schaffung einer Situation, in der sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl der einheitliche Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind, was dazu beitragen soll, die Führung des Staates durch die Kommunistische Partei Chinas und die Diktatur des Proletariats zu festigen." Das Volk braucht all diese Rechte, da es sonst die Herrschaft über die Ausbeuterklassen und über bürgerliche Strömungen umfassend ausüben kann. Umfassende Rechte für das Volk sind unerläßliche Voraussetzung für die Festigung der proletarischen Diktatur. Gerade der proletarische Staat garantiert diese Rechte, weil das Volk sie benötigt, um jederzeit den Kampf auch gegen „bürgerliche und verbürgerlichte Elemente im Apparat der proletarischen Macht- und Verwaltungsorgane" führen zu können (KBW-Programm).

Die proletarische Diktatur wird also gerade nicht durch besondere Staatsorgane, durch Polizei, Zensur, Gefängnisse die Kritik ausschalten und zu unterbinden versuchen und denjenigen, der die Kritik führt, in Gefängnisse und Irrenanstalten sperren. Im Staat der Arbeiterklasse sind es die politisch organisierten Volksmassen selber, die ihr Urteil über die vorgebrachten Ansichten bilden. Es ist gerade umgekehrt wie unter der bürgerlichen Diktatur, wo von Staats wegen die Meinungsfreiheit beschnitten und der Kritiker an der bürgerlichen Herrschaft normalerweise gerade dann eingesperrt wird, wenn die breiten Volksmassen der Kritik zustimmen.

Solche bürgerlichen Rechts- und Gewaltverhältnisse herrschen heute in der Sowjetunion, und die bürgerliche Klasse, die dort ihre Diktatur aufgerichtet hat, übt ihre Herrschaft über das Volk besonders brutal und zügellos aus. Sie fürchtet die Volksmassen, die sie betrogen hat, und sie fürchtet die Revolution, auf die die Sowjetunion ursprünglich begründet war, wie die Sünde. Ihr Oberbüttel von Justizministern ist sich deshalb gezwungen, Heuchelei und dreiste Lüge ziemlich weit zu treiben. – **(wm)**

Der Bürgerkrieg kann die Probleme Angolas nicht lösen

Nach übereinstimmenden Berichten nähert sich die gegenwärtige Phase des Bürgerkriegs in Angola ihrem Ende. Im Norden ist die FNLA durch die MPLA geschlagen worden und im Süden befindet sich die MPLA auf dem Vormarsch gegen die Hauptstadt der verbündeten FNLA-Unita-Kräfte. Die Unita hat ihr Hauptquartier bereits nach Serpa Pinto weit in den Süden des Landes verlegen müssen

Wird ein militärischer Sieg der MPLA über die beiden anderen Befreiungsorganisationen die gegenwärtigen Probleme Angolas lösen und dem Volk von Angola das Tor aufstoßen zu einer unabhängigen nationalen Ordnung? Diese Frage wird auch in Westdeutschland von allen aufgeworfen, die für den Unabhängigkeitskampf des angolanischen Volkes eingetreten sind und weiter eintreten.

Um diese Frage zu untersuchen, muß der Charakter des Bürgerkriegs untersucht werden. Dieser Bürgerkrieg ist vor allem die Frucht der äußeren Einmischung. Schon immer hatten die drei Befreiungsorganisationen untereinander Differenzen. Doch immer wieder haben sie Bemühungen unternommen, diese Differenzen beizulegen. Nur durch ihre Einigung ist es ihnen gelungen, den portugiesischen Kolonialismus im Vertrag von Alvor zur Übergabe der politischen Macht an das angolanische Volk zu zwingen.

Das angolanische Volk hat aber mehrere Feinde und der Sieg über den portugiesischen Kolonialismus hat diese Feinde nur veranlaßt, ihre Methoden zu wechseln. Das haben sie getan. Nach dem Sieg des angolanischen Volkes über den portugiesischen Kolonialismus hatten die beiden Supermächte keine andere Möglichkeit, das angolanische Volk in ihre jeweilige Abhängigkeit zu bringen, als das Volk zu spalten, die Befreiungsorganisationen aufeinander zu hetzen.

Das haben sie getan, alle voran der Sozialimperialismus, der in Angola erst Fuß fassen muß, während die USA und die westeuropäischen Imperialisten darauf setzen konnten, daß sie durch ihre ökonomischen Machtpositionen auch ihren politischen Einfluß zurückerlangen könnten. Der Bürgerkrieg kann nicht die Unabhängigkeit des angolanischen Volkes stärken. Wie die gestärkt werden kann, das hat der Zusammenschluß gegen den portugiesischen Kolonialismus gezeigt. Durch die Spaltung des Volkes kann der Bürgerkrieg nur in Abhängigkeit führen. Bürgerkrieg ist dieser Krieg nur insofern, als das angolanische Volk in diesem Krieg blutet. Ein Krieg der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten ist er, weil er durch sie angezettelt worden ist, durch ihre Waffenlieferungen aufrechterhalten wird und teilweise direkt durch ihre bewaffneten Kräfte geführt wird. Wie soll ein solcher Krieg die Probleme des angolanischen Volkes lösen?

Wenn die MPLA jetzt die beiden anderen Befreiungsorganisationen schlagen können sollte, dann wird sich rasch zeigen, daß dieser Sieg für das angolanische Volk kein Problem gelöst, sondern neue geschaffen haben wird. Die geschlagenen Organisationen werden den Kampf nicht einstellen und werden leicht in weitere Abhängigkeit von den USA, Südafrika und den europäischen Imperialisten geraten. Die Teile des angolanischen Volkes, auf die sich Unita und FNLA stützen, befinden sich auf der Flucht, sie werden verbittert sein. Die Widersprüche, die die Supermächte für ihre Einmischung nutzen konnten, werden fortexistieren und um so schwerer zu lösen sein.

Die Sowjetunion aber, als der eigentliche Sieger des Bürgerkrieges, wird über die MPLA dem angolanischen Volk die Rechnung aufmachen. Sie wird Stützpunkte fordern, wie sie es bereits in Mozambique getan hat. Dort ist sie abgeblitzt. Wird die MPLA in der Lage sein, die Sowjetunion in der gleichen Weise abblitzen zu lassen? Sie wird versuchen, aus den Erfordernissen des Wiederaufbaus des zerstörten Landes und des Aufbaus der Ökonomie ihren Gewinn zu ziehen. Wird die MPLA das verhindern können?

Die Probleme Angolas vor dem Bürgerkrieg waren: die Ausbeutung und Unterdrückung durch Kolonialismus und Imperialismus, die Einmischung der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft, für die Angola wegen seines Reichtums und seiner Lage einige Bedeutung hat. Durch den Bürgerkrieg kann das angolanische Volk diese Probleme niemals lösen, sondern nur durch den vereinten Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Diese Wahrheit wird um so deutlicher hervortreten, wenn es der MPLA gelingen sollte, die jetzige Phase des Bürgerkrieges mit einem militärischen Sieg zu beenden.

Die Kraft, die imperialistischen Monopole zu enteignen, wird sie nicht haben. „Die Männer der MPLA wissen denn auch, daß wir ‚äußerst pragmatisch und praktisch sein müssen' (Arlindo Barbeitos, MPLA). Wir könnten es uns gar nicht erlauben, etwa die ausländischen Firmen zu verstaatlichen." (Der Spiegel 5/75) Tatsächlich haben Konzerne wie Gulf-Oil und Diamang weitgehend weiterproduziert und sogar Abgaben an die MPLA bezahlt. Die ausländischen Monopole werden also im Land bleiben. Der Sieg über die anderen beiden Befreiungsorganisationen wird ein Sieg über den Imperialismus gefeiert werden. Zu den imperialistischen Monopolen hinzugekommen sind jedoch durch den Bürgerkrieg die Sozialimperialisten, die kein Mittel scheuen werden, um sich einzunisten. Davon können viele Länder der Dritten Welt ein Lied singen, zum Beispiel die Ägypter oder Inder.

Es wird jetzt in Westdeutschland viele Kräfte geben, die einen anscheinend bevorstehenden militärischen Sieg der MPLA in der jetzigen Phase des Bürgerkriegs als Triumph feiern werden. Wir sind hier anderer Ansicht. Wir sind aber auch sicher, daß das angolanische Volk, das den portugiesischen Kolonialismus geschlagen hat, sich schließlich auch von den beiden Supermächten befreien wird. Die chinesischen Kommunisten, die viel Erfahrung haben im Kampf gegen den Imperialismus und die Supermächte, sagen: Der Befreiungskampf der Völker kennt viele Windungen und Wendungen, auf jeden Fall werden die Völker siegen – **(gs)**

Gruppe Rote Fahne (KPD) befürwortet Stärkung der Bundeswehr

Zwei völlig entgegengesetzte Linien im Kampf gegen das Hegemoniestreben der Supermächte

Die Gruppe Rote Fahne will bekanntlich den BRD-Imperialismus mit der Waffe in der Hand in einem Krieg gegen den Sozialimperialismus „verteidigen". Jetzt ist es auch gerichtsnotorisch. Undementiert konnte die „Frankfurter Rundschau" am 21. Januar in einem Prozeßbericht aus Lüneburg melden: „KPD-Funktionär für Stärkung der Bundeswehr". Dies war der „Frankfurter Rundschau" eine Schlagzeile wert.

In Lüneburg hat der Staatsanwalt den früheren Bundeswehrgefreiten Klaus Oellerer vor Gericht gezerrt und ihm vorgeworfen, Flugblätter verteilt zu haben mit dem Ziel, „die Bundeswehr als Organ zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland zu zersetzen." Diese Flugblätter waren 1973 im Rahmen der Kampagne der Gruppe Rote Fahne „Kampf dem BRD-Imperialismus und -Militarismus" verteilt worden. Die Gruppe Rote Fahne hat dem Gericht jetzt durch einen Beauftragten darlegen lassen, daß sie nichts dergleichen mehr im Sinn hat.

Die „Frankfurter Rundschau" berichtet:

> Bei dem Prozeß, der in einer von Polizeibeamten streng bewachten und mit Stacheldraht abgeriegelten Turnhalle in Wendisch-Evern bei Lüneburg stattfindet, erklärte der als Zeuge geladene Vorsitzende des KPD-Regionalkomitees Wasserkante, Ulrich Lenze, seine Partei trete für eine starke und schlagkräftige Bundeswehr ein, die bereit sei, ‚unser Land entschlossen zu verteidigen und sich nicht beim ersten Schuß in die Hecken zu verdrücken'. Bei einem Überfall der Bundesrepublik durch die ‚sozialimperialistischen Mächte' (gemeint waren die UdSSR und die DDR) könne man sich nicht einfach unter den Atomblock der Supermacht USA stellen. Wichtiger sei vielmehr, für eine bessere Waffenausbildung der Bundeswehrsoldaten einzutreten und ein gemeinsames Verteidigungskonzept der europäischen Staaten zu schaffen. Aus diesen Gründen wolle die KPD keineswegs die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr zersetzen, sie wolle sie vielmehr stärken."

Für den regelmäßigen Leser der „Roten Fahne" besteht kein Anlaß, an dem Kern des Berichts der „Frankfurter Rundschau" zu zweifeln. So ähnlich wird Lenze aufgetreten sein. Welches Vertrauensverhältnis Leitungsmitglieder der Gruppe Rote Fahne inzwischen zum imperialistischen Staat und seinen Organen entwickelt haben, läßt sich auch daraus ersehen, daß Lenze vor Gericht offensichtlich bereitwillig über nichtöffentliche innerorganisatorische und personale Angelegenheiten der Organisation geplaudert hat. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet:

> „Lenze betonte, Oellerer, den er seinerzeit als ‚Parteiinstrukteur' beraten habe, sei kein Mitgied, sondern ‚aktiver Sympathisant' der KPD."

In einem eigenen Bericht über den Prozeß gegen Klaus Oellerer schreibt die „Rote Fahne": „Sie (die Zeugen) stellten klar heraus, daß es gerade die Bundeswehrführung ist, die durch die Unterdrückung der Soldaten und die schlechte militärische Ausbildung im höchsten Maße die Verteidigungsbereitschaft der Soldaten zersetzt, die angesichts der Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus notwendig ist." Schau an, die Bundeswehrführung ist selber daran schuld, daß die Masse der Soldaten keine Begeisterung dafür aufbringen, den BRD-Imperialismus gegen den Sozialimperialismus zu verteidigen. Das kann nur so verstanden werden: die Bundeswehrführung sabotiert willkürlich das Bündnis der Soldaten mit dem BRD-Imperialismus.

Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen: In Wirklichkeit kann die Bourgeoisie die Arbeiterklasse und die Volksmassen stets nur durch Betrug und Unterdrückung dazu bringen, unter dem Schlagwort der Vaterlandsverteidigung die Knochen hinzuhalten für den Imperialismus. Das liegt daran, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen, aller Produktionsmittel beraubt, ausgebeutet und unterdrückt, solange nichts zu verteidigen haben wie die Bourgeoisie durch ihre Diktatur den Monopolkapitalismus und den Imperialismus aufrechterhalten kann. Nicht die Bundeswehrführung zersetzt durch Unterdrückung und schlechte militärische Ausbildung die Verteidigungsbereitschaft der Soldaten, sondern unter der Diktatur der Bourgeoisie kann die „Verteidigungsbereitschaft" der Soldaten nur durch Unterdrückung aufrechterhalten werden.

Ein Interview in der „Frankfurter Rundschau"

Die militärische Ausbildung richtet sich nach den Bedürfnissen der Bourgeoisie, den imperialistischen Krieg vorzubereiten und den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu führen. Die Zersetzung dieser Armee, in der die Ausgebeuteten und Unterdrückten durch das Kommando der Bourgeoisie gezwungen werden sollen, die Interessen der Ausbeuter und Unterdrücker mit Waffengewalt gegen das eigene Volk und gegen fremde Völker zu verfechten, besteht darin, daß sich die Soldaten dieser Tatsache und des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat bewußt werden. Purer Idealismus ist es, die Zersetzung der Armee aus der Unterdrückung durch die Bundeswehrführung zu erklären, während in Wirklichkeit nur die Unterdrückung durch die Bourgeoisie die Zersetzung der Armee und ihr Zerbrechen aufhalten und erschweren kann. Idealismus im Dienste der Bourgeoisie ist es, wenn die Gruppe Rote Fahne rät, im Interesse der notwendigen Verteidigungsbereitschaft in der Unterdrückung nachzulassen. Das ist die berüchtigte „Demokratisierung" der imperialistischen Armee, die die Revisionisten zum Programm erhoben haben.

Daß die politische Linie der Gruppe Rote Fahne im Verrat an der proletarischen Revolution besteht, zeigt auch ein Interview mit Ulrich Lenze, besagter Regionalbeauftragter und ZK-Mitglied, durch das die „Frankfurter Rundschau" ihrer politischen Entdeckung auf der Spur blieb. Sie berichtet, daß die Bundeswehr „nach Meinung der KPD (statt bekämpft zu werden) vielmehr als ‚Abwehrbollwerk gegen den Sozialimperialismus der Sowjetunion' unterstützt und gestärkt werden" solle. Die Frage des Klassencharakters der herrschenden Ordnung und die Frage der Staatsmacht spielt in diesem Interview an keiner Stelle eine Rolle. Lenze führt dort aus:

> „Es geht nicht um eine Verstärkung der Bundeswehr, so wie sie heute konzipiert ist." Die Bundeswehr soll also neu konzipiert werden. Mit dieser Aufgabe ist auch die Bourgeoisie beschäftigt. Lenze weiter: „Wir sind für die Stärkung der Verteidigungskraft im einzig möglichen Sinne: der Einheit und der Unabhängigkeit der europäischen Staaten und Völker gegenüber den Supermächten, den beiden Hauptkriegstreibern in der Welt."

Für die Einheit der europäischen Staaten ist auch die westdeutsche Monopolbourgeoisie, wobei sie sich denkt, diese Einheit unter ihrer Knute und Vorherrschaft herzustellen. Für die Einheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker muß man sein. Sie kann nur erreicht werden, wenn sich die Völker gegen die herrschende Monopolbourgeoisie erheben, um die Staaten der Diktatur der Bourgeoisie durch Staaten der Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Dabei ist es notwendig, den US-Imperialismus aus Westeuropa zu vertreiben, wie die Völker Osteuropas den Sozialimperialismus vertreiben müssen. Es ist notwendig zu verhindern, daß jeweils Vorherrschaft und Einfluß der einen Supermacht durch Vorherrschaft und Einfluß der anderen Supermacht abgelöst wird. Niemals werden die Völker Europas dieses Ziel durch einen Zusammenschluß der imperialistischen Staaten Europas erreichen und indem sie die Frage der Revolution umschiffen. Darauf aber laufen die Ratschläge der Gruppe Rote Fahne hinaus. Am Ende des Interviews fragt der Journalist der „Frankfurter Rundschau":

> „Wie soll denn eine Bundeswehr nach den Vorstellungen der KPD aussehen?" Lenze antwortet: „Kurzfristig muß man alles tun, um die Schmidt-Regierung im Sinne einer antihegemonialen, unabhängigen Politik und des Zusammenschlusses mit den europäischen Staaten und der Dritten Welt unter Druck zu setzen. Gegen die politische Unterdrückung, den Abbau der demokratischen Rechte muß gerade auch in der Armee gekämpft werden. Konsequent aber kann die Verteidigung unseres Landes niemals durch die Bourgeoisie gewährleistet werden. Sie hat nur allzu oft gezeigt, daß sie nicht fähig und willens ist, die Interessen der Nation zu verteidigen. Nur die selbständige Bewaffnung der Arbeiterklasse und des Volkes, der Aufbau einer Volksbefreiungsarmee nach dem Vorbild des chinesischen und albanischen Volkes werden unser Land entschlossen verteidigen, mit dem Ziel eines unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschlands."

Man kann nicht sagen, daß man die Schmidt-Regierung unter Druck setzen müsse, um Beziehungen zu den europäischen Staaten zu knüpfen und zu den Ländern der Dritten Welt. Sie macht das schon von allein. Nur hat das nichts mit antihegemonialen Bestrebungen zu tun, sondern mit den Bestrebungen einer imperialistischen Macht, deren Stärke trotz ihrer bedeutenden Unterlegenheit gegenüber den beiden Supermächten in den letzten Jahren relativ gewachsen ist. Diese Bestrebungen zielen selber auf Expansion und auf Hegemonie in bestimmten Bereichen der Welt, so vor allem in Europa selber. Gegen fremde Hegemonie wehrt sich der BRD-Imperialismus allemal so gut er halt kann. Er tut dies aus eigenen imperialistischen Interessen. Eine antihegemoniale Politik wird der BRD-Imperialismus niemals betreiben. Der Druck der Massen kann einzelne Maßnahmen des BRD-Imperialismus verhindern und bestimmte Handlungen der Regierung erzwingen. Die Richtung der Politik des BRD-Imperialismus kann er nicht ändern. Kurzfristig ist deshalb die Politik der Gruppe Rote Fahne illusionär. Was sie langfristig vorschlägt ist abstrus. Wie soll das Volk eine Volksbefreiungsarmee nach dem Vorbild des chinesischen und albanischen Volkes aufbauen, ohne befreite Gebiete zu schaffen, auf denen diese Volksbefreiungsarmee die Volksmacht garantiert? Wie soll das gehen, ohne zunächst den Kampf gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie und den US-Imperialismus zu führen? Darüber schweigt sich die Gruppe Rote Fahne aus, denn sie will die Frage der Staatsmacht und die Revolution umschiffen.

Nimmt man die Äußerungen Lenzes ernst, dann können sie nur darauf hinauslaufen, daß diese „Volksbefreiungsarmee" unter Duldung der westdeutschen Monopolbourgeoisie und des US-Imperialismus aufgebaut wird und in Westdeutschland Bereitstellungsräume bezieht, für die Befreiung der DDR vom Sozialimperialismus. Warum fordert die Gruppe Rote Fahne nicht gleich von der NATO die Aufstellung von Freiwilligenverbänden? Die entsprechende Einstellung zur Bourgeoisie ist bereits vorhanden. Es wird ihr vorgeworfen, nicht „fähig und willens" zu sein, die Interessen der Nation zu verteidigen. Die Bourgeoisie wird über solche Kritik schmunzeln, denn die Nation ins Unheil eines imperialistischen Krieges zu führen, dazu ist sie sowohl fähig als auch willens, solange ihre Ausbeuterordnung herrscht. Was schert sie eine Kritik, über die sie erhaben ist?

Insofern hat die „Frankfurter Rundschau durchaus recht, wenn sie von einem „bei Kommunisten erstaunlichen Meinungswechsel" spricht. An die Stelle der proletarischen Revolution in Westdeutschland hat die Gruppe Rote Fahne den Volksbefreiungskrieg gegen den Sozialimperialismus gesetzt, wobei dies unter gegebenen Umständen in Westdeutschland darauf hinausläuft, die imperialistische BRD als Basis und den US-Imperialismus als Verbündeten dieses Volksbefreiungskrieges zu nehmen. Nur so ist es auch verständlich, daß die Gruppe Rote Fahne sich zum Ziel setzt: „Wir erziehen die Volksmassen also im praktischen Kampf, daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können, so verhaßt der US-Imperialismus ihnen auch ist . . ." (Rote Fahne Nr. 28/75)

Erst recht können die Volksmassen dann natürlich die proletarische Revolution nicht ehrlich wollen, denn die geht unvermeidlich über die Zerschlagung der bürgerlichen Armee, die die Gruppe Rote Fahne stärken will, und über den Zusammenstoß mit den US-Truppen, deren Vertreibung die Volksmassen „nicht ehrlich wollen können". Statt die Bedrohung durch die Kriegsgefahr, die vor allem von der Rivalität der beiden Supermächte ausgeht, als Beweis für die Dringlichkeit der proletarischen Revolution zu werten, die allein den Krieg verhindern kann, statt so die Arbeiterklasse darauf vorzubereiten, daß sie den Krieg, wenn er nicht verhindert werden kann, für die Revolution nützt, verrät die Gruppe Rote Fahne die proletarische Revolution und propagiert einen „Volksbefreiungskrieg" unter der Ägide des BRD-Imperialismus und mit dem US-Imperialismus im Nacken.

Hier ist sie gelandet, weil sie sich völlig unfähig erweist, die Generallinie der Kommunistischen Weltbewegung auf die konkrete Situation in Westdeutschland anzuwenden und damit den notwendigen Beitrag der westdeutschen Arbeiterklasse im weltweiten Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte führend vorzubereiten: die proletarische Revolution, der der Kampf um Demokratie untergeordnet ist und dient. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr ist aber nichts anderes als Teil des Kampfes um Demokratie. Die Forderung nach Volksbewaffnung und ihre Verwirklichung, die sich unter den gegebenen Umständen in Westdeutschland nur gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie und den US-Imperialismus richten kann, wird als politischer Bestandteil der proletarischen Revolution das saftige Westdeutschland für die Supermächte zu einem ungenießbaren Brocken machen.

Eine wichtige Korrektur von seiten des Roten Morgen

Die Linie der Vaterlandsverteidigung ist in Westdeutschland erstmals durch die „Kieler Rede" des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) öffentlich propagiert worden. Das war im März 1975. Seitdem wird in der Gruppe Roter Morgen ein heftiger Kampf zweier Linien geführt, der zunächst zu zahlreichen Schwankungen und Unklarheiten in der öffentlichen Darlegung der Politik dieser Organisation geführt hat. Wir haben darauf bereits mit dem Artikel „Verteidigung des BRD-Imperialismus: Gruppe Roter Morgen auf halbem Weg zurück?" in der KVZ vom 22. Mai 1975 aufmerksam gemacht. Die Gruppe Roter Morgen hat jetzt in einer Grußbotschaft ihres Zentralen Komitees in der ersten Nummer des Roten Morgen von diesem Jahr eine wesentliche Korrektur an ihrer politischen Linie vorgenommen. Mit dieser Korrektur hat sie der Linie der Vaterlandsverteidigung eine eindeutige Absage erteilt. Die Gruppe Roter Morgen stellt dort fest, daß der Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse in der Etappe der proletarischen Revolution gegenwärtig die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist und daß die Arbeiterklasse im Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution in erster Linie diesen Feind schlagen muß. Ausgehend von der Tatsache, daß in Westdeutschland die proletarische Revolution historisch auf der Tagesordnung steht, ist auch gar keine andere Bestimmung des Hauptfeindes möglich. Bedeutet diese Korrektur ihrer politischen Linie durch die Gruppe Roter Morgen ein Nachlassen im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte und im Kampf gegen die Kriegsgefahr, die hauptsächlich von den beiden Supermächten ausgeht? Die Gruppe Roter Morgen stellt fest:

„Die Frage des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution in einem Land darf man nicht mit der Frage der Hauptkriegstreiber verwechseln. Im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr müssen natürlich in erster Linie die beiden Supermächte bekämpft werden. Von ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geht gegenwärtig die Hauptkriegsgefahr aus." Unserer Ansicht nach ist das richtig. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte ist Bestandteil des Kampfes um Demokratie. Er wird für das Selbstbestimmungsrecht der Völker geführt unter den Forderungen nach Abzug aller fremden Truppen aus Europa, Auflösung aller fremden Militärstützpunkte, nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen, diesem Druckmittel der Supermächte gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, nach Auflösung aller imperialistischen Bündnissysteme. Arbeiterklasse und Volk in Westdeutschland müssen in diesen Kampf sich einreihen, indem sie im eigenen Land und gegen die eigene Regierung den Austritt aus der NATO, den Abzug aller fremden Truppen, insbesondere der US-Truppen, aus Westdeutschland fordern und die Regierung unter Druck setzen, damit sie in der UNO und in der internationalen Sphäre die Forderungen der Volksrepublik China und anderer Länder nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen unterstützt.

So verstanden ist der Kampf gegen die Kriegsgefahr, der sich vor allem gegen die beiden Supermächte und hier besonders gegen die Sowjetunion als aufstrebende und auf Umverteilung der Welt dringende Supermacht richtet, fester Bestandteil des Kampfes um Demokratie und somit der Vorbereitung der proletarischen Revolution. Unter diesen Forderungen können die Völker der Welt eine breite Einheitsfront gegen Imperialismus und Hegemonismus schließen. Diese Einheitsfront dient der proletarischen Weltrevolution. Dabei dürfen wir nie vergessen, daß die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland nur dann einen nützlichen Beitrag zu dieser Einheitsfront liefern können, wenn sie diese Forderungen konkret so stellen, wie es die Lage in Westdeutschland, einem imperialistischen Staat unter der Herrschaft der Monopolbourgeoisie und im Bündnis mit den USA, erfordert. Nur dann können die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland durch ihr Beispiel den Kampf der Völker ermutigen, insbesondere den Kampf der Völker Osteuropas und nicht zuletzt den Kampf des Sowjetvolkes und der sowjetischen Arbeiterklasse, die einen entscheidenden Beitrag für die Verhinderung des Krieges und für die proletarische Weltrevolution leisten können und leisten werden.

Im ersten Artikel der Kommunistischen Volkszeitung gegen die neu aufkommende Linie der Vaterlandsverteidigung vom 24. April 1975 haben wir geschrieben: „Es wird unbedingt notwendig sein, mit diesen falschen Auffassungen eine gründliche und langandauernde Auseinandersetzung zu führen, da sie auch von anderen Organisationen in Westeuropa geteilt werden." Dieser Meinung sind wir nach wie vor, und wir gehen keineswegs davon aus, daß durch die Linienkorrektur des Roten Morgen diese Auseinandersetzung im wesentlichen beendet ist. Die Linie der Vaterlandsverteidigung hat ihre objektiven Grundlagen: die tatsächliche Bedrohung Europas durch die beiden Supermächte **und** die relative Stärkung des BRD-Imperialismus. Beides schafft Voraussetzungen für sozialchauvinistische Strömungen, die auch in die revolutionäre Bewegung eindringen können und eingedrungen sind. Der Kampf gegen diese Strömungen in der revolutionären Bewegung muß fortgesetzt werden und die Einheit der Marxisten-Leninisten kann nur in diesem Kampf hergestellt werden. Nichts fürchten die Vaterlandsverteidiger so sehr wie Fortschritte auf diesem Weg der Einheit der Marxisten-Leninisten. Das zeigt ihre erbitterte Reaktion auf die Linienkorrektur durch das ZK der Gruppe Roter Morgen.

Voller Wut geifern sie in der Roten Fahne: „Die Linie, die darin (in der Grußbotschaft des ZK der KPD/ML) eingeschlagen wird, ist kurz gesagt eine Linie der Versöhnung mit den neotrotzkistischen Positionen der KBW-Führer vom Schlage Schmierer, Maier und Hager. Schlimmer noch, sie ist eine Linie des Zentrismus, eine Linie, die letztlich auf die Kapitulation vor dem russischen Sozialimperialismus und vor dem modernen Revisionismus hinausläuft." Aber kann denn solches Geschrei darüber hinwegtäuschen, daß gerade die Gruppe Rote Fahne jahrelang gegen die richtige Einschätzung der Sowjetunion als Supermacht Sturm gelaufen hat und neuerdings immer deutlicher dem modernen Revisionismus in der Frage der Staatsmacht und der proletarischen Revolution Zugeständnisse macht, um dem Sozialimperialismus auf dem Boden des Sozialchauvinismus entgegenzutreten?

Mögen Leute wie die Führer der Gruppe Rote Fahne noch so laut von „neotrotzkistischen Positionen" schreien. Weder vergißt man darüber ihre früheren, tatsächlich trotzkistischen Positionen, noch übersieht man deshalb ihre grundsätzlichen Zugeständnisse an den modernen Revisionismus, die sie durch ihre laut verkündete Feindschaft gegen den Sozialimperialismus zu tarnen versuchen. Aber auch im Kampf gegen das Hegemoniestreben der Supermächte und gegen den Sozialimperialismus gibt es zwei völlig entgegengesetzte Linien: die bürgerliche und die proletarische Linie. Die Gruppe Rote Fahne ist ein Vertreter der bürgerlichen Linie innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung. Ihre Feindschaft gegen den Sozialimperialismus geht Hand in Hand mit Zugeständnissen an den BRD-Imperialismus und die andere Supermacht. Es ist nicht die Feindschaft des internationalen Proletariats, sondern die Feindschaft des deutschen Chauvinisten. – **(js)**

Bundesregierung legt Gesetz zur Aufhebung der Berufsschulpflicht vor

Kapitalisten und Staat richten die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes zugrunde

Die Reproduktion der Arbeiterfamilien ist in Westdeutschland nicht mehr gewährleistet. Immer schwieriger wird es für die arbeitende Klasse, ihre Kinder zu unterhalten und aufzuziehen. Seit Jahren stagniert in Westdeutschland die Bevölkerungszahl und wird in den nächsten Jahren sogar zurückgehen. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich jedoch für die verschiedenen Klassen sehr gegensätzliche Erscheinungen. In einer Antwort der Bundesregierung über die „Situation der Kinder in Deutschland" ist zu erfahren: „Die einzige Sozialschicht, die sich hinsichtlich der Kinderwünsche und der Realisierung der gewünschten Kinderzahl . . . deutlich nach oben abhebt, sind die bildungs- und einkommensmäßig in der Spitzengruppe rangierenden, zahlenmäßig allerdings nicht sehr starken Teile der Bevölkerung." Mit anderen Worten: Viele Kinder können sich nur die Reichen leisten.

Nur die Reichen können sich viele Kinder leisten

„Bei Frauen mit mangelnder schulischer Ausbildung, die nicht oder nur mit mangelnder Ausbildung am Berufsleben teilnehmen, ist der stärkste Rückgang des ursprünglich höher liegenden Kinderwunsches nach der Geburt des ersten Kindes zu verzeichnen." Oder wieder im Klartext: Die Arbeiterin muß schnell erkennen, daß Kinder für sie und ihre Familie zu einer unerträglichen Belastung werden. Bekommt sie trotzdem viele Kinder, ist der Weg vorgezeichnet: „Nach bisherigen Untersuchungen ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen in Obdachlosenfamilien erheblich größer als in anderen Familien." Wer unter den Lohnabhängigen viele Kinder hat, für den ist das keine Garantie für wachsenden Wohlstand, sondern Garantie für bitterste Armut. Es ist das der sicherste Beleg dafür, daß Aufzucht und Erziehung der Kinder den Familien der Lohnabhängigen über den Kopf gewachsen und zu gesellschaftlichen Aufgaben geworden sind. Die Ursachen dafür liegen in der kapitalistischen Produktionsweise und ihren Folgen selber.

Von 1961 bis 1971 ist die Zahl der Erwerbstätigen unter den Frauen insgesamt um 2 Prozent gesunken. Die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen aber nahm stark zu um 21 Prozent auf 35,9 Prozent. Man kann als sicher annehmen, daß darin zum Ausdruck kommt, daß für eine wachsende Zahl von Familien der Lohn des Mannes nicht mehr ausreichte, die Familie zu versorgen. Daß es also im wesentlichen die Frauen von Arbeitern und kleinen Angestellten waren, die gezwungen wurden, Lohnarbeit aufzunehmen. Dasselbe gilt für die verheirateten Mütter mit Kindern unter 15 Jahren: Rund ein Drittel von ihnen war 1971 berufstätig und unter ihnen sind mit Sicherheit die Arbeiterinnen bzw. die Frauen von Arbeitern in der Mehrheit.

Aber nicht nur die Frauenarbeit macht es für die Arbeiterfamilie immer unmöglicher, Aufzucht und Erziehung der Kinder sicherzustellen. Durchschnitten ist auch häufig der Zusammenhang mehrerer Generationen, so daß die Großeltern immer seltener noch Erziehungsaufgaben wahrnehmen können. 2,6 Millionen Menschen, das sind gut 4 Prozent der Wohnbevölkerung, haben 1971 den Wohnort wechseln und auf der Suche nach dem Arbeitsplatz dem Kapital folgen müssen. Statistisch gesehen bedeutet das, daß alle 25 Jahre – also in einem geringeren Zeitraum als die Arbeitsdauer einer Generation umfaßt – die gesamte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik einmal umgewälzt wird. (Angaben aus: Basisdaten, Verlag Neue Gesellschaft)

Der staatliche Gewaltapparat als Volkserzieher

Diese Tatsachen zwingen auch die bürgerliche Gesellschaft dazu – entgegen ihrer Ideologie von der Verantwortung des einzelnen - anzuerkennen, daß die Erziehung der Kinder weitgehend zu einer gesellschaftlichen Aufgabe geworden ist. Die bürgerliche Klasse erkennt es an, indem der Staat, ihr Gewaltorgan über die Gesellschaft, sich in wachsendem Umfang der Erziehung der Kinder des Volkes bemächtigt. Bemächtigt, das ist wörtlich zu verstehen. Nicht nur die Schulpflicht ist eine Einrichtung, die gegebenenfalls von der Polizei durchgesetzt wird, um die Kinder des Volkes in die vom bürgerlichen Staat beaufsichtigten Schulen zu zwingen.

Gegenüber der Jugend der arbeitenden Klassen reicht die Bemächtigung durch den bürgerlichen Staat noch viel weiter. Anfang 1973 befanden sich 22 250 Kinder und Jugendliche in Heimen der sogenannten „Freiwilligen Erziehungshilfe", wobei die Freiwilligkeit darin besteht, daß den Eltern eine Zustimmung abgepreßt wird. 11 565 waren in der Fürsorgeerziehung. Reicher Leute Kinder wird man darunter mit der Lupe suchen müssen. Die Bundesregierung lobt sich, daß diese Zahlen gegenüber den Vorjahren erheblich gesenkt worden seien. Das Geheimnis dieser Senkung ist einfach: Der Staat hatte inzwischen nicht weniger drastisch zugegriffen. Ihm war nur die bisherige Methode zu teuer und nicht wirkungsvoll genug: Man kann schließlich nicht die ganze Jugend der arbeitenden Klassen einsperren. Unternommen worden war der „Ausbau von Erziehungshilfen im Vorfeld der Heimerziehung", der „in einer Zeit angespannter Haushaltslage bei den Ländern und Gemeinden . . . besondere Bedeutung (zukommt, da) die sehr personalintensive Heimerziehung die zuständigen Träger kostenmäßig ungleich stärker belastet". (Bundestagsdrucksache 7/3340, Seite 15) Die staatlichen Spähdienste waren bis in die Familien und Wohnviertel hinein stärker ausgebaut worden.

Und damit hinter den Spähdiensten auch der staatlichen Gewalt der Weg freigemacht wird, hat die Bundesregierung den Entwurf eines „Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge" vorgelegt, wonach „bei Gefährdung des Kindeswohls . . . das Vormundschaftsgericht künftig unabhängig von dem schuldhaften Fehlverhalten der Eltern helfend eingreifen " kann. (Bundestagsdrucksache 7/3502, Seite VIII)

Die bürgerliche Schule dient der Unterwerfung der Jugend

Das weiteste Feld von „helfendem Eingreifen" des Staates in die Erziehung der Kinder des Volkes sind die Schulen. 9,8 Millionen Kinder und Jugendliche waren es 1973, die sich in Schulen der allgemeinen Ausbildung befanden, davon 6,5 Millionen in Grund- und Hauptschulen, 378 000 in Sonderschulen, 1 Million in Realschulen, 1,7 Millionen in Gymnasien und 107 000 in Gesamtschulen. In „Schulen der beruflichen Ausbildung" waren noch einmal 2 Millionen, 1,8 Millionen darunter in Teilzeitberufsschulen.

Diese 12 Millionen Kinder und Jugendlichen werden in ein Schulsystem gepreßt, das sich nach oben immer mehr verengt und worin das Grundprinzip herrscht, daß jeder des anderen Wolf ist und sich in der Konkurrenz gegen seine Mitschüler durchsetzen muß, wenn er einen der knappen Plätze in den Universitäten, Oberschulen, Fachoberschulen oder eine der knappen Ausbildungsstellen erreichen will. So werden die Kinder und Jugendlichen auf das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft vorbereitet, in welcher der Naturstandpunkt des Tieres, daß jeder des anderen Wolf ist, nach einem Wort von Friedrich Engels „als Gipfelpunkt der menschlichen Entwicklung erscheint". (Anti-Dühring, Peking 1972, Seite 362)

In diesem Kampf ums Einzeldasein kommen normalerweise die Kinder derjenigen Klasse am besten voran, die das Wolfsgesetz der Konkurrenz als zweite Natur bei sich ausgebildet hat und ihre Kinder vom Säuglingsalter an darin erzieht: die Kinder der Kapitalisten sowie die Kinder derjenigen Klasse und Schichten, die sich eng am Vorbild der Kapitalisten orientieren, vor allem die aus der gehobenen Mittelklasse. Die arbeitenden Klassen, die täglich die Kraft der Kooperation und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Ausbeuter erfahren, impfen ihren Kindern diesen für das bürgerliche Schulsystem notwendigen Geist nicht genügend ein. Nachdem ihren Kindern neben ausreichendem Wohnraum, Betreuung, Versorgung sowieso schon fast alles fehlt, stellen die Lehrer in der Schule schließlich fest, daß es ihnen auch an der erforderlichen inneren Einstellung mangelt, um im bürgerlichen Schuldschungel sich den Weg zu bahnen. So bleiben denn die meisten Kinder der arbeitenden Klasse auf den Hauptschulen, werden gar in die Sonderschulen herabgedrückt und früh aus dem Schulsystem wieder ausgespuckt.

Aber auch die wenigen Jahre und die vergeblichen Versuche, sich als Wolf unter Wölfen durchzubeißen, fordern ihre Opfer. Die Zahl der Selbstmorde von Kindern bis 15 Jahren lag 1949 bei 24, 1972 war sie auf 58 mehr als verdoppelt, nachdem sie 1971 sogar auf 74 gestiegen war. – 100 000 junge Menschen unter 25 Jahren sind nach einer Schätzung der Bundesregierung alkoholkrank, und 4 Prozent der Dreizehn- bis Vierzehnjährigen flüchten fast täglich in den Alkohol. (Bundestagsdrucksache 7/3793)

Opfer der Schulverhältnisse

Diese Opfer werden von der bürgerlichen Klasse notiert und hingenommen. Sie ist daran gewöhnt, daß ihre Herrschaft die Volksmassen teuer zu stehen kommt. Was sie nicht hinnimmt und worauf sie mit Unterdrückung reagiert, das ist der Versuch von Jugendlichen, statt zur Schnapsflasche und zum Rauschgift zu flüchten, sich gegen die Unterwerfung unter staatliche Schulaufsicht und verordnete gegenseitige Konkurrenz zur Wehr zu setzen und kollektiv die Interessen der Schüler zur Geltung zu bringen. Jeden solchen Versuch versucht der Staat zu zertreten, ob er nun in Bremen Schülervertretungen auflöst, weil sie Rechte wahrgenommen haben, die er ihnen nicht zubilligt. Oder ob er wie in Hessen und Baden-Württemberg Rahmenverordnungen durchzupauken versucht zwecks Strangulierung der Vertretungsorgane und Vernichtung des Versammlungsrchts der Schüler an den Schulen.

Haben die Schüler an der Schule keine Rechte, so ist es mit dem Recht auf Ausbildung überhaupt für die große Masse mit 15 Jahren ganz zu Ende. Zwar besteht bis jetzt noch die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr, was im Durchschnitt bedeutet: ein Tag Unterricht pro Woche in den eingestandenermaßen schlechtesten, völlig überfüllten und mit viel zu wenig Lehrern versehenen Berufsschulen. Gegenwärtig arbeiten Bundes- und Landesregierungen jedoch Hand in Hand daran, auch dieses minimale Recht auf Berufsschulausbildung zu unterminieren und abzuschaffen. Die jugendliche Arbeitskraft soll für die Kapitalisten freier und ungeschützter zugänglich werden, darauf laufen alle Bestrebungen hinaus, die „Zeitbombe" Schülerberg und Jugendarbeitslosigkeit zu entschärfen.

Kein Recht auf Ausbildung für die Arbeiterjugend

Nach Ende der Schulzeit ist die ganze Frage der weiteren Ausbildung der arbeitenden Jugend erneut eine Privatangelegenheit. Allerdings jetzt nicht mehr in den Händen der Eltern wie beim Kleinkind, sondern in den Händen des Kapitalisten, der den Schulabgänger als Auszubildenden oder Lehrling kauft. Im Gegensatz zum Kleinkind, das normalerweise von seinen Eltern aufgezogen wird, muß der junge Arbeiter erst das Glück haben, einen Kapitalisten zu finden, der ihn kauft. Im vergangenen Jahr lag die Differenz zwischen Bewerbungen für Lehrstellen und Kaufgesuchen von Kapitalisten bei 49 000. Fast jeder siebte der 375 000 Bewerber blieb auf der Strecke. (Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 60/1975) Und 116 000 Jugendliche unter 20 Jahren konnten nach offizieller Zählung überhaupt keinen Ausbeuter finden und blieben arbeitslos. (Der Spiegel, 29. Dezember)

Das ist aber erst der Anfang. Im Jahre 1982 werden nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit mehr als die Hälfte der Lehrstellenbewerber, die von Haupt- und Sonderschulen abgehen, keinen Ausbildungsplatz finden. Und das ist nur die Zahl derjenigen, die sich überhaupt um einen Ausbildungsplatz bewerben. Die Zahl derjenigen, die gleich resignieren – von der Bundesanstalt für Arbeit „freiwillige Verzichter" genannt – ist nochmal mit 10 Prozent von der Gesamtzahl aller Schulabgänger kalkuliert. Tatsächlich dürfte also dann nur jeder dritte Haupt- und Sonderschulabgänger einen Ausbildungsplatz finden.

Solange die Ausbildung der arbeitenden Jugend den Kapitalisten zu privaten Händen überlassen bleibt, kann kein staatliches Gesetz Änderung erzwingen. Jeder einzelne Kapitalist kauft gerade so viele Arbeitskräfte und Lehrlinge ein, wie er profitlich verwenden kann, nicht mehr und nicht weniger. Und die Gesetze, welche die Bundesregierung entweder schon durch den Bundestag gebracht hat, wie das Jugendarbeitsschutzgesetz, oder die sie erst noch durchbringen will, wie das Berufsausbildungsgesetz, wollen daran auch gar nichts ändern. Sie wollen den Appetit der Kapitalisten auf die jugendliche Arbeitskraft anstacheln, indem sie die Bedingungen ihrer Vernutzung erleichtern. Unter dem Druck der schlechten Arbeitsmarktsituation auf die Jugendlichen hoffen Bundesregierung und bürgerliche Parteien eine drastische Entrechtung der arbeitenden Jugend durchsetzen zu können.

Die Kapitalisten drängen auch ohne Gesetze und gegen noch gültige Gesetze in diese Richtung. „Die Bereitschaft in den Betrieben, gegen bestehende Gesetze und Verordnungen zu verstoßen, ist zweifellos größer geworden", schreibt die „Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf Gewerkschaftssekretäre und Gewerbeaufsichtsämter. „Da werden Lehrlinge wieder verprügelt, die höchstzulässige Arbeitszeit für Jugendliche von 40 Stunden pro Woche wird beträchtlich und ohne Überstundenzahlung überzogen und zustehende Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz und Berufsbildungsgesetz vorenthalten . . . Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer (müssen) Akkordarbeiten am Fließband verrichten." (26. Januar)

Die Bundesregierung stellt die jugendliche Arbeitskraft zur Ausbeutung frei

Wenn das alles illegal schon geschieht: Bundesregierung und bürgerliche Parteien tun große Schritte, um diese Angrife auf die jugendliche Arbeitskraft zu legalisieren. Mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz haben sie eine wesentliche Schranke zum Schutz der jungen Lohnabhängigen gegen übermäßige Ausbeutung niedergerissen (vgl. KVZ Nr. 3/76): Die jugendliche Arbeitskraft unter 18 Jahren wird freigestellt zur intensiveren Ausbeutung durch die Akkordarbeit. Dieser entscheidende Einschnitt gegenüber dem alten Gesetze wurde kaschiert durch Zugeständnisse, die nichts kosten: 5 Wochen Urlaub, 40-Stunden-Woche, Verbot der Sonntagsarbeit. Alles das Bestimmungen, die tarifvertraglich ohnehin fast überall schon durchgesetzt waren.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Berufsausbildung geht weiter. Während Regierung und Opposition sich dröhnende Gefechte liefern, um die Finanzierung des Gesetzes, um Bundes- oder Länderkompetenzen und um die Rechte der Kammern bei der Berufsausbildung, wird der entscheidende Angriff auf die Rechte der arbeitenden Jugend in aller Stille an ganz anderer Stelle geführt: Der Entwurf des Berufsbildungsgesetzes enthält die Abschaffung der Berufsschulpflicht und das bedeutet: der Schulpflicht überhaupt.

Gesetzliche Beseitigung der Berufsschulpflicht geplant

Im § 35 des Regierungsentwurfs heißt es: „Dabei (bei der Durchführung der Ausbildung im Betrieb – w.m.) ist der Teil der Berufsausbildung, der in anderen Ausbildungsstätten sowie in Schulen oder Hochschulen durchgeführt wird, **soweit möglch** zu berücksichtigen." Und im Kommentar dazu eröffnet die Regierung den Kapitalisten in aller Vertraulichkeit: „Besonders hinzuweisen ist darauf, daß eine Freistellungsverpflichtung wie im § 7 des Berufsbildungsgesetzes von 1969 im Entwurf nicht mehr vorgesehen ist." (Bundestagsdrucksache 7/3714, Seite 69) Die Regierung schützt pädagogische Gründe vor, warum der Arbeiterjugend das Recht auf Besuch der Berufsschule genommen werden müsse: „Nach der bildungspolitischen Konzeption des Entwurfs läßt sich die Teilnahme am Berufsschulunterricht und an im Ausbildungsvertrag nicht vorgesehenen Ausbildungsmaßnahmen nicht als Freistellung von der Ausbildung bezeichnen, sondern es liegt ein zeitlich und inhaltlich zu koordinierender Lernartwechsel vor." Damit aber „wäre eine Beibehaltung der Verpflichtung des Ausbildenden, den Auszubildenden für Ausbildungsmaßnahmen an anderen Lernarten (z.B. Berufsschule . . .) freizustellen, nur schwer vereinbar."

Die „inhaltliche und zeitliche Koordination des Lernartwechsels" aber liegt bei demjenigen, der die Berufsausbildung durchführt: bei dem Ausbildenden. Außerhalb des Gesetzeskauderwelsch und in einer menschlichen Sprache ausgedrückt: beim Kapitalisten, der den jungen Arbeiter über einen Ausbildungsvertrag gekauft hat. Wann die Berufsschule besucht werden darf, wird in die Willkür des Kapitalisten gelegt. Dasselbe bei den Prüfungen: Auch hier wird die Verpflichtung des Kapitalisten, für die Prüfung und Vorbereitung auf die Prüfung den jungen Arbeiter freizustellen, aufgehoben.

Die Klagen der Kapitalisten, daß ein Lehrling sich kaum mehr lohne, wenn man verpflichtet sei, ihn einmal wöchentlich in die Berufsschule zu schicken, sie sind bei der Bundesregierung auf offene Ohren gestoßen. Mit ihrem neuen Gesetzentwurf gibt sie die jugendliche Arbeitskraft für volle fünf Wochentage den Kapitalisten zur Ausbeutung frei und öffnet in dieser Richtung die Schleusen für Änderungen im Schulrecht der Länder. Falls einer von den Kapitalisten immer noch nicht verstanden haben sollte, daß der Sinn des Gesetzes darin besteht, weitere gesetzliche Schranken gegen übermäßige Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft niederzureißen, so teilt ihm die Bundesregierung augenzwinkernd mit: „Den besonderen Bedingungen der einzelnen Ausbildungsstätten soll dabei (beim Erlaß von Ausbildungsordnungen) hinreichend Rechnung getragen werden. So wird z.B. bei der Berufsausbildung in einem Betrieb ein angemessener Teil der Berufsausbildung dem Ziele dienen, den Erwerb der erforderlichen Berufserfahrungen zu ermöglichen." (Drucksache 7/3714, S. 55). Mit anderen Worten: Zwecks Erwerb von Berufserfahrungen kann man den Lehrling ungestört auch als Bandarbeiter im Akkord oder bei Sortierarbeiten im Büro schaffen lassen.

Schwindel im Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Wer solche Manöver durchführt, wie das die Bundesregierung mit ihrer laut proklamierten „Reform der Berufsausbildung" betreibt, während sie einzig darauf zielt, die Entrechtung der jungen Arbeiter und Angestellten zu beschleunigen, von dem kann man mit Sicherheit weitere Ganovenstücke erwarten.

Mit großem Getöse gab die Bundesregierung am 21.1. einen Grundsatzbeschluß bekannt, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Sonderprogramm von 300 Millionen DM bereitzustellen. Geht man der Sache nach, so stößt man darauf, daß dieselbe Bundesregierung gerade vorher im Haushaltsstrukturgesetz beschlossen hatte, für 1976 den Schülern und Studenten, die gleich nach Beendigung von Schule oder Studium arbeitslos werden, die Arbeitslosenhilfe zu streichen, wodurch 60 Millionen den arbeitslosen Jugendlichen weggenommen würden im Jahr 76, während die Summe für 1977 schon auf 108 Millionen kalkuliert ist. Weiter hatte die Regierung in diesem Gesetz die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung weitgehend zusammengestrichen, vor allem für die Jugendlichen, die noch keine 6 Jahre Berufstätigkeit ausweisen können. Damit werden im wesentlichen wiederum den arbeitslosen Jugendlichen 1976 für 478 Millionen und 1977 für 931 Millionen DM Gelder entzogen. Während sie also in Wirklichkeit das Doppelte nimmt und dann die Hälfte wieder herausgibt, stellt sich diese Regierung als Vorkämpferin gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Freund der Jugend hin. Und die bürgerliche Presse klatscht beflissen Beifall.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind zur Fessel der Produktivkräfte geworden. Das ist nirgends deutlicher als im Umgang mit der Jugend der arbeitenden Klassen, die herumgestoßen wird, keine Ausbildung erhält, die ihre Fähigkeiten entwickelt, die zum frühzeitigen Verschleiß preisgegeben und in die Arbeitslosigkeit gedrückt wird. Aber nirgends ist auch deutlicher, daß die produktiven Kräfte der Gesellschaft diese Einschnürung und Vernichtung durch überlebte Verhältnisse und durch eine herrschende Klasse, die davon zehrt, nicht hinnehmen und gegen die Fessel rebellieren. – **(wm)**